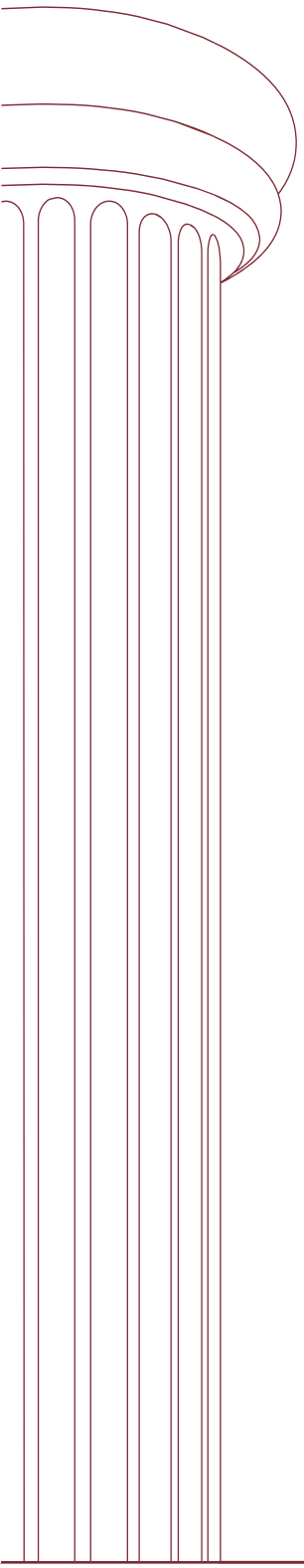
MAECENATA STIFTUNG



JAHRESBERICHT 2021

Inhaltsübersicht

Vorwort ..... -3-

I. Aus der Arbeit der Stiftung ..... -5-

II. Maecenata Stiftung ..... - 36 -

III. Maecenata Institut ..... - 43 -

IV. Transnational Giving ..... - 49 -

V. Europa Bottom-Up ..... - 61 -

VI. Tocqueville Forum ..... - 63 -

VII. Centre for Humanitarian Action (CHA) ..... - 67 -

VIII. MENA Study Centre ..... - 70 -

Anhang ..... - 74 -

Aufbauorganisation ..... - 74 -

Gremien ..... - 74 -

Mitgliedschaften und Netzwerke ..... - 76 -

Förderpartner ..... - 79 -

Sozialbilanz ..... - 80 -

Finanzbericht ..... - 81 -

Die engsten Partner ..... - 82 -

Leitlinien ..... - 83 -

Vorwort

Dr. Rupert Graf Strachwitz
Vorstand der Maecenata Stiftung und Direktor des Maecenata Instituts

Dr. Felix Weber
Vorstand der Maecenata Stiftung

Was kann ein Think Tank wie unserer in Zeiten wie diesen leisten? Diese Frage haben wir uns im letzten Jahr immer wieder gestellt. Das zweite Jahr der Covid-19-Pandemie war in mancher Hinsicht noch schwerer zu ertragen als das erste. Sich nicht oder jedenfalls viel zu wenig zu sehen, wichtiges nicht von Angesicht zu Angesicht besprechen, Gäste nicht im Haus empfangen zu können und immer auf bessere Zeiten zu hoffen, war schon eine Geduldsprobe. Wir haben versucht, die Zeit mit regelmäßigen Online-Seminaren und -Colloquia zu überbrücken und waren damit sogar ganz erfolgreich, weil sich sogar mehr Menschen als sonst daran beteiligen konnten. Das 2020 eingeführte wöchentliche Kleine Consilium, unsere Leitungsrunde, haben wir eisern online durchgehalten. Der Informationsaustausch wurde dadurch vielleicht sogar verbessert, weil alle Gremienmitglieder und Mitarbeitenden durch das Protokoll regelmäßig, schriftlich und systematisch auf dem laufenden gehalten wurden. Wir haben überdurchschnittlich viel publiziert – das ließ sich auch im Home Office ganz gut bewerkstelligen. Unsere Forschungstätigkeit wurde – auch mit neuen Projekten – fortgeführt, hat aber doch stark gelitten. Ein Workshop mit den internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unserem Projekt zum *Shrinking Civic Space* in Europa ist nun einmal intensiver und ergiebiger, wenn diese zwei Tage an einem Ort zusammen diskutieren, essen, und dabei auch mal über etwas anderes miteinander reden können. Daß dies nicht geschehen konnte, hat das Projekt behindert.

Aber nicht deswegen war es schwierig, das dafür vorgesehene dritte Jahr von den Geldgebern bewilligt zu bekommen. Die Anforderungen der großen Fördereinrichtungen, der öffentlichen wie der privaten, werden immer extensiver. Sie sind ganz versessen darauf, schon im Vorhinein zu wissen und sogar mitzubestimmen, was „herauskommen“ und welchen Effekt ein Forschungsprojekt haben soll. Wir sehen diese Entwicklung von zwei Seiten mit großer Skepsis: zum einen als Betroffene, weil wir unsere Arbeit immer mehr an den Angeboten und den bis ins einzelne gehenden Wünschen von Geldgebern anstatt an den von uns entwickelten Prioritäten orientieren müssen; zum anderen, weil wir als Think Tank für Zivilgesellschaft und Philanthropie sehen, welche negativen Effekte die einseitige Orientierung am *Impact* und das straffe Regiment der Finanziers sowohl auf die Entfaltung einer unabhängigen Zivilgesellschaft als auch auf die dringend erforderliche Forschung haben. Diese Forschung sollte ergebnisoffen und Ausdruck einer offenen Gesellschaft sein. Nur so leistet sie den Beitrag zur Resilienz der Demokratie als Gesellschaftsform, zu dem sie grundsätzlich in der Lage und für die sie zwingend notwendig ist.

Zu den Ergebnissen dieser Entwicklung gehört ein schwindendes Vertrauen in philanthropisches Handeln. Das Projekt *Philanthropy.Insight*, das wir 2018 in unserem Tocqueville Forum begonnen

haben und zum Jahresende 2021 abschließen mußten, hat dies deutlich gezeigt. Große Stiftungen scheuen sich, so wurde deutlich, trotz langer Strategieprozesse dennoch davor, ihr eigenes Handeln selbstkritisch zu hinterfragen und zu prüfen, welche spezifischen Kategorien hierfür heranzuziehen sind. Trotzdem: Wir konnten über die Laufzeit des Projekts nicht nur eine interessante Methode für die Selbstevaluierung entwickeln, sondern diese auch weltweit mit Experten und möglichen Nutzern diskutieren und dabei feststellen, daß unser Ansatz durchaus auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Ein Experiment mußten wir 2021 abbrechen: Gemeinsam mit drei großen Verbänden, die auf diesem Gebiet seit langem unterwegs sind, hatten wir 2018 ein *Centre for Humanitarian Action* (CHA) begründet. Aufgabe war es, den speziellen und sehr aktuellen Bereich der internationalen humanitären Hilfe nach dem Vorbild anderer Länder mit Grundlagenarbeit zu begleiten und ihn stärker mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen zu verknüpfen. Aus unserer Sicht war dies nicht durchzusetzen, und so blieb nur, das CHA mit Ablauf unseres Vertrages mit den Verbänden eigene Wege gehen zu lassen.

Die bedeutete für die Stiftung freilich keinen Rückzug aus einer internationalen Ausrichtung. Im 20. Jahr der Laufzeit des Programms *Transnational Giving* wurde zum einen die Zusammenarbeit mit den zahlreichen europäischen Netzwerkpartnern ebenso intensiviert wie mit den Empfängerorganisationen weltweit, darunter bspw. bedeutenden britischen und amerikanischen Universitäten, der *World Health Organisation* (WHO) und dem *World Food Programme* der Vereinten Nationen. Zum anderen beteiligte sich die Stiftung aktiv an den aktuellen Debatten um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, in die international agierende zivilgesellschaftliche Akteure hineingezogen werden – in aller Regel zu Unrecht. Einen besonderen Akzent setzt seit 2019 zusätzlich das *MENA Study Centre* der Stiftung, von dem auch im Berichtsjahr interessante Impulse für die Beschäftigung mit dem Kulturraum im Süden und Osten Europas ausgingen. Welch schreckliche Aktualität diese im laufenden Jahr bekommen würde, haben wir im vergangenen so wenig vorausgesehen wie fast alle anderen Beobachter und Beobachterinnen.

Intern war das Berichtsjahr nicht nur von Home Office und Corona-Erkrankungen geprägt, sondern auch von einem überdurchschnittlichen Personalwechsel – eine Herausforderung für eine kleine Organisation. Neu besetzt werden mußten die Leitung des Transnational-Giving-Programms und der Kommunikation, die Neubesetzung der Bibliothekarsstelle kündigte sich an. Hinzu kamen neue studentische Mitarbeitende, eine Bundeskanzler-Stipendiatin aus Brasilien sowie Praktikanten und Praktikantinnen.

Alles in allem war es ein ereignisreiches Jahr; im einzelnen gibt der hier vorgestellte Jahresbericht darüber Auskunft. An dieser Stelle sei allen Freunden des Hauses, den Förderern unserer Arbeit und allen ehren- und hauptamtlichen sowie studentischen Mitarbeitenden von Herzen für ihre engagierte Mithilfe gedankt.

München / Berlin, im September 2022

I. Aus der Arbeit der Stiftung

Die Denkprozesse in der Stiftung und die engagierte Arbeit ihrer Mitarbeitenden spiegeln sich in Publikationen, Veranstaltungsberichten und weiteren Veröffentlichungen wider. Die folgende Auswahl vermittelt einen Eindruck davon.

Beispiele interner und externer Veröffentlichungen (Auswahl)[1]

Was ist eigentlich Terrorismus? oder Warum der bürgerschaftliche Raum auf Theorie nicht verzichten kann (11. August 2021)

von Rupert Graf Strachwitz; in: Maecenata Observatorium 54, 2021

1. Wer ist ein Terrorist?

Spätestens seit George W. Bush nach dem 11. September 2001 dem Terrorismus - und damit ausdrücklich einem Nicht-Staat - den Krieg erklärte, gehört der Terrorismus-Vorwurf zum Standardrepertoire der Diffamierung von unliebsamen nicht-staatlichen Gegnern, ohne daß geklärt wäre, was Terrorismus eigentlich ist. Wenn der tschetschenische Präsident Ramsan Achmatowitsch Kadyrow kurzerhand alle an Covid-19 Erkrankten zu Terroristen erklärt, mag dies ein besonders skurriles Beispiel für den Mißbrauch des Begriffs sein, ein Einzelfall ist es nicht. So nannte Alexander Lukashenko, Präsident von Belarus, den von ihm gewaltsam entführten Journalisten Roman Protasewitsch erwartungsgemäß sogleich einen Terroristen. Für die amerikanische Regierung fallen natürlich ganz andere Gruppen unter diese Bezeichnung. Nur in sehr seltenen Extremfällen wird von Staatsterroristen gesprochen; im Allgemeinen wird der Ausdruck ausschließlich auf zivilgesellschaftliche Bewegungen oder deren Mitglieder angewendet. Daß man diese, wenn der Vorwurf zutrifft, in der Regel der „dunklen Seite“ der Zivilgesellschaft zurechnen sollte, steht auf einem anderen Blatt. Allerdings: Immer ist dem nicht so. Wer von einer Regierung – oder der Staatengemeinschaft – mit diesem Etikett belegt und wer aus zivilgesellschaftlicher Sicht dazu zu rechnen ist, kann sehr unterschiedlich sein. Keinesfalls kann sich eine unabhängige Zivilgesellschaft vorschreiben lassen, wen sie mit diesem Begriff zu bezeichnen hat. Wir haben es hier mit einem vagen und kontaminierten Begriff zu tun, dessen inflationäre Verwendung geeignet ist, den bürgerschaftlichen Raum und insbesondere die Zivilgesellschaft insgesamt in ein schiefes Licht zu rücken. Hierzu wird er mitunter vorsätzlich verwendet. Von wem, so müssen wir uns fragen, sollte sich die einer offenen Gesellschaft verpflichtete Zivilgesellschaft dezidiert distanzieren, wenn von Terroristen die Rede ist?

2. Keine Klärung

In der internationalen Fachdiskussion ist Terrorismus mit Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu einem Paket verschnürt worden. Unter dem Sammelbegriff AMLCFT[2] wird international,

[1] Zweitveröffentlichungen mit freundlicher Genehmigung der jeweiligen Herausgeber und Verlage.
[2] *Anti Money Laundering and Counter Financing of Terrorism*

beispielsweise durch die EU, und national durch immer schärfere Kontrollmechanismen dagegen vorgegangen. Das Ziel der vielen Maßnahmen bleibt jedoch, zumindest, was den Terrorismus betrifft, schwammig und in erheblichem Umfang mißbrauchsanfällig. Leider trägt FATF[3], die ursprünglich 1989 zur Bekämpfung von Geldwäsche gegründete intergouvernementale Arbeitsgruppe, deren Mandat nach 9/11 auf die Bekämpfung von Terrorismus ausgedehnt wurde, nichts zur Klärung bei, sondern bietet einen klassischen Zirkelschluß. In ihrem Regelwerk findet sich folgende Definition:

"*The term terrorist organisation refers to any group of terrorists that: (i) commits, or attempts to commit, terrorist acts by any means, directly or indirectly, unlawfully and wilfully; (ii) participates as an accomplice in terrorist acts; (iii) organises or directs others to commit terrorist acts; or (iv) contributes to the commission of terrorist acts by a group of persons acting with a common purpose where the contribution is made intentionally and with the aim of furthering the terrorist act or with the knowledge of the intention of the group to commit a terrorist act."*[4]

Andere Definitionsversuche sind nicht weniger problematisch oder unvollständig. „Einstellung und Verhaltensweise, die darauf abzielt, [politische] Ziele durch Terror durchzusetzen", findet man im Internet. Oder: „Das Wort „Terror" stammt aus dem lateinischen und heißt ‚Schrecken'. Terroristen sind also Menschen, die Schrecken verbreiten. Sie verüben Anschläge, bei denen oft viele Menschen ums Leben kommen. Dadurch wollen sie zeigen, dass sie mächtig sind und ihren Willen durchsetzen können." Das Bundesinnenministerium schließlich bietet auf seiner Webseite folgende Definition an: „Terrorismus ist die aggressivste und militanteste Form des politischen Extremismus, bei der die extremistischen Ziele mit Mitteln eines nachhaltig geführten gewaltsamen Kampfes durch systematische Anwendung massiver Gewaltakte verfolgt werden. Kennzeichen des Terrorismus ist die Verübung schwerer Anschläge durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen. Durch terroristische Aktionen erhofften sich die Urheber in den 70er und 80er Jahren eine massenmobilisierende und revolutionierende Wirkung, wohingegen das heutige Phänomen des islamistischen Terrorismus mit massiven Anschlägen auf "weiche" Ziele mit hohen Opferzahlen auch auf eine Destabilisierung und Einschüchterung ganzer Gesellschaften und Staaten zielt."

3. Ein kontaminierter Begriff

All das mag zwar unseren landläufigen Meinungen nahekommen; eine nachvollziehbare Begriffsklärung bietet es nicht. Die Folge ist, daß jedem die Möglichkeit geboten wird, die eigene politische, mediale oder sonstige Machtposition dafür zu nutzen, den Begriff mittels einer eigenen Definition relativ wahllos zur Diffamierung politischer Gegner einzusetzen. Dies wird keineswegs nur von autoritären Regimen, wenngleich von diesen in besonderem Maße praktiziert. Markus Ferber MdEP schreibt etwa auf seiner Webseite:

[3] Financial Action Taskforce, Sitz Paris.

[4] FATF (Hrsg.): International Standards on Combating Money Laundering and the Financing of Terrorism & Proliferation - The FATF Recommendations (2020), S.129.

„Die innere Sicherheit in der EU steht in Zeiten des internationalen Terrorismus und organisierten Kriminalität vor neuen Herausforderungen. Die Prävention und die Verfolgung von Straftaten stehen hierbei im Mittelpunkt. Fakt ist, es existieren viele gesammelte Informationen bei den nationalen Behörden, die manchmal nur dann einen Sinn ergeben, wenn man sie zusammenführt. Beim Austausch zwischen den Mitgliedstaaten hapert es jedoch. Aber der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität machen nicht an Ländergrenzen halt. Deswegen muss die Antwort eine bessere europäische Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und der Geheimdienste sein."

So betrachtet, wäre Terrorismus in erster Linie ein Straftatbestand, dem nur durch solidarisches Handeln von Regierungen beizukommen ist, im Umkehrschluß aber auch ein Handlungsmodus, den sich prinzipiell nur nicht-staatliche Organisationen zu eigen machen können. Terrorismus wird hier mit einem Angriff auf einen Staat gleichgesetzt. Bürgerschaftliche Bewegungen haben kaum eine Möglichkeit, sich gegen eine solche Eingruppierung zu wehren, es sei denn, sie haben ihrerseits mächtige Befürworter. So versahen die angegriffenen Regierungen im sogenannten Arabischen Frühling die protestierenden Bürgerinnen und Bürger zwar schnell mit diesem Prädikat; dennoch wurden diese in Europa zu Recht als Helden gefeiert – ähnlich in der Türkei und in Syrien. Im Lauf der Jahre haben einige, ursprünglich als Terroristen bezeichnete Gruppen es geschafft, diese Benennung abzuschütteln – am prominentesten wohl die PLO, heute als quasistaatliche palästinensische Autonomiebehörde weithin anerkannt. Blickt man in die Geschichte, kann man übrigens zahllose Beispiele dafür entdecken, wie zunächst als illegitim gesehene Gruppen - und darauf läuft es ja bei der Etikettierung als Terroristen letztlich hinaus – durch Erfolge und Machtzuwachs Legitimität und Anerkennung erworben haben, und zwar völlig unabhängig davon, ob sie in der ersten Phase Regeln verletzt oder Gewalt angewendet haben. Israels König David ist dafür geradezu exemplarisch.
Damit freilich ist den Bürger-, Menschenrechts- und Protestgruppen oder Kämpfern gegen Unrechtsregime nicht geholfen, die erst einmal mit dieser Titulierung leben müssen, weil eben keine Kriterien bestimmt sind, die eine begriffliche Zuordnung oder Abgrenzung rechtfertigen würden. Wohlgemerkt geht es hier keinesfalls darum, Gewaltanwendung oder anderes, Terroristen gemeinhin zugeschriebenes Verhalten pauschal zu exkulpieren, sondern nur um eine Begriffsklärung, die notwendig ist, um Terror von anderen Tatbeständen zu unterscheiden und ihn dem diffamierenden Gebrauch argumentativ zu entziehen. Hierfür ist eine theoretische oder Grundlagenarbeit erforderlich. Das Beispiel kann insofern dazu dienen, die Notwendigkeit solcher Grundlagenarbeit im und für den bürgerschaftlichen Raum zu demonstrieren.

4. Ein möglicher Zugang

Hans Maier, der 90-jährige liberal-konservative Vertreter einer normativ geprägten Politikwissenschaft, eröffnet hierfür einen interessanten Gedankengang. In einem jüngst erschienen Band mit Zweitveröffentlichungen aus seiner Feder unter dem Titel „Deutschland – Wegmarken seiner Geschichte" findet sich ein Kapitel, das mit „Das Dritte Reich im Visier seiner Gegner" überschrieben

ist[5]. Darin setzt er sich keineswegs mit dem modernen Phänomen des Terrorismus auseinander, sondern unter anderem unter Berufung auf Eric Voegelin[6] und andere mit dem Begriff der politischen Religion, einem Begriff, unter dem Voegelin Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus als Produkte von Säkularisierungsvorgängen zusammenfaßt[7], denen das Bemühen um eine quasi-religiöse Dimension politischer Ordnung in Verbindung mit Modellen einer politisch-religiösen Einheitskultur gemeinsam ist. Die modernen Diktaturen, so Voegelin nach Maier, „gründen […] in einer innerweltlichen Religiosität, die das Kollektiv der Rasse, der Klasse oder des Staates zum 'Realissimum' erhebt und damit ‚divinisiert'. Das Göttliche wird in Teilinhalten der ‚Welt' gesucht und gefunden; es ist eng verbunden mit einem je eigenen ‚Mythos der Erlösung'"[8].
Raymond Aron kommt, so Maier weiter, ohne die christlich-anthropologische Perspektive. Voegelins zu einem vergleichbaren Ergebnis[9]. Aron verwendet den Religionsbegriff in aufklärerischer, eher religionskritischer Absicht. Totalitäre Systeme sind für ihn insofern ‚religiös', als sie die moderne Scheidung zwischen Religion und Politik rückgängig machen wollen[10]. Nach einem Exkurs zu Veränderungen im Religionsbegriff fährt Maier fort: „In der Tat operieren Bewegungen in ihren Worten und Handlungen mit Elementen, die auch in religiösen Zusammenhängen vorkommen. Zum einen ist hier der Schrecken zu nennen."[11] An dieser Stelle folgt die Verbindung zum Terror, für die Maier im Folgenden nicht nur auf Aron, sondern insbesondere auch auf Hannah Arendt[12] Bezug nimmt. „Das eiserne Band des Terrors konstatiert den totalitären politischen Körper und macht ihn zu einem unvergleichbaren Instrument, die Bewegung des Natur- oder des Geschichtsprozesses zu beschleunigen."[13] Der Terror, so Maier, ersetzt den ‚Zaun des Gesetzes' durch ein eisernes Band, das die Menschen so zwingend hält, daß jede freie, unvorhersehbare Handlung ausgeschlossen ist.[14] „Terror in diesem Sinne ist gleichsam das Gesetz, das nicht mehr übertreten werden kann."[15] Aron, so fügt Maier hinzu, „deutet den polizeilichen wie den ideologischen Terror der totalitären Bewegungen als Folge davon, daß jede Tätigkeit zur Staatstätigkeit geworden ist und von der Staatsideologie bestimmt ist".[16] Und weiter: „Ein totalitäres System versucht seinen Einfluß auch in der Privatsphäre des Menschen geltend zu machen. Es darf keine, noch so kleine Nische geben, in der die politische Ideologie nicht in irgendeiner Weise präsent ist."[17] Mit Hannah Arendt schlägt Maier, bekennender und auch prominenter Katholik, von dort die Brücke zur Religion, indem er anmerkt: „Auch Religionen neigen dazu, den Menschen detaillierte Vorschriften zu machen, ihnen für jede mögliche Situation Handlungsanweisungen zu geben…"[18]

---

[5] Hans Maier: Das Dritte Reich im Visier seiner Gegner; in: ders.: Deutschland – Wegmarken seiner Geschichte. München 2021, S. 137-161.
[6] Eric Voegelin: Die politischen Religionen. [Wien1938] München 2007.
[7] Maier a.a.O., S. 143.
[8] Ebd.
[9] Raymond Aron: L'Ere des tyrannies; in: Révue de métaphysique et de morale 1939, S.283-307.
[10] Maier, a.a.O., S.144; s. besonders Anm. 14.
[11] Ebd., S.145
[12] Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1955, S.714
[13] Ebd.
[14] Maier, ebd.
[15] Arendt a.a.O., S. 711.
[16] Maier, ebd., unter Verweis auf: David Bosshart: Politische Intellektualität und totalitäre Erfahrung – Hauptströmungen der französischen Totalitarismuskritik. Berlin 1992, S. 103-126.
[17] Ebd.
[18] Ebd.

Hier finden sich, so meine ich, genügend Ansatzpunkte dafür, wie auch moderne Phänomene analytisch als Terror oder Terrorismus eingeordnet werden können – oder eben nicht. Dies gilt auch, wenn, beispielsweise von islamistischen Gruppen, Religion als normative Folie in Anspruch genommen wird. Die islamische Theologie und die Geschichte der islamischen Kultur bieten sattsam Beweismittel dafür an, daß es sich hierbei zumindest um eine irrige, nicht selten wohl um eine vorsätzlich falsche Inanspruchnahme handelt.

Terrorismus ist so gesehen kein „Privileg" nicht-staatlicher Akteure, sondern erweist sich als Ordnungskonzept, das in erster Linie von Staaten verwirklicht – Nordkorea drängt sich als Beispiel auf – und von Nicht-Staaten allenfalls angestrebt wird. Für die Taliban oder den Islamischen Staat trifft dies wohl am ehesten zu, ist aber mitnichten strukturell mit dem Islam zu verbinden oder gar zwingend als islamisches Phänomen zu deuten. Auch dürfen nicht sämtliche „Bösewichter" dieser Welt über den Kamm des Terrorismus geschoren werden, wenn man analytisch „sauber" bleiben will, während sich andererseits gute Gründe dafür finden lassen, warum Versuche, unliebsamen Bürgerrechtsbewegungen das Etikett des Terrorismus anzuheften, nicht nur deshalb zurückzuweisen sind, weil diese uns im Einzelfall sympathisch, sondern, weil die definitorischen Bedingungen des Terrorismus eben nicht erfüllt sind.

Dies wird noch deutlicher, wenn man Maiers Gedankengang und seinem Rückgriff auf Eric Voegelin und Hannah Arendt weiter folgt. Diese, so Maier, haben verdeutlicht, daß die totalitären – wir dürfen wohl ergänzen, terroristischen – Bewegungen mit Fiktionen arbeiten. „Sie orientieren sich nicht an der Realität, sondern an einer selbsterfundenen Scheinordnung." [19] Ihre Führer zeichnet, so Arendt, die Sicherheit aus, „mit der sie sich aus bestehenden Ideologien die Elemente heraussuchen, die sich für die Etablierung einer den Tatsachen entgegengesetzten, ganz und gar fiktiven Welt eignen". [20]

Die finale Parallele zwischen Religionen und totalitären Bewegungen sieht Maier in der Verheißung des Heils und der Gestalt des Heilsbringers. Der Mythos, der den Grund auch für den Terror liefert, braucht einen Verkünder und Verkörperer. [21] Unwillkürlich denkt man an Adolf Hitler, auf den sich Maiers hier zitierte Ausführungen beziehen, ebenso aber an Stalin oder beispielsweise an Nicolae Ceauşescu, der sich allen Ernstes mit Ehrentiteln wie „Großer Kommandant", „Titan der Titanen", „glorreiche Eiche aus Scorniceşti", „Sohn der Sonne", „der Auserwählte", „unser irdischer Gott" oder „Genie der Karpaten" schmücken ließ. Weitere Beispiele gibt es zuhauf. Man denke an drei Generationen der Familie Kim, an Muammar al-Gaddafi, an Sadam Husssein, an Ayatollah Ruhollah Chomeini, an Osama bin Laden und andere. Nicht immer sind die Elemente der politischen Religion, der totalitären Herrschaft, des Schreckens und des Heilsbringers alle in Reinkultur erkennbar. Deutlich aber ist, daß diese ganz überwiegend tatsächliche staatliche Machthaber sind, mit denen bei aller ideologischen Ablehnung auch demokratische Regierungen *nolentes volentes* auf gleicher Augenhöhe verkehren. Der undifferenzierte Gebrauch des Wortes für alle möglichen unbequemen Akteure im bürgerschaftlichen Raum erweist sich erneut als erheblich defizitär.

---

[19] Maier, a.a.O., S. 146.

[20] Arendt, a.a.O., S. 372.

[21] Maier, ebd.

5. Eine befriedigende Definition?

Wie lassen sich nun die hier skizzierten Merkmale zu einer analytisch befriedigenden Definition von Terrorismus verdichten? Zunächst: Terrorismus als Begriff ist nicht gewissermaßen Terror im Superlativ, sondern eine begriffliche Mutation, die die handelnden Personen einschließt. Gemeint ist dasselbe. Terrorismus bezeichnet somit eine tatsächliche oder angestrebte totalitäre, alle Lebensbereiche und die gesamte Existenz der Beherrschten einbeziehende und vom Recht weitgehend abgekoppelte Herrschaftsausübung, die überwiegend mit einer politischen Religion, namentlich einem proklamierten Wahrheitsbesitz, und häufig mit einem das proklamierte Heil verkörperenden Anführer verbunden ist. Dieser oder eben die Bewegung als solche untersagt unter Einsatz von Gewalt nicht nur die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ [22], sondern auch die Freiheit des Denkens. Daß dieses hierarchische Herrschaftsmodell dem heterarchischen, auf der Herrschaft des Rechts und der Partizipation aller Beherrschten an der Organisation und Ausübung von Herrschaft aufbauenden diametral entgegensteht, ist offenkundig.

Wenn die Zivilgesellschaft und deren Akteure, die definitorisch zunächst dadurch bestimmt sind, daß sie an der Organisation und Ausübung von (politischer) Herrschaftsmacht eben nicht beteiligt sind, sehr wohl aber an der Mitgestaltung politischer Prozesse im Sinne der deliberativen Demokratie [23], überhaupt in den in aller Regel diffamierenden Gebrauch der Bezeichnung Terrorismus einbezogen werden können, ist dies wohl eher zum einen der historischen Erkenntnis geschuldet, daß die Grenzen nicht immer klar zu ziehen und in Entwicklungsprozessen in kleinen Schritten transzendiert werden. Zum anderen und vor allem hat dies aber mit der Tatsache zu tun, daß die Grenzen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im internationalen Verkehr der Akteure untereinander sich zunehmend verwischen. Wenn ein Internationales Komitee vom Roten Kreuz oder ein Internationales Olympisches Komitee und andere trotz analytisch eindeutiger Zuordnung zur Zivilgesellschaft durchaus mit den traditionellen Trägern der hoheitlichen Gewalt, im Wesentlichen den Nationalstaaten, auf gleicher Augenhöhe verkehren können, kann man prinzipiell nicht ausschließen, daß andere zivilgesellschaftliche Akteure sogar zu Kriegsparteien werden können. In Bürgerkriegen war dies schon immer so; nicht selten mußte sich die internationale Staatengemeinschaft im Ergebnis an ein neues Mitglied gewöhnen. Die vielfach konstatierte Krise des Nationalstaates äußert sich auch hier. Nur ob auch richtig ist, es ins Belieben dieser Staatengemeinschaft oder einzelner Staaten zu stellen, das Prädikat „Terrorismus“ nach Gutdünken zu verteilen und die Träger damit womöglich zu Kriegsparteien zu erklären, ist damit keineswegs beantwortet. Beispielsweise hat es die deutsche Bundesregierung auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der RAF, die genau das erreichen wollte, in den 1970er Jahren stets peinlichst vermieden, von einem Krieg zu sprechen, die Bundeswehr an der Bekämpfung zu beteiligen oder die Akteure anders denn als kriminelle Straftäter zu sehen – schon deshalb, weil sie das hochkomplexe Thema der möglichen Beschränkungen der Souveränität der Bundesrepublik unter keinen Umständen anrühren wollte.

---

[22] Vgl. Art. 2 Abs. 1 GG.

[23] Vgl. Jürgen Habermas: Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. In: Herfried Münkler (Hrsg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München und Zürich 1992. S. 11–24.

6. Fazit

Wenn die Staatengemeinschaft, aber auch die Medien, die politischen Wissenschaften und nicht zuletzt die mit dem Vorwurf des Terrorismus überzogenen Organisationen der Zivilgesellschaft die Debatte um Terrorismus sachgerecht führen wollen, ist eine begriffliche Klärung unabdingbar. Nicht emotionale Nähe, auch nicht eine mehr oder minder vage Vermutung zu der normativen Folie, vor der die Betroffenen ihre Aktivitäten entfalten, sondern eine Prüfung von Kriterien, die vorab definiert werden, sollten Angriff ebenso wie Verteidigung bestimmen. Wenn etwa Recep Tayyip Erdogan, Präsident der Türkei, behauptet, die Opposition zu seiner Herrschaft sei keine politische, sondern eine „terroristische“ und „der Terror der Opposition“ fege durch das Land [24], so ist diese Behauptung wesentlich besser zu widerlegen, wenn gezeigt werden kann, ob diese Opposition, was immer ihr sonst vorzuhalten wäre, die Kriterien für die Einordnung als terroristisch tatsächlich erfüllt. Dies gilt besonders für die von Erdogan als Terrororganisation eingestufte Bewegung des Predigers Fethullah Gülen.

Al-Qaida erfüllt wahrscheinlich alle Kriterien, um als terroristische Organisation eingestuft zu werden. Insoweit hatte George W. Bush mit seiner Behauptung Recht, wenngleich die Kriegserklärung präziser an diese Organisation, statt an den vagen Begriff zu richten gewesen wäre. Mißbraucht man diesen aber, um Hexenjagden auf alles, was einem gerade nicht paßt, zu eröffnen, entwertet man ihn nicht nur, sondern verprellt damit mögliche Bundesgenossen im Kampf gegen tatsächliche Terroristen. Wenn man dies auch noch mit Kulturkampf gegen den Islam verbindet, verspielt man endgültig die Chancen zu dessen Überwindung.

Auf die Zivilgesellschaft bezogen, bleibt abschließend ein weiteres festzustellen. Ihre Akteure und die sie umgebende Gesellschaft sind sich seltsamerweise allzuoft darin einig, daß sie einer eigenen theoretischen Grundlage sei es nicht bedürfe, sei es nicht würdig sei. Der Versuch, eine Theorie des Terrorismus zu entwickeln, der mit diesem kurzen Problemaufriß gewiß nicht abgeschlossen ist, sollte also nicht nur Organisationen wie FATF dazu anregen, bei der Definition von Terrorismus präziser vorzugehen, sondern auch dazu motivieren, der Zivilgesellschaft diese Theoriebildung zu ermöglichen. Sie hat es als primäre Voraussetzung und Stütze der Demokratie nicht verdient, fahrlässig oder gar vorsätzlich pauschal und gesamthaft in die Nähe von Terrorismus gerückt zu werden.

[24] Rainer Herrmann: Erdogan kennt die Schuldigen; in: FAZ, 5. August 2021.

Auswirkungen der Pandemie auf die Zivilgesellschaft (15. Juli 2021)
von Eckhard Priller; in: Maecenata Observatorium 52, 2021

Der Beitrag war ein Inputvortrag der digitalen Veranstaltung „Die Funktion der Zivilgesellschaft in Berlin während und nach der Pandemie" des Paritätischen Wohlfahrtsverbands LV Berlin e.V. und Gesundheitsstadt Berlin e.V./GmbH am 9.Juni 2021.

Die Pandemie hat alle gesellschaftlichen Bereiche getroffen, die Zivilgesellschaft aber besonders. Warum? Sie wurde einerseits in ihrer Arbeit stark eingeschränkt, teils sogar stillgelegt. So konnten Veranstaltungen der in Berlin mehr als 25.000 eingetragenen Vereine, Verbände und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht mehr stattfinden. Oder denken wir nur an die zahlreichen Sportvereine – allein in Berlin sind es rund 2.500, die ihre Aktivitäten einstellten. Reguläre innerorganisatorischen, demokratischen Grundsätze und bewährte Praktiken wie Vorstands- oder Mitgliederversammlungen konnten nicht mehr in der gewohnten Weise realisiert werden. Besonders waren die traditionellen Engagementformen in und außerhalb der Organisationen eingeschränkt oder entsprechende Aktivitäten kamen sogar ganz zum Erliegen. Auch fühlten sich Mitarbeiter und Engagierte in der Pandemie oft alleingelassen. Unter dem Eindruck, dass ihre Tätigkeit mehr oder weniger kommentarlos wegfiel, machte sich hier ein gewisser Frust breit.

Die Leistungen, Potentiale und Ressourcen der Zivilgesellschaft sind unverzichtbar

Dennoch reagierten zahlreiche Organisationen, deren Mitarbeiter und ehrenamtlich Engagierte sehr initiativreich und intensiv. Sie realisierten ihre bisherigen und neu entstehende Aufgaben unter den veränderten Bedingungen. Sicher sind z.B. die vielen Aktivitäten im Sinne der spontanen Nachbarschaftshilfe und Unterstützungs-leistungen für Hilfebedürftige in Erinnerung. Zahlreiche Organisationen veränderten ihre Arbeitsweise, indem sie von „Komm-Strukturen" auf „Geh-Strukturen" umstellten, d.h. das Hilfebedürftige nicht mehr in die Einrichtungen kamen, sondern von den Betreuern zu Hause aufgesucht wurden. Insgesamt agierten die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Corona-Pandemie zumeist sehr umfassend. Sie haben dringlich erforderliche Leistungen erbracht und vielfältige Zeichen der Solidarität gesetzt. Es zeigte sich eindrucksvoll, dass die Aktivitäten, von zivilgesellschaftlichen Organisationen und den dort Beschäftigten und Ehrenamtlichen unverzichtbar sind. Und das nicht nur im Gesundheitswesen oder bei der Pflege und Betreuung.

Veränderungen in der Zivilgesellschaft – Ergebnisse von Studien und Untersuchungen

Heute können wir auf der Grundlage verschiedener Studien und Untersuchungen eine erste Bilanz ziehen, wie sich die Pandemie auf die Zivilgesellschaft auswirkte. Zu nennen sind hier u.a. Studien des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, die unter der Überschrift „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft" erfolgten. Untersucht wurden nicht nur die Folgen und Auswirkungen, sondern die vorhandenen Defizite in der Unterstützung der Organisationen.

Betrachtet man die Aktivitäten und Leistungen zivilgesellschaftlicher Organisationen kristallisieren sich bestimme Muster heraus:

- Breiten Raum nehmen Informationen zum Corona-Virus in Richtung „Gutmensch-Tipps in Zeiten von Corona“ und die Einrichtung von Serviceseiten zur Corona-Hilfe auf den Webseiten ein. Sie liefern Informationen und Unterstützungsangebote zur Corona-Pandemie. Es wurden des Weiteren Online-Fragestunden, Webinare, Rechtsberatungshotlines und die Erstellung verschiedener Organisationsempfehlungen angeboten.
- Neben den Informationsangeboten stechen die Stellungnahmen zu Bedrohungen von Infrastrukturen, zum Schutz von Fachkräften, Einrichtungen und Angeboten hervor. In der Regel münden sie in Forderungen an die Bundesregierung zur finanziellen Unterstützung, zur Änderung von Zuwendungsvoraussetzungen oder zur Aufhebung von strikten Beschränkungen bei den Zahlungen für betriebsbedingte Ausgaben.
- Oft wird die Einrichtung staatlich finanzierter Spezialfonds, Notfallfonds oder die Umwidmung bestimmter Mittel gefordert.
- Einen hohen Stellenwert nahmen Spendenkampagnen, Aufrufe zur Nachbarschaftshilfe und zum Ehrenamt zur Unterstützung für Ältere oder Menschen mit Vorerkrankungen ein.
- Ein großer Teil der Organisationen befasst sich mit einer verstärkten Digitalisierung ihrer Tätigkeit, nutzt die neuen Medien für veränderte Kommunikation und setzt damit darauf, die Krisenfolgen damit zu begrenzen.

In der Tätigkeit der Organisationen sind zugleich eine Reihe problematischer Entwicklungen festzustellen:

- Ein schwindendes Engagement und Rückgänge bei Mitgliedschaften und den Mitgliedsbeiträgen besonders bei kleineren Organisationen und jenen, die spezifische Leistungen anbieten.
- Mehrausgaben und finanzielle Lücken, die die finanziellen Spielräume und Handlungsfähigkeit der Organisationen minderten und zu einer Verschärfung ihrer ökonomischen Situation führten.
- Die staatlichen Förderprogramme waren und sind oft nicht auf zivilgesellschaftliche Organisationen zugeschnitten und sie konnten deshalb nur begrenzt in Anspruch genommen und wirksam werden.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch den Staat war mangelhaft

Der Staat in Form von Bundes- und Landesregierungen – in Berlin der Senat – hat in der Corona-Krise eine enorme Handlungs-fähigkeit bewiesen. Wenn man es kurz auf einen Nenner bringen will: Es wurde nach innen mit Beschränkungen und Förderprogrammen durchregiert. Die Zivilgesellschaft bis hin zu den Bürger*innen und ihren Vertreter*innen im Bundestag und den Landesparlamenten wurden häufig, so sind zahlreiche kritische Einschätzungen, zum Zuschauen degradiert. Die dadurch begrenzte Sprach- und Handlungslosigkeit stellte für die organisierte Zivilgesellschaft eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Denn, wenn der Staat gefragt ist und seine

Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit breite Anerkennung und Zuspruch erfahren, stellt sich die Frage, wo bleibt die Zivilgesellschaft, deren Stellenwert doch als unverzichtbar für unsere Gesellschaft angesehen wird. Und was wird nach der Corona-Krise erfolgen – wenn der Staat gezeigt hat, dass er bestimmte Leistungen übernehmen und erfüllen kann, sowie in einem sehr umfangreichen Maße die finanziellen Grundlagen sichert? Wird dann die Zivilgesellschaft überhaupt noch im bisherigen Maßstab erforderlich sein? Nicht nur im Gesundheits- und Pflegebereich fordert man eine stärkere Rekommunalisierung von der auch die Zivilgesellschaft betroffen sein kann.
Es reicht wohl nicht, wenn gegenwärtige nur einzelne Organisationen reagieren und durchaus aktiv sind. Es geht um Grundsatzfragen, um Positionen der Zivilgesellschaft aktuell und in der Zukunft. Zivilgesellschaft muss sich auch oder gerade in Krisenzeiten als ein eigenständiger Bereich erweisen und durch die eigenen Wirkungsmechanismen und Potentiale etwas leisten, was Staat und Wirtschaft nicht können.
Das Virus krempelte also nicht nur das Alltagsleben um, sondern es wird uns langfristig beeinflussen – nicht nur in Fragen der Gesundheit, sondern ebenso in Angelegenheiten der Demokratie, der Partizipation, der Solidarität, des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Zivilgesellschaft gegenwärtig und künftig dürfen wir deshalb nicht aus dem Blick und nicht außer Acht lassen. Was passieren kann, wenn wieder eine gewisse Normalität eintritt, müssen wir uns für die Zivilgesellschaft schon heute überlegen, denn es wird wohl nicht alles so bleiben, wie es einmal war.

Die Pandemie hat bereits vorhandene Entwicklungen verstärkt – ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat erfordert neue Ansätze und Lösungen

Wie zahlreiche Analysen zeigen, hat die Pandemie bereits vorhandene Entwicklungen verstärkt und verschärft sie weiter. Bereits vor der Pandemie und das nicht nur in Deutschland, sondern international, gewinnt die Nationalstaatlichkeit an Bedeutung. Die Juristen sprechen hier sogar von einem gewissen Neoetatismus. Die Zunahme staatlicher Einflussnahme hat unterschiedliche Ursachen.

Vier Aspekte sollen an dieser Stelle kurz genannt werden:

- Der Neoliberalismus mit seinem Credo, dass der Markt alles löst und richtet, hat sich vielfach als nicht tragfähig erwiesen.
- Für eine immer komplexer werdende Welt bedarf es offenbar neuer Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten. Es bedarf u.a. einer gewissen Lenkung und Steuerung, um beispielsweise die Internationalisierung der Märkte mit ihren negativen Auswirkungen zu begrenzen.
- Rekommunalisierung steht in vielen Bereichen auf der Tagesordnung, um öffentliche Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen. Sie wird von den Bürger*innen gefordert und von der Kommunalpolitik als wichtiger Zukunftsweg angesehen.

- Entwicklungen im Bereich der Demographie, der Diversität, der Werte usw. erfordern mehr vom Staat. Beispielsweise wird die zunehmende Überalterung der Bevölkerung und der damit verbundene Anstieg im Bereich von Pflege und Betreuung innovative Ansätze erfordern. Die bisherige Praxis wird den künftigen Anforderungen nicht gerecht.

Gleichzeitig stellen sich Fragen, was die Zivilgesellschaft anders machen kann, wie sie sich noch aktiver einbringt. Es kann also nicht darum gehen, alles nur auf den Staat und den öffentlichen Bereich zu schieben. Grundsätzlich ist es erforderlich, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland und auch in Berlin die Partikularinteressen ihrer Organisationen, besonders die der großen Verbände, überwindet und mit einheitlicher Stimme spricht. Das bedarf der besseren Zusammenarbeit und Kooperation. Der Anspruch eines Auftretens auf Augenhöhe mit dem Staat darf nicht ad acta gelegt werden, sondern kann gerade durch die eigene Funktions- und Leistungsfähigkeit untermauert werden. Die Zivilgesellschaft kann dabei den Vorzug ihrer Multifunktionalität bewusst nutzen. Sie hat nicht nur Funktionen bei der Erbringung von Dienstleistungen, bei der Wahrnehmung von Interessen und bei der Sicherung von sozialer Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern sie hat auch anwaltschaftliche Aufgaben bei der Verteidigung von Grundrechten. Dies darf gegenwärtig nicht verloren gehen.

Die Zivilgesellschaft muss ihre Krisen-kommunikation deutlich verbessern. Sie hat für Mitarbeiter, Mitglieder, Engagierte und alle Menschen deutlich sichtbar zu bleiben – Zuversicht, Trost, Solidarität, Vertrauen sind neben der Erbringung von Leistungen in Krisenzeiten fundamentale Aufgaben. Wichtig ist es Zeichen zu setzen, die die Leistungen der Zivilgesellschaft zeigen und ihre Potentiale zur Überwindung der Pandemie demonstrieren. Dazu gehören gemeinsame Aufrufe und Projekte ebenso wie die Bereitstellung von Mitteln – bis hin zu Beiträgen, besonders von großen Stiftungen, für Sonderfonds und Unterstützungsprogramme.
Nicht zuletzt ist zu überlegen, wie die Zivilgesellschaft nach der Krise, für die Zukunft und für die Bewältigung weiterer Krisen (um) zugestalten ist. Allein auf Digitalisierung zu setzen ist dabei wohl keine Lösung.

Ausblick – Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft gestalten

Die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit ihrer großen Zahl an Mitarbeitern, Mitgliedern und freiwillig Engagierten stellen ein bedeutendes Potential dar, das einen gewichtigen Beitrag bei der Überwindung der Krise und deren Folge leisten kann. Gleichzeitig wird durch die Pandemie verstärkt der Fokus auf Fragen gerichtet, wie die Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft weiter zu gestalten sind. Denn die Pandemie hat neben den Leistungen und der Leistungsbereitschaft der Zivilgesellschaft auch deren Schwachstellen und ihre Verletzlichkeiten aufgezeigt. Und das nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern in den Arbeitsweisen, den Zuständigkeiten, den Zugangsmöglichkeiten, in Fragen der Planbarkeit und einer nachhaltigen Tätigkeit. In diesem Kontext ist das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat bzw. öffentlicher Hand auf den Prüfstand zu stellen. Die Auswertung der Ereignisse und Folgen der Pandemie können dafür ein guter Anlass sein. Es bedarf allerdings der Klärung grundlegender Fragen für die Zukunft.

Ob in Form eines Runden Tisches oder noch besser mit einer Enquetekommission des Abgeordnetenhauses sollten grundlegende Fragen der Perspektiven der Zivilgesellschaft und des Zusammenwirkens von Zivilgesellschaft und Staat in Berlin neu auf die Tagesordnung gesetzt werden. Entsprechende Enquetekommissionen sind nicht ungewöhnlich. Gerade liegt beispielsweise dem Landtag Nordrhein-Westfalen eine Beschluss-empfehlung und ein Bericht der Enquetekommission zum Thema „Subsidiarität und Partizipation“ vor. Für Berlin wäre, so mein Vorschlag, durchaus eine Thematik wie „Die Zukunft der Zivilgesellschaft in Berlin sowie ihre Kooperation und ihr Zusammenwirken mit dem Staat“ denkbar.

Grußwort zur Eröffnung der Wasatia Graduate School in der Katholischen Akademie
von Rupert Graf Strachwitz; am 9. November 2021

Vor etwa 15 Jahren war ich mit meiner zur Maecenata Stiftung gehörenden Forschungseinrichtung in ein Forschungsprojekt zur internationalen Zivilgesellschaft eingebunden, das mein israelischer Kollege Ben Gidron von der Ben Gurion University leitete. Bei einem der Treffen, die wir dazu hatten, kam die Idee auf, eine größere Konferenz ins Auge zu fassen; in einer Pause stach mich der Hafer, und ich fragte Ben, ob er denn dazu auch palästinensische Kolleginnen und Kollegen einladen würde. Er verstand erstmal meine Frage nicht; nachdem ich sie zweimal wiederholt hatte, kam die Antwort: „Glaubst Du im Ernst, wir würden eine solche Konferenz machen und keine Palästinenser dazu einladen?“ Ich war blamiert – mit Recht, denn ich hätte es ja auch besser wissen können. Der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, den Kreisen, in denen ich mich ständig bewege, war und ist ja aufgegeben, dort Brücken zu bauen und zu halten, wo Politik, Militär und Diplomatie das nicht hinbekommen. James Simon, der große Berliner Mäzen des frühen 20. Jahrhunderts, der ganz nah von hier, auf dem Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee begraben liegt, drückte das ganz lapidar so aus: „Wenn der Staat versagt, müssen die Bürger eintreten.“

Ja, ich hätte das wissen müssen, denn meine Stiftung und ihre Programme sind seit über 20 Jahren im interkulturellen und interreligiösen Dialog engagiert. Das Maecenata Institut hat dazu drei große Forschungsprojekte durchgeführt und zahlreiche Publikationen vorgelegt, in denen versucht wurde, die Argumente von den Unterschieden zwischen Juden, Muslimen und Christen weg und zu den Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten hinzuführen. Das Stiftungsprogramm Europa Bottom-Up hat sich in vier Tagungen dem Thema ‚Europa und das Mittelmeer‘ gewidmet. Worum es dabei ging, bedarf hier wohl keiner weiteren Erläuterung. Die Ergebnisse sind ebenfalls publiziert. Aus diesem Projekt, konkret aus der dabei entstandenen Freundschaft mit Prof. Udo Steinbach, ging die Idee hervor, in der Stiftung unter seiner Leitung ein MENA Study Centre anzusiedeln, was 2019 geschah. All dies war und ist dem Bemühen gewidmet, mit unseren gewiß bescheidenen Mitteln gegenzusteuern – gegen Unwissenheit und Borniertheit, Abschottung und Mißtrauen, Feindschaft und Haß.

Auch namens des Stiftungsrates und Vorstandes der Maecenata Stiftung darf ich daher heute meine große Freude und Genugtuung darüber bekunden, daß es erneut gelungen ist, eine

Initiative auf den Weg zu bringen, die diesem Bemühen sichtbaren und, wie ich hoffe, nachhaltigen Ausdruck verleiht. Die European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution wird Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus den unterschiedlichen Kulturen der Mittelmeer-Anrainer-Länder, insbesondere aber aus Palästina und Israel auf Frieden und Konfliktbewältigung ausgerichtete Forschungsaufenthalte an der Europa Universität Flensburg ermöglichen. Ich danke der Universität und insbesondere dem Initiator des Projekts, Prof. Ralf Wüstenberg, daß unsere Stiftung mit ihrem MENA Study Centre Kooperationspartnerin dieses Projekts sein darf.

Ich habe mit einer Anekdote begonnen und will mit einer zweiten schließen. Vor inzwischen schon vielen Jahren war ich Teilnehmer einer Konferenz in Istanbul, bei der auch palästinensische und israelische Kolleginnen und Kollegen anwesend waren. Ohne jede Absprache schienen wir übrigen es uns angelegen sein zu lassen, dafür zu sorgen, daß diese sich nicht zu nahe kamen – bis wir einmal einen Bus bestiegen, um zu einer Abendveranstaltung zu fahren und mit Schrecken sahen: Die israelischen und palästinensischen Delegationschefs hatten sich unabsichtlich nebeneinander gesetzt. Wir alle hielten den Atem an, nicht wissend, was nun geschehen würde. Was geschah, war, daß sie miteinander ins Gespräch kamen. Von da an änderte sich, wieder ohne Absprache, unser Verhalten. Wir spürten, sie brauchten so viel Zeit wie nur möglich, um vertraulich und allein miteinander zu reden; jeder andere, der sich ihnen nähern wollte, wurde höflich, aber bestimmt abgedrängt.

Nun, die Wasatia School wird niemanden abdrängen wollen. Aber sie wird, des bin ich gewiß, aus zivilgesellschaftlichem und wissenschaftlichem Geist eine Atmosphäre des Talking, Learning, Working, and Living Together – so das Motto unseres Europa-und-das-Mittelmeer-Projekts – erzeugen, das wiederum einen kleinen – vielleicht sogar nicht so kleinen – Beitrag zu Peace and Conflict Resolution an der Südost-Seite unseres gemeinsamen Kulturraums leisten kann. Wir freuen uns jedenfalls über die Kooperation mit der Universität Flensburg und anderen Universitäten und über die Einbindung in einen Kreis von vielen unabhängigen Organisationen, die unter dem arabischen Namen Wasatia für ein gemeinsames Ziel arbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich der Wasatia School in Flensburg, ihren Mitarbeitenden und Stipendiatinnen Gottes Segen und jeden erdenklichen Erfolg!

Zivilgesellschaft ist korrumpierbar: Sie muß etwas dagegen tun
Zum Antikorruptionstag
von Rupert Graf Strachwitz; in: ITZ-Newsletter 2/2021

Nach wie vor glauben die politischen Parteien meistens, Artikel 21 des Grundgesetzes als gemeinsames Monopol auf die politische Willensbildung interpretieren und andere daran Beteiligte, insbesondere neben der Wirtschaft die Zivilgesellschaft, ausblenden und dadurch marginalisieren zu können. Daß dies kurzsichtig ist und für unsere Demokratie schädlich sein muß, sollte jedem

klar sein, der politische Zusammenhänge zu begreifen sucht. Hegels Diktum vom über allen Interessen stehenden, alles überwölbenden, selbst nicht Partei ergreifenden und letztlich nie irren könnenden Staat gilt, wenn es denn überhaupt je gegolten ist, im 21. Jahrhundert aus vielen Gründen nicht mehr. In der Krise unserer gesellschaftlichen Ordnung brauchen wir dringend jeden Akteur, der sich einbringen will. Gerade die Zivilgesellschaft darf nicht nur nicht daran gehindert werden, aus der Nische herauszutreten sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen. Sie muß es selbst auch wollen und einfordern. Daß sich weltweit politische Parteien schon selbst als Bewegungen neu erfinden, um damit ihre eigene Stagnation zu überwinden und an der Erfolgsgeschichte sozialer, zivilgesellschaftlicher Bewegungen zu partizipieren, zeigt die Gefahr auf, erneut auf die Zuschauertribüne verwiesen zu werden.

Dem notwendigen Eintritt in die große politische Arena steht allerdings entgegen, daß zivilgesellschaftliche Organisationen im Gegensatz zu anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen, die sich in der Mitte der Gesellschaft bewegen, kaum öffentlich Auskunft über ihr Handeln geben müssen. Die große Mehrzahl der Organisationen macht von diesem Verschwiegenheitsrecht Gebrauch. Und das, was man bekommt, ist mangels Kriterien untereinander nicht vergleichbar, sodaß wissenschaftliche Auswertungen immer defizitär sind. Alle veröffentlichten aggregierten Finanzangaben haben, so pauschal muß man das leider sagen, nur wenig Bezug zur Realität. Den Parteien dagegen ist durch den erwähnten Art. 21 GG auch eine Verpflichtung auferlegt: „Sie müssen über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“ Zu Recht ist immer wieder darüber gestritten worden, ob die Parteien dieser Pflicht in hinreichendem Maße nachkommen; der Grundsatz aber steht fest. Ebenso ist unstrittig, was mit „öffentlich“ gemeint ist: die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger, nicht etwa nur eine dazu bestimmte Staatsbehörde. Jedem interessierten Bürger, jeder interessierten Bürgerin muß die Möglichkeit eingeräumt sein, sich zu den öffentlichen Angelegenheiten kundig zu machen. Dies ist ein Bürgerrecht und erstreckt sich angesichts der gerade zitierten Entwicklung der Zivilgesellschaft seit der Erarbeitung des Grundgesetzes ganz gewiß auch auf deren Akteure. Sie sind bedeutende Dienstleister, Themenanwälte, Wächter, Mittler, Selbsthilfeorganisationen, Gemeinschaften und Mitgestalter einer entstaatlichten Politik, allesamt daher im öffentlichen Raum unterwegs. Auch die kleinen unter ihnen, die vielleicht nicht zu Unrecht für sich in Anspruch nehmen, an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Zivilgesellschaft nicht unmittelbar teilnehmen zu können, können sich daher weder selbst davon freistellen noch grundsätzlich von anderer Seite freigestellt werden. Es muß klar sein,

- daß bedeutende Gruppen der Gesellschaft sich einer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft insgesamt nicht entziehen können,
- daß dies für alle Akteure innerhalb dieser Gruppen gilt, und
- daß zivilgesellschaftliche Akteure sich schon deshalb dieser Verantwortlichkeit nicht entziehen können, weil gerade sie ja für sich in Anspruch nehmen, nicht Partikularinteressen, sondern dem allgemeinen Wohl auf irgendeine Weise zu dienen.

Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Nur mitreden, aber nicht öffentlich verantwortlich sein zu wollen, ist keine Option.

Richtig ist, daß die große Mehrheit der kollektiven zivilgesellschaftlichen Akteure weder nach innen korrupt ist noch versucht, durch Korruption Ziele zu erreichen noch selbst korrumpierbar ist. Das heißt aber nicht, daß Organisationen nie dafür anfällig wären. Bekanntlich stehen ja, um ein Beispiel zu nennen, immer wieder Vermutungen im Raum, ausländische, konkret meist russische Regierungsstellen würden deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen für ihre eigenen Ziele instrumentalisieren oder sie dazu benutzen, den öffentlichen Raum zu destabilisieren oder falsche Nachrichten zu verbreiten. Beides sind klare Fälle von Korruption.

Viele Organisationen sind bekanntlich von Spenden und Fördermitteln so abhängig, daß deren ständige Akquise eine Überlebensfrage darstellt. Projekte wollen weitergeführt, Mitarbeitende wollen gehalten, die Mission will nachhaltig verfolgt werden. Dies kann dazu verführen, gegenüber Geldgebern allzu willfährig oder in der Überprüfung ihrer Geldgeber (*due diligence*) nicht streng genug zu sein. Organisationen, die eigentlich von ihrem Auftrag getrieben sein müßten (*mission driven*) werden so schleichend zu solchen, die ihren Förderern und Spendern zuliebe Projekte mit von diesen bestimmter Zielrichtung durchführen (*donor driven*) oder sogar öffentlich Positionen vertreten, die ihnen von diesen diktiert werden. Das wissen die Geldgeber natürlich und nutzen dies oft schamlos aus – öffentliche noch sehr viel stärker als private. Organisationen, die von öffentlichen Mitteln abhängig sind, werden nicht selten regelrecht erpreßt, übrigens auch von deutschen Behörden: ein klarer Fall von Korruption. Leider sind dabei die Übergänge so fließend, ist die Grauzone so groß, daß weder mit Verboten und Kontrollen, noch mit gesetzlichen Regelungen allein Abhilfe möglich erscheint. Es hilft also nur die Offenlegung, damit eine Einordnung von Positionen und Handlungsweisen und ein informierter öffentlicher Diskurs dazu möglich ist.

Ein weiteres kommt hinzu: Seit dem 11. September 2001 machen vor allem US-amerikanische Behörden weltweit ihren Einfluß zur Eindämmung von Geldwäsche und Terrorismus geltend. Aus guten Gründen haben sich viele andere Regierungen dem angeschlossen. Die schon 1989 gegründete intergouvernementale Arbeitsgruppe FATF (Financial Action Task Force) widmet sich nicht zuletzt deshalb vorrangig diesem Thema, weil kriminell generierte Mittel in hohem Maße dazu „gewaschen“ werden, um durch aktive Korruption an den Schaltstellen der politischen Macht Einfluß zu gewinnen und auszuüben oder um Wettbewerber, Kontrolleure und Wächter (*watchdogs*) zu diskreditieren. Hierzu werden nicht selten zivilgesellschaftliche Organisationen (NGO, NPO) als Mittler eingesetzt. Manchmal werden sie eigens zu diesem Zweck vorsätzlich gegründet, manchmal werden aber auch bestehende, im Kern unbescholtene Organisationen durch Versprechungen dazu verleitet, ein solches Spiel mitzuspielen. Schließlich gibt es auch Fälle, in denen Organisationen von Anfang bis Ende völlig ahnungslos sind, zu welchen Zielen sie mißbraucht werden. Daß dies so ist, hat für die ganze Zivilgesellschaft Konsequenzen. Beispielsweise mußten sich US-amerikanische Behörden vorhalten lassen, sie würden anerkannte gemeinnützige Organisationen pauschal als Geldgeber des Terrorismus und Handlanger von Geldwäschern verdächtigen. FATF war unter amerikanischem Einfluß der gleichen Meinung.

So gerieten beispielsweise Organisationen wie das US-amerikanische Rote Kreuz oder die über 150 Jahre alte, in der Entwicklungszusammenarbeit tätige deutsche Organisation Missio (früher König-Ludwig-Missionsverein) auf eine schwarze Liste; es gab keinerlei Verfahren, wie sie daraus wieder gestrichen werden konnten. Dies ist unter Gesichtspunkten der Herrschaft des Rechts vehement zu kritisieren, ändert aber nichts daran, daß sich Organisationen der Zivilgesellschaft mit derlei Vorwürfen auseinandersetzen müssen, weil sie – gewiß nur in Einzelfällen – nicht vollständig unberechtigt sind. So zu tun, als ob es diese Vorwürfe nicht gäbe, ist jedenfalls keine adäquate Strategie. Ein gutes Gewissen allein ist in diesem Fall auch kein sanftes Ruhekissen. Zu den gemeinsamen Zielen der Zivilgesellschaft muß deshalb gehören, solidarisch gegen falsche Verdächtigungen vorzugehen, ebenso aber auch das Phänomen selbst zu benennen, auf Gefährdungen aufmerksam zu machen und Akteure, die tatsächlich in solche Machenschaften verstrickt sind, anzuprangern. So lange Zivilgesellschaft auch nur ansatzweise zu Recht mit dem Vorwurf der Korruption konfrontiert werden kann, bleiben pauschale Verdächtigungen ebenso Realität wie der unqualifizierte Angriff auf einzelne Akteure.

Nicht zuletzt Transparency International ist es zu verdanken, daß Korruption heute fast weltweit als sittenwidrig eingestuft wird, auch wenn sie nach wie vor vielerorts gängige Praxis geblieben ist. Es muß jederzeit deutlich sein, daß zivilgesellschaftliche Akteure damit nichts zu schaffen haben. Die Debatte darüber, ob und ggf. in welchem Umfang zivilgesellschaftliche Organisationen an illegalen Korruptions-, Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsaktionen beteiligt sind oder waren, überlagert heute die demokratietheoretischen Argumente für mehr Transparenz. Diese Debatte wird angefacht

1. durch die Tatsache, daß Mißtrauen heute die vorherrschende Grundhaltung im öffentlichen Raum darstellt – woran die politisch und wirtschaftlich einflußreichsten Akteure, weiß Gott, nicht unschuldig sind; und
2. dadurch, daß in allen Enthüllungen, etwa über Panama- oder Paradise-Papers, wenngleich nicht immer zu Recht und nicht in großem Umfang, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure auftauchen.

Die immer noch verbreitete Scheu vieler zivilgesellschaftlicher Akteure vor mehr Transparenz ist vor diesem Hintergrund nicht oder nicht mehr tragbar. Zu verbessern ist dieser Zustand nur durch

- eine umfassende Selbstverpflichtung, die diesen Namen verdient, oder
- durch eine gesetzliche Regelung

mit dem Ziel, die Mittelherkunft für jedermann nachvollziehbar offenzulegen.

Der lange Marsch hin zu einer partizipativeren Demokratie gehört zur Kernsubstanz modernen zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses. Damit die Beiträge aus der Zivilgesellschaft als Debattenbeiträge im Rahmen der von Jürgen Habermas so benannten deliberativen Demokratie qualifiziert, eingeordnet, analysiert und fruchtbar gemacht werden können, muß diese Korruptionsvorwürfe substantiiert zurückweisen können. Gerade dieser Punkt sollte den Organisationen

selbst besonders am Herzen liegen. Dies heißt, letztlich kommt es auf eine Verabredung an, bei der Offenlegung und – ernsthafte, nicht symbolhafte – Anerkennung in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden. Soll der Staat die Zivilgesellschaft als gleichrangigen öffentlichen Akteur anerkennen, so kann er eine erheblich verbesserte Offenlegung verlangen. Will die Zivilgesellschaft mehr und ernsthaft als Partner anerkannt werden, muß sie mehr Transparenz anbieten.

Gewiß ist das nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. Transparenz ist zunächst ein Schlagwort ohne sehr viel konkreten Inhalt. Sie bedarf einer Rahmensetzung, der Festlegung von Kriterien und eines Verfahrens. Zu alldem gibt es einige Ansätze, aber bei weitem keinen Konsens oder gar eine Verbindlichkeit. Völlig ungeklärt sind beispielsweise Fragen der Grundgesamtheit, Vergleichbarkeit, Aggregierbarkeit und Vollständigkeit, denn kein Verein und keine Stiftung ist verpflichtet, Regeln der Systematik, Bewertung usw. einzuhalten, so wie es für Wirtschaftsunternehmen selbstverständlich ist. Drei Beispiele mögen das verdeutlichen:

- Die Initiative Transparente Zivilgesellschaft, von Transparency International Deutschland verantwortet und von einem als Fachbeirat fungierenden Trägerkreis begleitet, verschafft sich beispielsweise einen brauchbaren Überblick über die Tätigkeit und die finanziellen Verhältnisse ihrer Unterzeichner, allerdings nur auf der Basis einer mangels Ressourcen kaum kontrollierten Selbstverpflichtung.
- Das Hauptkriterium des vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen auf Basis einer sehr eingehenden Prüfung vergebenen Spendensiegels ist das Verhältnis zwischen Spendenaufkommen und dazugehörigem Akquiseaufwand. Dies ist für die Spender überaus wichtig, aber bietet noch kein vollständiges Bild von einer Organisation und ihren Finanzströmen, was das DZI wohlgemerkt auch nicht behauptet.
- Das Transparenzregister gemäß EU-Geldwäsche-Richtlinie ist vor allem an den Namen der entscheidungsbefugten Personen interessiert, um daraus wirtschaftliche Interessen abzuleiten. Das kann aber muß nicht die Aufmerksamkeit auf Korruptionstatbestände lenken. Zur Beantwortung Kernfragen trägt dieser Ansatz nur bedingt bei.

Schon gar nicht läßt sich nachprüfen, ob das Argument, aus betrieblichen oder sachlichen Gründen müsse die Auskunft ganz oder teilweise verweigert oder jedenfalls nicht veröffentlicht werden, im Einzelfall berechtigt ist. Natürlich gibt es solche Fälle. Weder kann einem im Wettbewerb mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Anbietern stehenden Wohlfahrtsverband eine komplette Offenlegung der Innenkalkulation zugemutet werden, noch darf etwa eine Organisation mit besonders sensiblen Projekten, etwa in Tibet, der Türkei oder Nordkorea, durch Offenlegung Projekt und Mitarbeiter gefährden. Selbstverständlich sind an Organisationen mit größerer Außenwirkung andere Anforderungen zu stellen als an kleine gemeinschaftsbildende Vereinigungen ohne Außenwirkung. Und natürlich muß illegitimer und schon gar illegaler Einsichtnahme durch in- und ausländische staatliche Dienste rechtlich und technisch ein Riegel vorgeschoben werden. Aber gerade dieses Beispiel zeigt auch, daß die Güterabwägung nicht leicht ist und nicht unbedingt einer Selbsteinschätzung allein überlassen bleiben darf. Auch extremistische Zellen

fangen klein an. Gebraucht wird eine Instanz gleich welcher Art, deren Urteil sich alle Organisationen der Zivilgesellschaft sei es freiwillig, sei es aufgrund gesetzlicher Vorgaben, unterwerfen.

Es wird, so meine ich, deutlich, daß wir einerseits hier einen Handlungsbedarf erkennen müssen, an dessen Inangriffnahme die Zivilgesellschaft selbst ein hohes Interesse haben sollte – nicht um lobbyistisch „das schlimmste zu verhüten", sondern um eine umfassende, systematische, vernünftige, moderne und vor allem zur Abwehr von einerseits öffentlichen, andererseits aber auch beeinflussenden Angriffen auf die Zivilgesellschaft geeignete Regelung zu erarbeiten. Die Alternative ist, weiterzumachen wie bisher und in Kauf zu nehmen, daß ein Einzelfall, irgendein kleiner oder großer Skandal, unsere allzeit zu Aktionismus bereiten Politiker ermuntert, durch einen gesetzgeberischen Schnellschuß eine Rechtslage herzustellen, mit der niemand wirklich leben kann. Schon jetzt scheint sich eine Flut von Registern anzukündigen, die viel Aufwand verursachen, aber letztlich das wirkliche Problem nicht in den Griff bekommen. Zu fordern ist daher eine zügige und verantwortungsvolle Erarbeitung eines Transparenzsystems, das den Grundsätzen einer offenen Gesellschaft und der Verantwortlichkeit der sie mitgestaltenden Akteure ebenso gerecht wird wie der Handlungslogik und den schützenswerten Vertraulichkeiten sowie den begrenzten Ressourcen ihrer zivilgesellschaftlichen Akteure.

Der **internationale Antikorruptionstag am 9. Dezember 2021** ist eine sehr gute Gelegenheit, an dieses Thema wieder einmal zu erinnern – auch daran, daß mit dem berechtigten Anspruch, in den öffentlichen Angelegenheiten mitzureden, unabdingbar die Verpflichtung verbunden ist, der Öffentlichkeit – der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger, nicht irgendeiner Staatsbehörde – darüber Auskunft zu geben,

1. was gemacht wird,
2. woher die Mittel dafür stammen und
3. wie die Entscheidungen dafür zustande kommen.

Wenn diese drei Fragen befriedigend, aggregierbar und vergleichbar beantwortet werden, sind wir in der Überwindung einer korrumpierbaren Zivilgesellschaft ein gutes Stück weiter.

Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt

von Siri Hummel und Rupert Graf Strachwitz; in: APuZ, Nr. 13-15/2021

Die vielbeschworene Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts Zur Auflösung der ist kein Phänomen der spätmodernen Gesellschaft.[25] Aber durch die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Milieus und Gruppen und die stärkere Sichtbarkeit unterschiedlicher Identitäten und Anspruchshaltungen in der Öffentlichkeit erscheint die Gesellschaft heute bunter zusammengesetzt als vor zwei oder drei Generationen. Zugleich zeichnen sich unterschiedliche Auswirkungen der Globalisierung auf unterschiedliche soziale Gruppen ab, die sich in Verteilungs- und Identitätsdebatten Luft machen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt traditioneller Prägung wird dadurch in Frage gestellt.

Es überrascht nicht, dass sich dadurch auch der öffentliche Raum selbst verändert. Neue Interessen haben in den letzten 40 Jahren mehrfach zu erfolgreichen Parteineugründungen geführt. Mit steigender Tendenz beobachten wir aber auch die Verlagerung der politischen Debatte aus den Parteien in soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Weltweit zeigen Protestbewegungen wie Black Lives Matter oder Fridays for Future ebenso wie Pegida- oder "Querdenker"-Demonstrationen die Mobilisierung sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen. Die kommunikative Revolution, mit der die sozialen Medien reichweitenstarke, aber möglicherweise auch abgeschottete Öffentlichkeiten schaffen, Zur Auflösung der unterstützt diese Entwicklungen und trägt dazu bei, dass sie selbstverstärkend und nicht selten radikalisierend wirken.[26] Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und allgemeinverbindliche Regelungen verlieren zunehmend ihre Bindungskraft und werden verstärkt als antagonistisch wahrgenommen. Im Streit über die Aufnahme von Geflüchteten, die Corona-Regularien, den Klimawandel oder die Vermögensverteilung scheinen sich einzelne Befürworter und Gegner im bürgerschaftlichen Raum unversöhnlich gegenüberzustehen. Besonderes Augenmerk richtet sich auf populistische und rechtsextreme Bewegungen, die durch den Zulauf tatsächlicher wie vermeintlicher Globalisierungsverlierer nicht nur erstarken, sondern vor allem die Konsensfindung im öffentlichen Raum bewusst strapazieren und die Fragmentierung mittels Provokation vorantreiben.

Auch die Zustimmung zum System der Demokratie nimmt ab; Zur Auflösung der die über Jahrzehnte beschworene "freiheitlich-demokratische Grundordnung" steht, so möchte man meinen, zur Disposition.[27] Weniger als die Hälfte der Befragten zeigte sich jedenfalls in einer 2019 durchgeführten Umfrage mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, in Ostdeutschland kaum mehr als ein Drittel.[28] Zudem zeigt sich, dass sich die Kritik am politischen System nicht diffus über die Gesellschaft verteilt, sondern in manchen Gruppen wesentlich heftiger ausfällt als im Durchschnitt der Gesellschaft. Zur Auflösung der Zugleich umfasst der öffentliche Raum heute sehr viel

[25] Zum Phänomen selbst, dem Begriff und der jüngsten Entwicklung vgl. Thomas Brand/Robert Follmer/Kai Unzicker, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020 – Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2020.

[26] Vgl. hierzu z.B. Bob Woodward, Furcht – Trump im Weißen Haus, Reinbek 2018, S. 456ff.

[27] Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, How Democracies Die. What History Reveals About Our Future, New York 2018.

[28] Vgl. Frank Decker et al., Vertrauen in Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019.

deutlicher als noch vor 30 Jahren auch die organisierte und spontane Zivilgesellschaft, sodass diese Fragmentierungen auch in ihr zunehmend zu beobachten sind.[29]

Die Corona-Pandemie hat zudem einen besonderen Gefahrenherd entstehen lassen, der in der politischen Beobachtung allzu häufig vernachlässigt wird: Für viele Bürgerinnen und Bürger ist gesellschaftlicher Zusammenhalt primär mit ihrem aktiven Vereinsleben verbunden, wobei die Ziele des Vereins gegenüber dem Gemeinschaftserlebnis in den Hintergrund treten. Die Folgen des nunmehr einjährigen, fast vollständigen Ausfalls dieses Erlebnisses sind im Einzelnen noch nicht absehbar; dass sie im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt negativer Natur sind, ist aber offenkundig.[30]

Nimmt man die skizzierten Bedrohungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Veränderung der gesellschaftlichen Realität gesamthaft in den Blick, ist zu fragen, bis zu welchem Grad diese Fragmentierungen tolerierbar, ja vielleicht sogar notwendig erscheinen,[31] aber auch, welche Verantwortung welcher Arena kollektiven Handelns in der Überwindung einer daraus entstehenden Bedrohung zukommt. Im Folgenden soll es im Wesentlichen darum gehen, welche Rolle, wenn überhaupt, die Zivilgesellschaft hier übernehmen kann.

Funktionen von Zivilgesellschaft

Sowohl in der politischen Theorie, in deren Konzepte von direkter und deliberativer Demokratie sich die Funktion von Zivilgesellschaft sehr gut integrieren lässt, als auch in der empirischen Politikforschung erfährt die Idee der Zivilgesellschaft seit den 1990er Jahren eine stark normative, demokratiepositive Aufladung, auch wenn hinsichtlich der Begrifflichkeit, der Zugehörigkeit zu ihr sowie ihrer politiktheoretischen Beurteilung bis heute nicht unerhebliche Divergenzen bestehen.[32] Ohne Zweifel aber hat die Zivilgesellschaft als gesellschaftsgestaltende Kraft in den letzten Jahrzehnten eine starke Aufwertung erfahren. Heute herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass sich Zivilgesellschaft – in der Übersetzung des englischen civil society – anhand bestimmter Merkmale sowohl analytisch als auch in der Praxis vom Staat und dem Markt abgrenzen lässt.[33] Die rund 800.000 Bewegungen, Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft in Deutschland unterscheiden sich in Größe, Funktionen, Rechtsformen und Zielen erheblich. Gemeinsam ist ihnen, dass sie auf Selbstermächtigung und Selbstorganisation gegründet sind, keine staatlichen oder hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen und nicht primär auf Gewinnerzielung, sondern subjektiv auf die Förderung des allgemeinen Wohls ausgerichtet sind. Zur Erfüllung ihrer Mission sind sie auf solidarische Gaben von Empathie sowie Zeit, Sach- und Geldspenden angewiesen. Zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) lassen sich darüber hinaus nicht nur nach ihrer

[29] Vgl. Laura-Kristine Krause/Jérémie Gagné/Gesine Höltmann, Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: Wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben, Berlin 2020.
[30] Zu den Folgen der Pandemie für die Zivilgesellschaft siehe Malte Schrader, Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe – Angebote – Potenziale, Berlin 2021 (i.E.).
[31] Zur Notwendigkeit antagonistischer Konflikte in einer Demokratie siehe etwa Chantal Mouffe, Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism, Wien 2000.
[32] Vgl. Ansgar Klein, Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Wiesbaden 2001.
[33] Vgl. Rupert Graf Strachwitz/Eckhard Priller/Benjamin Triebe, Handbuch Zivilgesellschaft, Berlin–Boston 2020.

Zielsetzung (etwa Sport, Bildung oder Menschenrechte), sondern auch nach ihrer Funktion unterscheiden. Zu diesen Funktionen gehören neben der Erbringung von Dienstleistungen (etwa durch die Wohlfahrtsverbände) auch solche Dinge wie Themenanwaltschaften (beispielsweise durch Menschen- und Bürgerrechtsgruppen), Wächteraufgaben (etwa der Verbraucherschutzverbände), Mittlerfunktionen (zum Beispiel von Dachverbänden oder Förderinstitutionen), Selbsthilfe (von Sportvereinen oder Patientenselbsthilfen), politische Mitgestaltung (etwa durch Think Tanks) sowie, geradezu zentral, die Funktion der Gemeinschaftsbildung. In freiwilligen Gemeinschaften, also solchen, in denen das Gemeinschaftserlebnis im Mittelpunkt der Tätigkeit steht – etwa in Kegel-, Trachten-, Schützen- oder Karnevalsvereinen, aber auch in solchen, in denen dies ein unverzichtbares Attribut der Sinnstiftung und Zielerfüllung darstellt, etwa in Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Freundeskreisen (etwa von Kultureinrichtungen) –, wird permanent das Zusammenleben mit anderen erprobt, eingeübt und praktiziert.

Dies entspricht durchaus der Erwartungshaltung an die Zivilgesellschaft; sie wird heute weithin als Hoffnungsträgerin für eine bessere Demokratie, einen effizienteren Wohlfahrtsstaat oder eine bessere Gesellschaft gesehen. Ihr kulturell wahrendes Moment und das sozial Verbindende wird in der spätmodernen Zeit der "Singularitäten" ebenso gesehen wie die vom Staat unabhängige Kraft sozialer Organisation und der Raum der individuellen Freiheits- und Abwehrrechte, den sie zur Kontrolle staatlicher Macht zur Verfügung stellt.[34] Auch eine innovative Triebkraft zu einer gerechteren Welt wird ihr zugeschrieben.[35]

Dennoch bleibt die Frage, inwieweit diese Erwartungen gerechtfertigt sind. Kann der Zivilgesellschaft tatsächlich ein wesentlicher Anteil an der Aufgabe zugemessen werden, einer Desintegration der Gesellschaft vorzubeugen und ihren Zusammenhalt zu organisieren? Hierzu sind zwei weitere spezifische Integrationsleistungen zu diskutieren: zum einen die individuelle soziale Integration, zum anderen der Ausgleich von Gruppenpräferenzen, also die Abbildung des gesellschaftlichen Pluralismus und der diversen Lebensstile, die die spätmoderne Gesellschaft hervorbringt.

Integration und Pluralismus

Ideengeschichtlich hat die soziale Bindekraft der Zivilgesellschaft eine lange Tradition. Nach seiner Reise in die Vereinigten Staaten kam der französische Aristokrat Alexis de Tocqueville in den 1830er Jahren zu dem Schluss, dass plurale Assoziationen für die neue, mehr auf Gleichheit denn dem Ständewesen beruhende Gesellschaft die Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen darstellen. Und dies aus zwei Gründen: Hatte er im ersten Band seiner Abhandlung "Über die Demokratie in Amerika" die Vereinigungsfreiheit im politischen Verein als Möglichkeit des Einzelnen betont, sich gegen die Tyrannei der Mehrheit behaupten zu können, fügte er im zweiten Band die Notwendigkeit bürgerlicher Vereinigungen für die

[34] Vgl. Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2019.
[35] Vgl. Colin Crouch, Post-Democracy After the Crisis, Cambridge 2020, S. 151.

Gemeinwohlorientierung der Menschen im Gemeinwesen hinzu, da diese dort, in den Vereinigungen, die Sitten der Kooperation und der Empathie mit den ihnen sonst eher unverbundenen Mitmenschen lernen.[36] Der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Putnam griff diese Idee 150 Jahre später erneut auf und brachte sie unter dem Begriff des "Sozialkapitals" erneut in die Diskussion.[37] Aus seinen Untersuchungen italienischer und nordamerikanischer Gemeinden leitete er die These ab, dass sich im Assoziationswesen einer Gesellschaft Sozialkapital bildet, das aus Netzwerken, Vertrauen und Normenbildung besteht und das Koordination und gemeinschaftliches Handeln ermöglicht. Im Vereinswesen üben die Mitglieder nach Putnam Kooperation und gegenseitiges Vertrauen ein und lernen damit letztendlich die Vereinbarung ihrer Egoismen mit ihrer, in wesentlichen Teilen auf Altruismus und Sozietät angewiesenen, Sozialgemeinschaft. Je ausgeprägter diese Zivilgesellschaft ist, so sein Fazit, umso stärker ist eine Gesellschaft darin, Konflikte und Probleme zu lösen.

Wie Tocqueville verbindet Putnam diese soziale Kompetenz mit der Idee von Demokratie. Je stärker eine Zivilgesellschaft, so seine Annahme, umso robuster ist das demokratische System, da jene sozialen Normen und Fähigkeiten, die in der Zivilgesellschaft gefördert werden, ebenso prodemokratisches Verhalten hervorbringen. Die Bürger und Bürgerinnen lernen, Probleme zusammen mit anderen im Kleinen zu lösen und bekommen dadurch auch ein besseres Verständnis für politische Kooperation und demokratische Verfahrensweisen. Sie können diese Fähigkeiten dann von ihrem isolierten, lokalen zivilgesellschaftlichen Handeln auf die gesamtgesellschaftliche Ebene abstrahieren und auf "die große Politik" anwenden. Deswegen sieht Putnam auch im Niedergang des Vereinswesens in den USA durch die zunehmende Individualisierung seit den 1960er Jahren eine Gefährdung für die dortige Demokratie. In dieser Lesart kommt der Zivilgesellschaft also eine hohe Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen zu.

Das ist nicht unkritisiert geblieben.[38] So wurde etwa infrage gestellt, ob die Bildung von Vertrauen im Verein per se zur Erhöhung eines generalisierbaren sozialen Vertrauens führt.[39] Empirisch lässt sich der Zusammenhang zwischen Mikro- und Makroebene, also die Übertragung von Vertrauen in einer kleinen Gruppe auf das Vertrauen in politische oder gesellschaftliche Institutionen, kaum bestätigen. Auch die Annahme einer kausalen Generierung prodemokratischer Tugenden durch zivilgesellschaftliches Engagement wird bezweifelt, nicht zuletzt mit Blick auf Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren, als ein ausdrücklich nicht demokratieorientiertes Assoziationswesen in der Lage war, den demokratischen Staat aus den Angeln zu heben.[40] Der Blick in die Geschichte lässt sich, wenngleich nicht mit vergleichbarem Ergebnis, durch die Betrachtung beispielsweise von Pegida, rechten Burschenschaften oder der sogenannten Identitären Bewegung durchaus auf

[36] Vgl. Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Frankfurt/M. 1956 [1835/1840].
[37] Vgl. Robert Putnam, Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993; ders., Bowling Alone – The Collapse and Revival of American Community, New York 2000.
[38] Zur methodischen Kritik an Putnam siehe z.B. Bettina Westle/Oskar W. Gabriel, Sozialkapital, Baden-Baden 2008.
[39] Siehe hierzu Niklas Luhmann, Vertrauen, Stuttgart 2000, S. 24ff.
[40] Vgl. Sheri Berman, Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: World Politics 3/1997, S. 401–429.

heute übertragen.[41] Die Tatsache, dass eine Seite von Zivilgesellschaft existiert, die sich explizit exkludiert, unter Inanspruchnahme eines Wir-Die-Feindschemas desintegrierend wirkt und in diesem Sinne unsoziales Kapital hervorbringen kann, ist nicht zu übersehen.[42] Jenseits dieser normativen Kritik hat Albert O. Hirschman schon 1970 darauf hingewiesen, dass sich jede Organisation als "loyal-", "exit-" oder "voice-orientiert" klassifizieren lässt, also keineswegs notwendigerweise integrierend wirken muss.[43] Organisationen können zudem durchaus von Hierarchisierung und Autoritätsstrukturen geprägt sein (etwa durch Rangsysteme oder Initiationsriten), insbesondere aber, indem der Ausschluss spezifischer Fremdgruppen zu den zentralen Voraussetzungen der eigenen Gruppenbildung gehört. Putnam, der sich mit dieser Kritik auseinandergesetzt hat, unterscheidet deswegen exkludierende Formen von Netzwerken ("bonding") von inkludierenden ("bridging"), ohne damit jedoch seine Demokratiethese verteidigen zu können – letztlich muss er eingestehen, dass das eine wie das andere in der Zivilgesellschaft vorkommt.

Auch der Soziologe James Coleman, der sich stärker als Putnam auf einen Rational-Choice-Ansatz im Sozialkapital stützt, betont die den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt potenziell gefährdenden Bindungen sogenannter "strong ties" in Vereinigungen.[44] Diese starken persönlichen Bindungen, die eigentlich für den engen Familienverband charakteristisch sind, können, da sie auf Vertrauen, der Erwartung unmittelbaren Nutzens der Gruppenmitglieder untereinander oder auf sehr dezidierten gemeinsamen Überzeugungen weltanschaulicher Art aufbauen, ein fehlendes Interesse am Rest der Gesellschaft oder sogar extreme Abgrenzung von dieser beinhalten. "Weak ties" hingegen, losere Vertrauensverhältnisse, die ein ausgeglicheneres Verhältnis von Vertrautheit und Abgrenzung aufweisen, fördern eher die konstruktive Auseinandersetzung und bergen damit jenes kritische Potenzial, auf das demokratische Verfahren angewiesen sind.

Fügt man dies alles zusammen, wird klar, dass Zivilgesellschaft nicht automatisch gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert, sondern dass es dafür bestimmter Voraussetzungen bedarf.

Dies gilt bei näherer Betrachtung auch hinsichtlich der Pluralismusleistung. Die Bündelung von gemeinsamen Interessen kann im Sinne der von Jürgen Habermas beschriebenen deliberativen Demokratie,[45] die er als Gegengewicht zur von Parteien beherrschten Verfahrens- und Entscheidungsdemokratie und für ein langfristiges Überleben demokratischer Strukturen für unabdingbar hält, von den Akteuren der Zivilgesellschaft geleistet werden, indem diese als Artikulationsventile einerseits und Ideenentwickler andererseits fungieren.[46] Dies entspricht dem heutigen Demokratieverständnis mehr als die ausschließlich repräsentativ-parlamentarische Demokratie, die mit der Organisation von politischer Macht zunehmend ausgelastet erscheint. Zu beobachten ist dies

[41] Vgl. Siri Hummel, Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum, in: Forschungsjournal Soziale Bewegung 3/2020, S. 649–670.
[42] Vgl. Margaret Levi, Social and Unsocial Capital: A Review Essay on Robert Putnam's Making Democracy Work, in: Politics and Society 1/1996, S. 45–55.
[43] Vgl. Albert O. Hirschman, Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Cambridge, MA 1970.
[44] Vgl. James R. Coleman, Grundlagen der Sozialtheorie, München 1991.
[45] Vgl. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M. 1992.
[46] Vgl. hierzu Klein (Anm. 8).

etwa an den sogenannten Protestbewegungen, die heute weltweit fast jeden bedeutenden politischen Prozess begleiten und sich keineswegs auf Protest beschränken.[47] Dass sich hierbei Menschen zusammenfinden, um ein spezifisches gemeinsames Ziel zu verfolgen, gehört heute zum demokratischen Alltag. Insoweit hat die Zivilgesellschaft, der diese Bewegungen fast ausnahmslos zuzurechnen sind, einen grundlegenden Wandel erfahren, indem langfristig angelegte, fest gefügte Organisationen nur noch einen von mehreren Subsektoren bilden.

Zugleich ist die Zivilgesellschaft insgesamt signifikant politischer geworden. Einerseits hat sich dabei eine relativ große Koalition von Akteuren herausgebildet, die sich ausdrücklich dem demokratischen Pluralismus, den Menschen- und Bürgerrechten oder auch einer kosmopolitischen Weltordnung verpflichtet fühlt und bewusst einen respektvollen Ausgleich unterschiedlicher Standpunkte anstrebt. Andererseits aber stehen diesen Akteuren andere unversöhnlich gegenüber, die diese Form von Pluralismus ausdrücklich ablehnen.[48]

Voraussetzungen

Aus dem bisher Gesagten lassen sich Hypothesen darüber ableiten, welchen Anforderungen die Zivilgesellschaft insgesamt und ihre Akteure genügen müssen, um tatsächlich soziales, zwischenmenschliches Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken zu können.

1. Organisationen, in denen sich Mitglieder aus verschiedenen sozialen Schichten und Milieus treffen können, sind dem Zusammenhalt tendenziell förderlicher als andere Organisationen. Während in homogenen Gemeinschaften die Ähnlichkeit der Gruppenmitglieder und deren Identität vorhandene Intoleranz verstärken können, können in diversen Gemeinschaften Bewusstsein und Sensibilität für andere Perspektiven ausgebildet werden, da Abwertungen aus kulturellen und sozialen Gründen in der Regel durch persönliche Erfahrung abgebaut werden.[49] Obwohl bürgerschaftliches Engagement durchaus anfällig ist für Distinktionsprozesse und die Partizipation in der Zivilgesellschaft häufig bildungs- und einkommensabhängig ist, bietet Zivilgesellschaft doch Gelegenheitsfenster, aus Sozialräumen und Milieus auszubrechen. Interessen- oder leidenschaftszentrierte Zusammenschlüsse wie Subkulturen, Tierschutzvereine oder Bürgerinitiativen bieten Gelegenheit, soziale Verhärtungen zwischen Milieus aufzuweichen.[50]

2. Andere Autoren betonen die strukturellen Elemente im Aufbau von Netzwerken und deren Auswirkungen auf mögliche übergreifende Gruppenbindungen. Sie unterscheiden beispielsweise zwischen horizontal und vertikal organisierter Vereinsstruktur. Stärker hierarchisch strukturierte Organisationen, die sich etwa hauptsächlich durch einzelne Großspenden oder

[47] Vgl. Crouch (Anm. 11), S. 150.
[48] Vgl. Tito Boeri et al., Populism and Civil Society, IMF Working Paper 245/2018.
[49] Vgl. Meindert Fennema/Jean Tillie, Social Capital in Multicultural Societies, in Dario Castiglione/Jan W. van Deth/Guglielmo Wolleb (Hrsg.), The Handbook of Social Capital, Oxford 2008, S. 349–370.
[50] Vgl. Chantal Munch, Engagement und Diversity: Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration, München 2010.

ein Stiftungsvermögen finanzieren, haben in Hinsicht auf verbindendes Sozialkapital eine geringere Wirkung als heterarchisch, also eher gleichberechtigt verfasste Vereinigungen.[51]

3. Die gemeinschaftsbildende Wirkung der Vereinigung hängt auch von den Rahmenbedingungen ab, etwa der Intensität und Gestaltung der Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Staat. In korporatistisch geprägten Gesellschaften haben zivilgesellschaftliche Organisationen wegen der stark verfestigten und tendenziell ritualisierten Verhandlungskanäle wahrscheinlich weniger Aussicht, den autonomen, selbst organisierten und freiwilligen Assoziationen zu entsprechen, die als Voraussetzung für übergreifendes Vertrauen gelten.[52]

4. Unpolitische Gemeinschaftsbildung erscheint für integrative Prozesse oft besser geeignet als politische. Diese Hypothese ist umstritten, da traditionell das Gegenteil vermutet wurde. Bisher galt, dass bürgerschaftliches Engagement mit politischer Partizipation einhergeht, wer sich bürgerschaftlich engagiert also auch häufiger wählen und demonstrieren geht und umgekehrt. Eine breite politische Partizipation sollte demnach demokratie- und integrationsfördernd wirken. Das ist aber nicht per se so. Eher unpolitische Zusammenschlüsse, etwa Laienchöre, Trachten- oder Karnevalsvereine, denen häufig unterstellt wird, wenig zur Demokratie beizutragen, weil der Zusammenhang zwischen Engagement und politischem Institutionenvertrauen schwer nachzuweisen ist, können, sofern sie denn milieuübergreifend aktiv sind, gerade deswegen eine Annäherung oder Überwindung von Antagonismen ermöglichen, weil sie Gesprächs- und Interaktionsebenen eröffnen, die vergleichsweise wenig durch unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen kontaminiert sind.[53] Auch Sportvereinen kann hier eine herausragende Gemeinschaftsbildungsfunktion zugeschrieben werden. Der Lernprozess, der darin besteht, andere Menschen unabhängig von Unterschieden in Herkunft, sozialem Milieu, Lebensform oder Überzeugungen mit Respekt und Lernbereitschaft zu akzeptieren, kann hier eingeübt werden, bevor sich die Möglichkeit zu einer politischen Diskussion ergibt. Dass dies in der gelebten Praxis nicht in jedem Fall gelingt, ist allerdings ebenso wenig zu übersehen.

5. Die neuen Protestbewegungen mit ihren klaren politischen Positionierungen weisen in sich relativ homogene Mitglieder- und Wertestrukturen auf. Das gilt für die Fridays-for-Future-Initiative, der zu großen Teilen die gut gebildeten, nicht migrantischen Kinder und Jugendlichen der neuen Mittelschicht angehören, ebenso wie für das globalisierungskritische Pegida-Milieu, das sich vornehmlich aus der alten Mittelschicht rekrutiert.[54] Die Präferenz für einen ganz bestimmten Weg der Politiksetzung und Gesellschaftsgestaltung in Kombination mit einem geschlossenen Weltbild innerhalb einer geschlossenen "Werte-Blase" nebst fehlender Ambiguitätstoleranz scheint wenig Möglichkeiten zu bieten, verbindendes Sozialkapital herauszubilden. Diese Diagnose klingt ernüchternd, denn sie impliziert im Endeffekt einen

[51] Vgl. Mark E. Warren, Democracy and Association, Princeton 2001.
[52] Vgl. Roland Roth, Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Ansgar Klein et al. (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden 2004.
[53] Siehe hierzu bspw. Eva Maria Hinterhuber, Abrahamischer Trialog und Zivilgesellschaft, Stuttgart 2009, S. 184ff.
[54] Vgl. Moritz Sommer et al., Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, Institut für Protest- und Bewegungsforschung, IPB Working Paper, Berlin 2019. Zur Idee der alten und neuen Mittelschichten siehe Reckwitz (Anm. 10).

biedermeierlich anmutenden Rückzug aus dem Politischen. Angesichts der Verhärtung in der Kommunikation und der Verweigerung, andere Gruppen und Milieus überhaupt als Gesprächspartner zu akzeptieren, sollte die Zivilgesellschaftsforschung die Annahme dringend weiterer Überprüfungen unterziehen.

6. Die Funktionen der einzelnen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben Einfluss auf die Förderung des Zusammenhalts. Mit Ausnahmen lassen sich im Hinblick auf die oben dargestellten Grundfunktionen jeder Organisation Unterschiede in Bezug auf diese Qualifikation feststellen. So sind zweifellos Mittlerorganisationen (etwa Dachverbände) am wenigsten geeignet, den Zusammenhalt zu fördern, da sie als Lobbyisten ihrer Mitglieder deren gemeinsame Interessen gegenüber Dritten zu vertreten haben. Am anderen Ende der Skala sind Organisationen anzusiedeln, bei denen die Gemeinschaftsbildung im Vordergrund steht – allerdings nur dann, wenn sie in ihrer Mitglieder-Aufnahmepolitik bewusst diesen Aspekt aufgreifen. Dass dies oft schwierig ist, haben jahrelange Debatten, die zum Beispiel in bayerischen Trachtenverbänden um die Aufnahme von Menschen mit Migrationshintergrund (und früher bereits von deutschstämmigen Flüchtlingen) geführt wurden, in großem Umfang bewiesen. Selbsthilfeorganisationen verfolgen naturgemäß eher ein gegenteiliges Ziel, während Dienstleister und Themenanwälte den Zusammenhalt stärken können, aber – abhängig von Mitgliederstruktur und Mission – nicht müssen.

Fazit

Es besteht kein Zweifel, dass zivilgesellschaftliche Akteure ein hohes Maß an Vertrauen genießen.[55] Das kann ihnen einen Vertrauensvorschuss verschaffen, der es ihnen ermöglicht, auch milieu-übergreifend zu vermitteln, und nimmt sie in die Verantwortung, wenn es gilt, prioritäre gesamtgesellschaftliche Ziele zu vermitteln. Insoweit können die kollektiven Akteure der Zivilgesellschaft Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken oder sich sogar als Voraussetzung dafür erweisen. Zu Recht wird ihnen eine große gesellschaftliche Bindekraft attestiert, eine größere, als der moderne Verwaltungsstaat zu erzeugen vermag.

Absehbar ist, dass die Zivilgesellschaft die Arena darstellen wird, in der wir verhandeln, was wir mit gesellschaftlichem Zusammenhalt meinen. Sie wird immer stärker zum Ort der kommunikativen Aushandlung von Gesellschaftspositionen genutzt werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist allerdings ein Begriff, den Menschen unterschiedlich definieren. So zeigt eine Studie zum bürgerschaftlichen Engagement, dass Menschen sich sowohl gegen als auch für Migration engagieren, weil sie um den gesellschaftlichen Zusammenhalt fürchten. Die beiden Gruppen

[55] Siehe hierzu z.B. den Edelman Trust Barometer Deutschland 2020, 21.1.2020, Externer Link: http://www.edelman.de/research/edelman-trust-barometer-2020.

assoziieren aber mit gesellschaftlichem Zusammenhalt etwas fundamental anderes: die erste Gruppe eine geschlossene Gesellschaft, die zweite eine offene.[56]

Tatsächlich also steht die Zivilgesellschaft dem Problem der gesellschaftlichen Spaltung ambivalent gegenüber: Auf der einen Seite bildet sie die Fragmentierung in der Gesellschaft spiegelbildlich ab; bei Fridays for Future, Pegida, Amnesty International, Attac oder in den Vereinen der Abtreibungsgegner organisieren sich sehr unterschiedliche Positionen.[57] Die Ziele zivilgesellschaftlicher Akteure sind auch nicht notwendigerweise in ein großes Spektrum von liberaler Demokratie, Kosmopolitismus und dergleichen eingebettet, das einvernehmlich mit gesellschaftlichem Zusammenhalt unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts assoziiert wird.

Will Zivilgesellschaft ihre gemeinwohlorientierte Logik behaupten, muss sie daraus erwachsende Konflikte gewaltfrei und zivilisiert verhandeln. Sie muss dabei einerseits, da diese Konflikte nicht mit der Organisation von politischer Macht verbunden sind, viel weniger als der Staat darum besorgt sein, Kompromisse in der Operationalisierung grundsätzlicher Positionen auszuhandeln; andererseits aber muss sie Maximen wie Respekt und Vertrauen zur Wahrung ihres Propriums einen hohen Stellenwert beimessen.

Somit kann keine Rede davon sein, dass Zivilgesellschaft "automatisch" der Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist. Nur soweit sie sich des Problems desintegrativer Prozesse bewusst ist und aktiv versucht, diesen entgegenzuwirken, kann sie ein solcher Ort sein. Das Ausmaß der Befähigung ihrer Akteure, sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen auseinanderzusetzen, gibt dafür den Ausschlag.

Zivilgesellschaft im Geldwäscheparadies - Ein Kommentar
von Rupert Graf Strachwitz; in: BBE-Newsletter Nr. 16/12.8.2021

Eine neue Studie

Vor einigen Tagen hat TI (Transparency International Deutschland) eine Studie unter dem Titel ›Geldwäschebekämpfung in Deutschland - Probleme, Lösungsvorschläge und Beispielfälle‹ vorgestellt (Trautvetter 2021). Diese vermag leider nicht zu widerlegen, was in Medienberichten schon des Öfteren zu hören oder zu lesen war: Hierzulande ist Geldwäsche leichter als in anderen Ländern; 100 Milliarden Euro werden angeblich jedes Jahr in Deutschland »gewaschen« (Trautvetter 2021, 2). Kriminelle, die solches planen, wissen das natürlich und handeln entsprechend. Insbesondere Kunstwerke und Immobilien werden erworben, um unrechtmäßig erworbenes Geld unter Vermeidung von Steuerzahlungen in Sachwerten anzulegen und die Umstände des Erwerbs

[56] Vgl. Christel Kumbruck/Maik Dulle/Marvin Vogt, Flüchtlingsaufnahme kontrovers. Band I: Einblicke in die Denkwelten und Tätigkeiten von Engagierten, Baden-Baden 2020.
[57] Vgl. Rupert Graf Strachwitz, Zivilgesellschaft – immer gut?, Maecenata Observatorium Nr. 23, Berlin 2018.

zu verschleiern. Das Geld stammt, so ist der Studie zu entnehmen, überwiegend aus dem Handel mit Drogen. Der organisierte internationale Kampf gegen die Geldwäsche wurzelt denn auch in den Bemühungen der USA, gegen den illegalen Kokainhandel und die darin involvierten karibischen Briefkastenfirmen vorzugehen. 1989 wurde dafür die intergouvernementale Arbeitsgruppe FATF (Financial Action Task Force) gegründet. Zur Zeit hat ein Deutscher dort den Vorsitz.

Nun mag man über die Frage, ob es vernünftig oder angemessen ist, die meisten Drogen in Herstellung, Vertrieb und Konsum vollständig oder fast vollständig in die Illegalität zu verbannen, gewiss streiten. Darauf kommt es aber in der Debatte über Geldwäsche nicht an. Jedem, dem die Herrschaft des Rechts als wichtiges Prinzip einer Gesellschaftsordnung erscheint, muss daran gelegen sein, dass ordnungsgemäß zustande gekommenes Recht gewahrt, verteidigt und durchgesetzt – und, von extremen Ausnahmen abgesehen, nicht durch Rechtsbruch, sondern, wo notwendig, durch politische Aktion kritisiert wird. Die Zivilgesellschaft kann insoweit nicht dulden, dass kriminelle Personen, Familien, Clans oder Banden versuchen, auf diese Weise ihre Gewinne abzusichern, zumal Schutzgelderpressung und weitere Straftaten regelmäßig damit verbunden sind. Schon gar nicht kann sie sich zur Handlangerin solcher Praktiken machen. Wenn die Zivilgesellschaft von ihrem Recht Gebrauch macht, Missstände öffentlich zu machen, darf und kann sie diesen nicht aussparen, allerdings auch nicht die in der Studie herausgestellte Tatsache, dass deutsche Behörden in der Verfolgung von Geldwäsche nur mäßig erfolgreich zu sein scheinen.

Zivilgesellschaft und Geldwäsche

Damit allerdings endet der Bezug der Zivilgesellschaft zur Geldwäsche nicht. Ein weiterer wird zunächst von außen hergestellt. In der internationalen Fachdiskussion ist Geldwäsche Teil des Fragenkomplexes Steuerhinterziehung / Geldwäsche / Terrorismusfinanzierung, englisch und in der internationalen Fachsprache AMLCFT (anti money laundering, counter financing of terrorism). FATF erarbeitet hierzu verbindliche Empfehlungen (recommendations) und setzt diese unter anderem mithilfe von periodischen Visitationen in einzelnen Ländern durch. Eine solche Visitation steht Deutschland nach 2010 und nach mehrmaliger corona-bedingter Verschiebung im Herbst 2021 wieder bevor. Wie üblich richtet sich das Augenmerk der Visitatoren dabei auch auf die Zivilgesellschaft, vor allem dort, wo sie international agiert. Ihr werden (in Empfehlung Nr. 8) eine gewisse Anfälligkeit für eine Unterwanderung und in Einzelfällen sogar bewusst missbräuchliche Aktivitäten attestiert. In die Vorbereitung der Visitation ist daher die Zivilgesellschaft, nicht zuletzt im Lichte von Erfahrungen anderer Länder, einbezogen. Die zuständigen Staatsbehörden, vor allem das BMI (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das BMF (Bundesministerium der Finanzen), pflegen hierzu einen relativ intensiven Dialog mit einigen mit dieser Thematik befassten zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in einer Arbeitsgruppe unter Federführung von VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen) zusammenarbeiten. Zu dieser Arbeitsgruppe gehört u.a. die Maecenata Stiftung, deren Interesse einerseits aus ihrem Auftrag als Think Tank für die Zivilgesellschaft mit internationaler Ausrichtung herrührt, andererseits aber auch aus ihrer Mitgliedschaft im Transnational Giving Europe Netzwerk, das Spenderinnen und Spender bei Spenden ins Ausland unterstützt.

Natürlich steht die Zivilgesellschaft bei FATF und überhaupt bei der Diskussion dieser Problematik nicht im Mittelpunkt des Interesses. Dieses richtet sich vielmehr – so auch in der TI-Studie – in erster Linie auf den Finanzdienstleistungssektor, und besonders die Banken reagieren auch darauf. Beispielsweise beschäftigt die Deutsche Bank heute rund 2.000 Mitarbeitende mit der Bekämpfung von Geldwäsche. Die Bankenverbände unterhalten inzwischen eigene Fachabteilungen mit Spezialisten, die den Mitgliedern Beratung und Hilfe anbieten. Keine Bank kann es sich noch leisten, sich vorsätzlich oder fahrlässig an Geldwäsche zu beteiligen. Trotzdem besteht, so die Autoren der TI-Studie, die Befürchtung, Deutschland könnte die FATF-Prüfung nicht bestehen, zumal besonders im Finanzdienstleistungssektor nach wie vor schwarze Schafe zu finden sind. Nicht zuletzt angesichts seines wachsenden Gewichts im internationalen Konzert der Nationalstaaten, aber auch wegen seines Rufs als demokratischer Rechtsstaat wäre es aber für ein Land wie Deutschland höchst misslich, wenn es mit Ländern wie den Cayman Islands auf eine Stufe gestellt werden würde, von den Konsequenzen für die exportabhängige Wirtschaft ganz zu schweigen.

Das Interesse der Zivilgesellschaft

Auch der bürgerschaftliche Raum muss ein hohes Interesse daran haben, nicht in den Ruf zu geraten, mit Geldwäschern gemeinsame Sache zu machen. Der niederländische Stiftungsverband kommentiert das wie folgt: »The hunt is out for money-launderers and terrorists. Who knows, they might be hiding behind the façade of philanthropy. We, the philanthropic sector, take these concerns seriously. Nobody wants misuse of a sector driven by idealism and public interests. Therefore, we advocate for self-regulation and transparency. It is in the own interest of charitable organisations and foundations to show the public that they are legitimate.« (Wijsenbeek 2021)

In der Tat: Wenn die Zivilgesellschaft ihren guten Ruf bewahren und das überdurchschnittliche Vertrauen, das in ihre Akteure gesetzt wird, rechtfertigen will, kann sie hier nicht untätig bleiben. Bisher sind nur sehr wenige, aber eben doch einige Fälle bekannt geworden, in denen tatsächlich versucht wurde, über Spenden und Fördermaßnahmen, besonders solche über Grenzen, Geld zu waschen oder auf andere Weise Akteure der Zivilgesellschaft für Geldwäsche in Anspruch zu nehmen. Ein Generalverdacht wäre ziemlich absurd. Aber das heißt nicht, dass er nicht schon erhoben worden wäre. Zu den vielen anderen pauschalen Vorwürfen, die sich zivilgesellschaftliche Akteure anhören müssen, ist dieser hinzugetreten. Er führt nicht nur dazu, dass das über Jahrzehnte – man sollte fast sagen, über Jahrhunderte – erworbene Vertrauen in bürgerschaftliches Engagement ausgehöhlt wird. Er mündet auch in immer mehr staatliche Kontrollen und einer immer rigoroseren Beaufsichtigung. Anders ausgedrückt: Der Vorwurf dient dazu, Bedrängungen des bürgerschaftlichen Raums zu rechtfertigen und ist damit Teil des großen und hochaktuellen Problemfeldes des shrinking oder contested civic space. Wenn und wo sich die Zivilgesellschaft dagegen zur Wehr setzen will, muss sie auch dem Geldwäsche-Thema ein Augenmerk widmen.

Die Mitwirkungspflicht der Zivilgesellschaft

Zum Teil ist der Druck der Zivilgesellschaft und ihren Verbänden selbst zuzuschreiben. Weil wir, wie auch die Autoren der TI-Studie betonen, über die Zivilgesellschaft zu wenig wissen – zum Teil wird immer noch mit 30 Jahre alten Daten operiert, manche Fragen lassen sich überhaupt nicht beantworten –, konnte sie insgesamt zu einem Geldwäsche-Beobachtungsfeld werden. Weil sich zivilgesellschaftliche Akteure nicht mit dem Grundsatz anfreunden konnten, dass, wer in einer offenen Gesellschaft behauptet, für die Allgemeinheit Gutes zu tun, dieser Allgemeinheit auch sagen muss, was er/sie tut und woher die Mittel dafür kommen (vgl. Strachwitz 2015), müssen sie sich nun hoheitlichem Zwang beugen. Weil man sich über Jahrzehnte jeder wirksamen Selbstregulierung verschlossen hat, hat nun der Staat alle Hebel in der Hand, um Transparenz zu erzwingen. Ein Beispiel dafür sind die Geldwäsche-Richtlinien der EU (aktuell zur Zeit die 6.), die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Zur Umsetzung gehörte die Einrichtung des Transparenzregisters, das in der Fachliteratur als »Bürokratie-Monster« (vgl. Schwalm 2020) beschrieben wird. Es sind bereits Fälle bekannt geworden, in denen das Bundesverwaltungsamt Bußgelder von bis zu 100.000 Euro verhängt hat, wenn Organisationen es versäumt hatten, sich dort einzutragen. Jede Organisation wäre verpflichtet, ihre Funktionsträger in Regress zu nehmen, wenn sie hiervon betroffen wäre. Inzwischen sind mehrere weitere Register in Vorbereitung oder schon beschlossen, so das Lobby-Register, das Gemeinnützigkeitsregister und das Stiftungsregister – leider unkoordiniert und dadurch für die Organisationen mit unnötigem Aufwand verbunden. Auch haben die Kontrollmanie des Staates und politischer Aktionismus allzu sehr die Oberhand über das sachlich Vernünftige und Gebotene gewonnen.

Geldwäsche und Terrorismus

Dies gilt vor allem, weil in der internationalen Debatte der Staaten die Geldwäsche auch gleich noch mit der Bekämpfung von Terrorismus verknüpft worden ist. Diese ist aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ein sehr viel heikleres Problem, indem mangels akzeptabler Arbeitsdefinition so ziemlich alles, was politisch gerade nicht in den Kram passt, als Terrorismus diffamiert werden kann. Nicht selten werden zivilgesellschaftliche Akteure pauschal als Terroristen diffamiert (vgl. Strachwitz 2021).

Donald Trump und viele andere haben von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht. Hierzu werden dementsprechend zivilgesellschaftliche Akteure in manchen Fällen legitimerweise eine andere Position einnehmen als die jeweiligen Regierungen. Amerikanische Organisationen haben dies augenfällig getan. Geldwäsche hingegen lässt sich, wie die Studie zeigt, präzise und »eindrucksvoll« eingrenzen.

Es erscheint notwendig, in der Analyse und Bewertung Geldwäsche von Terrorismusbekämpfung – und übrigens auch von Steuerhinterziehung – zu trennen. Dies tut die von TI vorgelegte Studie sorgfältig. Die dargestellten Beispiele belegen zudem eindrücklich, welchen Umfang Geldwäsche in einem angeblich wohlgeordneten Gemeinwesen wie dem deutschen erreicht hat. Mit der Zivilgesellschaft beschäftigt sich die Studie nicht. Diese sei, so die Herausgeber bei der Vorstellung,

durchaus »mitbetroffen«, zugleich aber »problematisch«, weil man darüber nichts Greifbares erfahren könne. Sicher sei aber, dass sie für Geldwäsche missbraucht werde.

Dies bedeutet, dass die Zivilgesellschaft jeder Polemik wehrlos ausgesetzt ist. »Zivilgesellschaft ist nicht immer gut. Ähnlich wie in den Arenen des Staates und des Marktes tummeln sich in der Zivilgesellschaft höchst unterschiedliche Akteure. Insofern würde mit zweierlei Maß gemessen, wenn von den Akteuren der Zivilgesellschaft eine höhere moralische Qualität verlangt werden würde.« (Strachwitz 2018, 6). Tatsache ist allerdings, dass das Umfeld, in dem ihre Akteure sich bewegen, genau das tut. Jede kleine Verfehlung wird schnell zur Grundlage von Vorurteilen gemacht; schnell steht die ganze Zivilgesellschaft für etwas am Pranger, was einige wenige Akteure tatsächlich oder vielleicht sogar nur angeblich getan haben.

Fazit

Es erscheint daher unabdingbar, dass mit der Verweigerung von Transparenz endlich Schluss gemacht wird. Es geht hier eben gerade nicht um die – sehr wohl – schützenswerte Privatsphäre von Spenderinnen und Spendern, auch nur in ganz seltenen Ausnahmefällen um die Notwendigkeit des Wirkens »im Stillen«, sondern um den Schutz der ganzen zivilgesellschaftlichen Arena vor den wenigen schwarzen Schafen und vor darauf aufbauenden pauschalen Vorhaltungen. Es geht darum, dem Vorwurf der Intransparenz und schließlich auch dem Mangel an empirischem Wissen endlich den Garaus zu machen. Ihre Position als mitgestaltende Kraft im öffentlichen Raum kann die Zivilgesellschaft nur nutzen, wenn sie sich nicht ständig mit Vorwürfen wegen eigener Defizite herumschlagen muss. Sie kann beklagen, dass die Öffentlichkeit mit ihr unerbittlicher verfährt als mit anderen Akteuren; reagieren muss sie trotzdem. Und schließlich: Sie hat schmerzhaft erfahren, dass der Staat mit seinen schier unerschöpflichen Ressourcen ebenso wenig Interesse an Forschung und Grundlagenarbeit zur Zivilgesellschaft wie an deren Einbindung in die Gestaltung unserer Politik hat. Bund und Länder begnügen sich mit kleinen finanziellen Trostpflastern, Knebelverträgen mit billiger erscheinenden Anbietern, Sonntagsreden und intensivieren unter dem Vorwand des Geldwäscheverdachts im Übrigen die Beaufsichtigung. Der Kampf dagegen ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Er wird, ebenso wie der Kampf gegen den Vorwurf der Geldwäsche, nur zu gewinnen sein, wenn intensive Anstrengungen unternommen werden, den Vorwurf zu widerlegen und den Kampf zu führen.

———————————

Literatur

- Schwalm, Julian (2020): Das Transparenzregister im stiftungsrechtlichen Kontext; in: ZStV 2/2020, S. 52-62.
- Strachwitz, Rupert Graf (2021): Was ist eigentlich Terrorismus? Berlin: Maecenata (Observatorium Nr. 54)
- Strachwitz, Rupert Graf (2018): Zivilgesellschaft – immer gut? Berlin: Maecenata (Observatorium Nr. 23).
- Strachwitz, Rupert Graf (2015): Transparente Zivilgesellschaft? Schwalbach: Wochenschau.
- Trautvetter, Christian (2021): Geldwäschebekämpfung in Deutschland – Probleme, Lösungsvorschläge und Beispielfälle. Berlin: Transparency International Deutschland.
- Wijsenbeek, Siep, Association of Foundations in the Netherlands (FIN)(2021): Philanthropy in the Netherlands, Trouble in Paradise? In: DAFNE (ed.): PEX News, Issue 17, 19 July 2021. https://dafne-online.eu/pex/pexnews/

II. Maecenata Stiftung

Corona-Pandemie

Fraglos wurde die Arbeit der Stiftung auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie wesentlich von dieser beeinflusst. Mehrere Mitarbeitende erkrankten. In unseren Räumen war es die meiste Zeit also recht still. Unsere flexible Homeoffice-Regelung ermöglichte allen eine gegenseitig verantwortungsvolle Aufteilung zwischen der Arbeit vor Ort und von zu Hause aus. Immerhin haben wir uns mittlerweile technisch mit Hilfe eines Konferenzsystems so gut angepasst, dass nun auch hybride Veranstaltungen möglich sind.
Eine erste gemeinsame fand erstmals im Herbst in den Räumen der Bibliothek statt. Anlass war ein kleines „Verabschiedungszusammensein“ zum Ausscheiden von Jasmin Aksan. Bis Oktober 2021 war sie verantwortlich für die Kommunikation der Stiftung.

Im Winter 2021 dann konnten wir unsere Bibilothek wieder für die Präsenznutzung öffnen, die Inanspruchnahme blieb jedoch gering.

Arbeit der Gremien

Der Stiftungsrat hielt im Berichtsjahr am 10. Februar, 01. Juli und 23. September Sitzungen ab, alle online. Die Stiftung machte damit von der gesetzlichen Regelung für Mitgliederversammlungen von Vereinen während der Pandemie Gebrauch, die nach herrschender Meinung sinngemäß auch für Stiftungsorgane galt.

Das 2020 eingeführte, wöchentlich stattfindende „Kleine Consilium“, indem sich die Programmleitungen regelmäßig online austauschen, wurde beibehalten. Zudem fanden zwei große Consilien, ebenfalls online, statt.

Beteiligung an Aktionen

Die Stiftung beteiligt sich üblicherweise regelmäßig an einschlägigen Gemeinschaftsveranstaltungen, bspw.:

- Berliner Stiftungswoche
- Giving Tuesday
- Münchner Stiftungsfrühling
- Tag des Stiftens

Die zwei letztgenannten Aktionen fanden im Berichtsjahr corona-bedingt nicht statt. Die anderen beiden nur online.

Veranstaltungen und Präsentationen (Auswahl)

Im Berichtsjahr fanden aufgrund der COVID-19-Pandemie fast alle Veranstaltungen ein weiteres Jahr überwiegend online statt. Die Maecenata Stiftung organisierte Colloquien zu diversen Themen, welche unter den einzelnen Programmen näher erläutert werden.

Deutsch Britische Gesellschaft: Discussion: What next?
Im Februar veranstalteten wir zusammen mit der Deutsch Britischen Gesellschaft eine Online-Diskussion mit dem Titel „What next?“ mit Baronin (Eliza) Manningham-Buller. Eliza Manningham-Buller ist seit 2015 Vorsitzende von Wellcome Trust, einer der weltweit größten Wohltätigkeitsorganisationen. In der Diskussion setzte sie sich damit auseinander, wie mit einer unsicheren Zukunft umgegangen werden kann – insbesondere im Jahr nach dem Beginn der Corona-Pandemie, indem die Hoffnung auf Besserung so groß war, die Menschheit jedoch mit neuen Schreckensnachrichten konfrontiert wurde. Daran anschließend folgte eine Fragerunde mit Rupert Graf Strachwitz.

Katholische Akademie: Festakt zur Eröffnung der Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution
Am 09. November veranstaltete die Maecenata Stiftung gemeinsam mit der Katholischen Akademie Berlin einen Festakt zur Eröffnung der Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution. Diese war bereits am 04. November feierlich an der Europa-Universität Flensburg eröffnet worden – u.a. mit einem Grußwort von Robert Habeck. Nach einer Begrüßung durch Dr. Katrin Visse, Katholische Akademie in Berlin, und Prof. Ralf K. Wüstenberg, Europa-Universität Flensburg/European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution, folgten Grußworte von Prof. Mohamed Dajani-Daoudi, Wasatia Graduate Institute, Jerusalem, Dr. Nora Kalbarczyk, Generalsekretärin Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst und Dr. Rupert Graf Strachwitz. Höhepunkt war der Festvortrag „Hoffnung auf Versöhnung“ von Bischof Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber, einem der profiliertesten evangelischen Theologen Deutschlands.

Die Kurzvorträge finden Sie zum Nachhören im Veranstaltungsarchiv auf der Website der Katholischen Akademie unter dem Stichwort „Formen Staaten Religionen?“.

Externe Vorträge, Moderationen und Podiumsdiskussionen (Auswahl)
Bedingt durch die Corona-Pandemie und die deshalb notwendigen Lockdowns war die Vortragstätigkeit, die sonst einen wichtigen Teil der Stiftungsarbeit darstellt, abermals stark eingeschränkt. Dies vorausgeschickt, nahm der CEO von Maecenata, Dr. Rupert Graf Strachwitz, im Berichtsjahr folgende Vortragstermine wahr:

- 11. Februar: „55 Minuten“ Online-Befragung bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAGFA)
- 22./23. März: Keynote und Gespräch mit Ministerpräsident Ramelow beim Mitteldeutschen Fundraisingtag, online

- Sommersemester: HWR/ HTW, Berlin: Lehre
- 29. April: Bayreuther Institut für Soziologie und Sozialpolitik Universität Bayreuth, online: Gastvortrag
- 28. Mai: Vortrag Rotary Club Berlin Gendarmenmarkt
- 02. Juni: Vortrag European Civic Academy online
- 16. Juli: Aufnahme ARD-Alpha Studiogast Sendung über Stiftungswesen (Ausstrahlung am 8. September)
- 03. August: Interview-Gast beim AK Impulse.Stiften, online
- 24. August: Vortrag Rotary Club Berlin-Kurfürstendamm
- 03. September: Porticus: Workshop Shrinking Civic Space
- 07. September: Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, Colloquium, online
- 08. September: ARD: Planet Wissen: Welt verbessern, Steuern sparen – Was ist Philanthropie?
- 09. September: Vortrag und Podiumsdiskussion b. Hessischen Engagementkongress, Mannheim
- 16. September: Vortrag bei 4. Deutsch-Französischen Stiftungstagen, Saarbrücken
- 20. September: Fundraising Akademie, Hofgeismar: Lehre
- 29. September: Sachverständiger bei der Anhörung zu Demokratieentwicklung, Dt. Bundestag
- 03. November: Universität Bonn: Vortrag
- 04./05. November: Teilnahme Chatham House Konferenz Berlin
- 05. November: Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Online-Panel
- 09. November: Eröffnung Wasatia Graduierten-Kolleg: Grußwort
- 10. November: Baden-Badener Unternehmergespräche, Berlin: Einführungsvortrag
- 12. November: Hochschule München, online: Eröffnungsvortrag und Podiumsdiskussion
- 17. November: Deutschlandfunk Kultur, Interview
- 18. November: Der Stern, Interview
- 18. November: Die Engagierten Europäer, Berlin: Vortrag
- 26. November: Nürnberger Stiftungstag, online: Keynote
- 03. Dezember: Deutscher Engagementtag, online: Vorstellung einer Studie
- 14. Dezember: Impulse Stiften, Webtalk: Kurzvortrag

Publikationen

Das Publizieren wissenschaftlicher Arbeiten, Gutachten und Informationen zu Zivilgesellschaft, Engagement, Philanthropie und Stiftungswesen gehört zu den zentralen Aufgaben der Maecenata Stiftung. Gegenwärtig bestehen folgende Publikationsreihen:

Maecenata Schriften

In der wissenschaftlichen Schriftenreihe werden umfassendere Studien, Monografien und Sammelbände publiziert. Die Reihe erscheint seit 2016 im Verlag De Gruyter, Berlin, von 2007-2015 erschien sie im Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart. Die Reihe ist auch für die Veröffentlichungen von relevanten Arbeiten externer Autorinnen und Autoren offen. Zwischen 2007 und 2022 sind insgesamt 21 Bände erschienen. www.schriftenreihe.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind in der Reihe erschienen:

- Band 19: Antonia Karaisl von Karais: The House is a State. Christian Wolff's Oeconomica in the Context of Public Welfare
- Band 20: Iris Rozwora: Die gemeinnützige Aktiengesellschaft als Akteurin der Zivilgesellschaft

Opuscula

Die Online-Schriftenreihe Opuscula bietet seit 2000 working papers bzw. occasional papers. Die gesamte Schriftenreihe ist durch eine ISSN-Nummer (1868-1840), die einzelnen Publikationen sind via URN (Uniform Resource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen unter Creative Commons zum kostenlosen Download zur Verfügung. www.maecenata.eu/publikationen/opuscula

Im Berichtsjahr sind erschienen:

Nr. 147	Annika Wisser: Partizipative Prozesse in einer repräsentativen Demokratie
Nr. 148	Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.): Der Dritte Sektor in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Chile und Mexiko
Nr. 149	Malte Schrader. Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie
Nr. 150	Armin Conrad: Nach der Pandemie: Analog und / oder digital? Eine Momentaufnahme
Nr. 151	M.A. Yara Andree: Die (Re-) Politisierung des Rechts auf Wohnen
Nr. 152	Ruth Simsa, Fabian Meyer, Sebastian Muckenhuber, Thomas Schweinschwaller: Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich
Nr. 153	Ruth Simsa, Fabian Meyer, Sebastian Muckenhuber, Thomas Schweinschwaller: Framework Conditions of Austria's Civil Society
Nr. 154	Wolfgang Goede: Systematischer Reset, jetzt! 20 Einwürfe zu Zivilgesellschaft und Bürgerwissenschaft
Nr. 155	Nathalie Prange: Der altrechtliche Verein. Ein Beitrag zur deutschen Vereinsgeschichte
Nr. 156	Laura Pfirter: Solidarische Hilfe und die Rolle der Nachbarschaft während der Corona-Pandemie
Nr. 157	Rocco D'Ambrosio: The Civic Space and Politics in an Epochal Crisis

Observatorien

Die Online-Schriftenreihe Observatorium bietet seit 2015 knappe Analysen, Positionen und Diskurse zu Zivilgesellschaft, Engagement und Philanthropie in den Rubriken Policy und Research. Die Reihe besteht seit 2015 und ist durch die ISSN-Nummer (2365-6980), die einzelnen Publikationen via URN (Uniform Resource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen unter Creative Commons zum kostenlosen Download zur Verfügung. www.observatorium.maecenata.eu

Im Berichtsjahr sind erschienen:

Nr. 48 (Policy)	Lukas Niederberger: Zivilgesellschaft in der Schweiz – die omnipräsente Unbekannte
Nr. 49 (Policy)	Rupert Graf Strachwitz: Ein Jahr nach Corona: Wie finden wir einen Weg aus der Krise?
Nr. 50 (Policy)	Marie-Catherine v. Heeremann: Die Maecenata Stiftung legt ihr Safeguarding-Konzept vor
Nr. 51 (Policy)	Daniel Ferrell-Schweppenstedde: Addressing roadblocks to cross-border giving
Nr. 52 (Policy)	Eckhard Priller: Auswirkungen der Pandemie auf der Zivilgesellschaft
Nr. 53 (Policy)	Urs Unkauf: Kasachstan nach den Parlamentswahlen: Perspektiven der staatlichen Reformpolitik für zivilgesellschaftliche Akteure
Nr. 54 (Policy)	Rupert Graf Strachwitz: Was ist eigentlich Terrorismus? Oder: Warum der bürgerschaftliche Raum auf Theorie nicht verzichten kann
Nr. 55 (Policy)	Wolfgang Goede: Mental Gesundheit: Kein Tabu, sondern selbstverständlich!
Nr. 56 (Policy)	Rupert Graf Strachwitz: Are Foundations Hijacking Philanthropy? Why Philanthropy is about more than Donors and Foundations
Nr. 57 (Policy)	Frédéric Bruder: Selbstüberschätzung, das passiert nur den anderen – Oder?
Nr. 58 (Policy)	Rupert Graf Strachwitz: Was hat die neue Bundesregierung mit Zivilgesellschaft zu tun?

Europa Bottom-Up

Die Online-Schriftenreihe bietet seit 2013 sowohl Berichte über Aktivitäten aus dem Europa Bottom-Up Programm der Maecenata Stiftung als auch relevante Arbeitspapiere zum Themenbereich Europa. Die gesamte Schriftenreihe ist durch eine ISSN-Nummer (2197-6821), die einzelnen Publikationen via URN (Uniform Ressource Name) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Alle Ausgaben stehen unter Creative Commons zum kostenlosen Download zur Verfügung. Im Berichtsjahr sind keine Ausgaben erschienen.

>> Zu allen bisher erschienenen Ausgaben

Maecenata Info

Im Newsletter der Maecenata Stiftung „MAECENATA INFO“ informieren wir jedes Quartal über Neuigkeiten, Veranstaltungen und Publikationen aus allen fünf Programmbereichen der Stiftung. Zudem enthält er Informationen zur Zivilgesellschaft im Allgemeinen, sowie Rezensionen und Ankündigungen einschlägiger aktueller Veröffentlichungen. Mit knapp 2.000 Abonnentinnen und Abonnenten wird eine breite Leserschaft aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft erreicht. Ein kostenfreies Abonnement sowie alle bisherigen Ausgaben sind auf der Website erhältlich.
>> Zur aktuellen Maecenata Info Ausgabe

Transnational Giving Newsletter

Der Newsletter des Programms Transnational Giving informiert einmal jährlich über Neuigkeiten aus dem Programmbereich und aus dem Netzwerk Transnational Giving Europe. >> Zum aktuellen TG-Newsletter

Beiträge in elektronischen Publikationen / Blogs (Auswahl)

- Zivilgesellschaft ist korrumpierbar. Sie muß etwas dagegen tun; in: ITZ Newsletter #2/2021. https://148262.seu2.cleverreach.com/m/13195720/
- A multidimensional concept of trust for philanthropic organisations. In: Philanthropy Impact Magazin, Issue 25, Summer 2021. https://www.philanthropy-impact.org/sites/default/files/pdf/philanthropy-impact-magazine-issue-25-p1.pdf
- Für eine zukunftsfähige, vielfältige Demokratie durch Bürgerbeteiligung und eine starke Zivilgesellschaft. In: BBE Newsletter, 21/ 2021: https://www.maecenata.eu/wp-content/uploads/2021/10/Newsletter-21-Roth_Strachwitz_rr-1.pdf
- Making the Best of the Crisis; in: Zeppelin University, LEIZ Institute (ed.): Leadership Log #9. 22. April 2021. https://www.zu.de/forschung-themen/forschungszentren/leiz/news/leiz-leadership-log-9.php
- Why do philanthropists need to worry about AMLCFT? In: Philanthropy Advocacy – a joint DAFNE and EFC project. 29 March, 2021.https://philea.eu/why-do-philanthropists-need-to-worry-about-amlcft/

Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen (Auswahl)

- Rupert Graf Strachwitz: A Contested Civic Space: Zum Verständnis des bürgerschaftlichen Raums. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 2021, 34(4), 549-575.
- Stefan Dworschak/ Rolf Alter: Vertrauensfragen: Welche Rolle spielt Vertrauen in der Philanthropie?: Die Maecenata Stiftung hat das Thema untersucht. In: Die Stiftung, 6, 2021, S. 52-53.
- Rolf Alter/ Timo Unger: A multidimensional concept of trust for philanthropic organisations. In: Philanthropy Impact Magazin, Issue 25, Summer 2021, S. 7-9.

- Rupert Graf Strachwitz/ Siri Hummel: Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). 71. Jahrgang. 13-15/2021.

Beiträge in Sammelbänden

- Siri Hummel/ Malte Schrader/ Rupert Graf Strachwitz: Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise, Band 9. Jena, S. 148–159.
- Rupert Graf Strachwitz, Sonja Hövelmann: Shrinking Civic Space? – Warum Zivilgesellschaft und Humanitäre Hilfe unter Druck stehen. In: Michael Heuser/ Tarek Abdelalem (Hrsg.): Internationale Herausforderungen humanitärer NGOs. Verbindung von Mission und modernem Management. Springer Gabler Verlag 2021, S. 345-60.

Kolumne ‚Der Kritische Blick' im Magazin DIE STIFTUNG:

- 1/2021: Fördern geht auch anders
- 2/2021: Ist die Jagd auf die Stiftungen eröffnet?
- 3/2021: Zwischen Ehrenamt und Professionalität
- 4/2021: Der Staat in Konkurrenz zur Zivilgesellschaft
- 5/2021: 30 Sekunden für die Stiftungen
- 6/2021: Bürgerschaftlicher Raum bedrängt – Gefahr für die Demokratie

III. Maecenata Institut

Das heutige Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft wurde 1997 in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH gegründet und 2010 in die Maecenata Stiftung eingegliedert. Sein Arbeitsort ist Berlin. Es war von 2004 bis 2013 in der Form eines ‚An-Instituts' mit der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung verbunden. Das Institut wird seit der Gründung von Dr. Rupert Graf Strachwitz als Direktor geleitet. Dr. Siri Hummel ist seit 2020 stellvertretende Direktorin.

Das Institut versteht sich als außeruniversitäre geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung. Es hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft (den sogenannten Dritten Sektor) durch Forschung und akademische Lehre zu fördern. Das Institut wertet Informationen aller Art über Organisationen der Zivilgesellschaft, vor allem des Stiftungswesens, für Forschungszwecke aus und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich, führt selbstdefinierte Forschungsprojekte durch und nimmt Aufträge für die Durchführung von Studien, Gutachten und sonstigen Forschungsprojekten von öffentlichen und gemeinnützigen Körperschaften an. Es arbeitet eng mit Hochschulen und anderen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen. Kooperationspartnerinnen waren im Berichtsjahr u.a. die Zeppelin Universität, Friedrichshafen, die Europa Universität Flensburg und die University of St. Andrews (UK).

Das Institut organisiert Colloquien, Foren, Symposien und Workshops, um Themen zu entwickeln, den Dialog zwischen Theorie und Praxis zu fördern und um Konzepte, Themen und Ergebnisse interdisziplinärer Zivilgesellschaftsforschung zu verbreiten. Es fördert durch sein Forschungscollegium interdisziplinär mit Rat und Austausch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit entsprechenden Thematiken beschäftigen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Fellows des Instituts wirken als Lehrbeauftragte, arbeiten in deutschen und internationalen Forschungsprojekten und sind als Referentinnen und Referenten sowie Autorinnen und Autoren zu institutsrelevanten Themen tätig.

Forschungsschwerpunkte

- Zivilgesellschaft und Staat,
- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement,
- Zivilgesellschaft in anderen Forschungs- und Praxiskontexten,
- Zivilgesellschaft in internationalen Kontexten,
- Philanthropie und Stiftungswesen.

Bisher wurden rund 75 einzelne Forschungsprojekte durchgeführt, aus denen weit über 300 Publikationen entstanden sind. Das Institut finanziert seine Projektarbeit im Wesentlichen aus Drittmitteln, d.h. projektgebundenen Zuwendungen von Stiftungen sowie privaten und öffentlichen Zuwendungsgebern.

Forschungsprojekte 2021 (Auswahl)

Die Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie: Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft
Die Erforschung der Auswirkungen der Pandemie auf die Zivilgesellschaft hatte schon sehr früh im Arbeitsprogramm des Maecenata Instituts hohe Priorität. Im Zuge des Forschungsprojekts „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft?“, veröffentlichte das Maecenata Institut im Oktober 2020 die erste Studie Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der Krise (Opusculum Nr. 144).

Das im April 2020 begonnene Projekt untersuchte den Corona-bedingten Notstand vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen in der ersten Phase der Corona-Pandemie und setze sich intensiv mit staatlichen Hilfsangeboten für die Zivilgesellschaft auseinander. Im April 2021 folgte ein zweiter Teil. Die Studie Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie (Opusculum Nr. 149) baute auf den gewonnenen Ergebnissen auf und wurde von der Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt gefördert. Im Zentrum der Studie steht eine Organisationsbefragung, die einen explorativen und bereichsübergreifenden Einblick in die Zivilgesellschaft und ihren Umgang mit dem fortlaufenden Pandemieverlauf gibt. Neben den Auswirkungen und Herausforderungen wurde auch der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Überwindung der Krise untersucht.

Die Zivilgesellschaft war und ist seit Beginn der Pandemie stark involviert, die Folgen der Krise bestmöglich abzumildern. Hierfür wurden neu auftretende Bedarfe der Zielgruppen wahrgenommen, neue Themenfelder der Arbeit erschlossen und Hilfen für andere entwickelt. Gleichzeitig nahm im Untersuchungszeitraum die eigene Betroffenheit durch Einschränkungen und wirtschaftliche Folgen immer deutlicher zu. Sichtbar wurde, dass Auswirkungen vielfältig und mehr als nur finanzieller Natur sind. Zu den wichtigsten Auswirkungen zählen: fehlende Planungssicherheit, limitierter Handlungsspielraum, erschwerter Kontakt zu bürgerschaftlich Engagierten und ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl, insbesondere im Funktionsbereich der Gemeinschaftsbildung. >> Hier finden Sie mehr Informationen zum Projekt

European Civic Space Observatory (ECSO)
Mit großzügiger finanzieller Unterstützung von Porticus und der Open Society Initiative for Europe (OSIFE) hat die Maecenata Stiftung ein ehrgeiziges Projekt in Angriff genommen, das auf der Beobachtung beruht, dass sich der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft und der Raum für bürgerschaftliches Handeln und Partizipation im Allgemeinen verändern und sich in vielen politischen Wahlkreisen verschlechtert haben. Das European Civic Space Observatory (ECSO), das vom Maecenata Institut in diesem größeren Rahmen durchgeführt wird, soll einen theoretischen und empirischen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte über dieses Phänomen leisten, das im Folgenden als Schrumpfender Ziviler Raum (Shrinking Civic Space, SCS) bezeichnet wird.

Angesichts der Tatsache, dass der Raum, in dem zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und einzelne Bürgerinnen und Bürger einen Beitrag zu öffentlichen Angelegenheiten leisten, in Europa einem grundlegenden Wandel unterworfen ist, wird sich das dreijährige Forschungs- und Sensibilisierungsprojekt auf Europa konzentrieren. Während in einigen Bereichen die Schlagkraft bürgerschaftlicher Initiativen heute größer ist als je zuvor, ist in anderen Bereichen bürgerschaft-

liches Handeln höchst umstritten. Generell kann vermutet werden, dass Regierungen versuchen, nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und/oder sie auf eine unterstützende Dienstleistung zu reduzieren. Auch Verstöße gegen grundlegende Menschen- und Bürgerrechte werden zu einem häufigen Phänomen.

ECSO entwickelt ein Monitoring-System, das sensibel genug ist, um die Grenzen des Civic Space in europäischen Demokratien zu erfassen und einen theoretischen Ansatz zu liefern, der das Paradoxon „Civic Space wächst und schwindet zur gleichen Zeit" hinreichend erklärt. Zu diesem Zweck hat das Maecenata Institut ein Netzwerk von assoziierten Forschern in ausgewählten europäischen Ländern aufgebaut. Da es sich um eine deutsche Institution handelt, wird zudem Deutschland ein besonderer Schwerpunkt gewidmet werden. >> Hier finden sie mehr Informationen zum Projekt

Die Stimme der Zivilgesellschaft im politischen Prozess

Zivilgesellschaft ist in aller Munde und zum politischen Schlagwort geworden – doch wer genau damit adressiert wird, bleibt oft unklar. Wen meinen Parlamentarier:innen und Verwaltung, wenn sie von den „Vertretern der Zivilgesellschaft" sprechen? Welche dieser Vertreter:innen binden sie in Anhörungen, Expertengremien und Konsultationsverfahren ein? Bisher liegen dazu in Deutschland keine Untersuchungen vor. Im Rahmen einer Projektförderung der Otto Brenner Stiftung untersucht das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft daher, in welcher Form zivilgesellschaftliche Organisationen in den konsultativen Gremien in Deutschland eingebunden sind.

Ziel des Projekts ist es zu erfassen, in welcher Form zivilgesellschaftliche Organisationen – neben anderen Interessensvertretungen – in den konsultativen, politikberatend tätigen Gremien des politischen Prozesses in Deutschland eingebunden sind.

Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche Möglichkeiten der politischen Teilhabe und Mitbestimmung sieht der deutsche Verfassungsrahmen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen vor?

2. Welche konsultativen Gremien gibt es auf Bundesebene und mit welchen Interessensvertretern sind sie besetzt? Wer sind die Vertreter der ZGO, für wen und wessen Belange sprechen sie?

Im ersten Schritt werden dazu die politischen Gelegenheitsstrukturen erfasst, d.h. eine Übersicht der Beratungsgremien bei der Bundesregierung und im Bundestag, sowie eine Zusammenfassung der verfassungsrechtlich garantierten Teilhabemöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen erstellt. Danach wird eine Gremienanalyse über die Zusammensetzung der Expert:innen der 19. Legislaturperiode durchgeführt.

Erste Ergebnisse:

Die Rechtsgrundlage der politischen Beteiligung von Interessensvertretern ist in Deutschland zwar gegeben, lässt jedoch den zuständigen Ministerien erheblichen Spielraum bei deren der Auswahl. Die bisherige Analyse zeigt, dass es in der Repräsentation der Zivilgesellschaft in den Beratungsgremien auf Bundesebene teils große Lücken gibt und zwischen den Ministerien starke Unterschiede bestehen. Ebenfalls auffällig ist die Unterrepräsentativität von weiblichen Gremienmitgliedern. Das Projekt befindet sich in der letzten Phase, eine Publikation ist im Sommer 2022 geplant. >> Hier finden sie mehr Informationen zum Projekt

Diaspora Philanthropie Deutschland: Waqf – Die islamisch fromme Stiftung
Im August und Oktober 2019 veröffentlichte das Maecenata Institut zwei Studien (Opusculums Nr. 139, Opusculums Nr. 143) zu dem Spendenverhalten von Muslimen der muslimischen Wohltätigkeitsorganisation Islamic Relief Deutschland. In einer weiteren, durch Islamic Relief Deutschland geförderten Untersuchung, setzt sich Malte Schrader intensiv mit frommen muslimischen Stiftungen (waqf, pl. awqāf) auseinander. Awqāf werden im Islam als die endgültige und immerwährende Immobilisierung privaten Eigentums verstanden, die ein Ausdruck von Barmherzigkeit, Nächstenliebe und Zuneigung sowohl zu den Menschen als auch zu ihrem Schöpfer darstellen. Gemäß eines Stifterwillens wird dabei, ähnlich zu Stiftungen, wie sie nach europäischer Tradition und deutschem Recht verstanden werden, dauerhaft ein wohltätiger Zweck finanziert. Während das Waqf-Wesen in der islamischen Geschichte und in islamisch geprägten Ländern eine hohe Bedeutung zukommt, zeigen erste Ergebnisse der Maecenata Untersuchung, dass awqāf in Deutschland kaum etabliert sind. Neben einer aktuellen Bestandsaufnahme wird eine konkrete Handlungsanleitung formuliert, die philanthropisches Handeln von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland erleichtern soll und aufzeigt, inwiefern islamische institutionalisierte Konzepte der Philanthropie mit dem deutschen Stiftungsrecht vereinbar sind. Im Projektverlauf gilt es zudem zu evaluieren, warum in Deutschland lebende Muslime vergleichsweise seltener fromme muslimische Stiftungen gründen. >> Hier finden sie mehr Informationen zum Projekt

Veranstaltungen (Auswahl)

Anfang des Jahres starteten wir eine neue Veranstaltungsreihe: „Theorie der Zivilgesellschaft“
Der Begriff der Zivilgesellschaft in deutscher Übersetzung von civil society hat sich als gemeinsamer Oberbegriff für sehr heterogene kollektive Akteure im öffentlichen Raum durchgesetzt und wird heute weltweit verwendet. Was er genau beschreibt und wo er theoretisch fundiert ist, bleibt jedoch nicht unstrittig. Das Maecenata Institut hat sich in den letzten Jahren bemüht, eine einheitliche, brauchbare Arbeitsdefinition zu entwickeln und für diese zu werben. Sie beruhte auf einer Synthese von unterschiedlichen definitorischen Ansätzen und einer international anschlussfähigen Einordnung.
Damit ist jedoch die Debatte um eine Theorie der Zivilgesellschaft in keiner Weise zu einem Abschluss gekommen und sollte es auch nicht. Diese Debatte soll vielmehr bewusst weitergeführt

werden. Den Corona-Umständen geschuldet fand dies im letzten Jahr in einer Reihe von Online-Colloquia statt.

Den Auftakt machte am 25. Januar PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Im Juli luden wir Prof. Dr. Sebastian Unger ein, Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Steuerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, der zu „Der Rechtsbegriff der Zivilgesellschaft“ referierte. Es folgte im November eine Veranstaltung mit der in Kiel tätigen Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Paula Diehl zu politiktheoretischen und ideengeschichtlichen Aspekten der zivilgesellschaftlichen Theoriebildung. Den Abschluss machte dann im Dezember die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Annette Zimmer mit einem Input über „Zivilgesellschaft in der Krise der Demokratie“. Im Jahr 2022 wird die Reihe weitergeführt.

Forschungscollegium

Das Forschungscollegium des Maecenata Instituts wendet sich seit seiner Gründung im Jahr 1999 an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen, die ihre Qualifizierungsarbeiten zu Themen aus der Zivilgesellschaftsforschung und verwandten Bereichen schreiben. Es bietet einen Ort des transdisziplinären und transuniversitären Austauschs und der Reflexion, Gespräche zu wissenschaftlichen Fragen sowie einen privilegierten Zugang zu Informationen durch die Möglichkeit, die Einrichtungen des Instituts (Maecenata Bibliothek, Datenbanken u.a.) zu nutzen. Die Mitglieder des Collegiums pflegen auch jenseits der Treffen den Austausch und unterstützen sich gegenseitig in den verschiedenen Stadien ihrer Arbeit. Dadurch wird die interdisziplinäre Netzwerkbildung gefördert, die Qualität der Arbeiten optimiert und das Vertrauen in die Relevanz der eigenen Themen gestärkt. Das Collegium versteht sich dabei nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der Betreuung an den Hochschulen. Insgesamt wurden bisher 150 Collegiatinnen und Collegiaten bis zum erfolgreichen Abschluss ihrer Forschungsarbeit betreut. Das Forschungscollegium wird gefördert durch den Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. (FVZF).

Die Mitglieder des Forschungscollegiums treffen sich üblicherweise viermal jährlich in Berlin. Unter Leitung erfahrener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Moderatoren (Prof. Dr. Frank Adloff, Dr. Rupert Graf Strachwitz, Dr. Ansgar Klein, Dr. Eckhard Priller) werden jeweils einzelne Arbeiten vorgestellt und diskutiert. Auch 2021 war die Arbeit des Collegiums durch die Lockdowns erheblich beeinträchtigt. Am 25. März, 25. Juni und 22. Oktober fanden online Treffen statt. https://www.maecenata.eu/termine/forschungscollegium/

Im Berichtsjahr waren 13 Collegiatinnen und Collegiaten Mitglieder des Forschungscollegiums. Die Übersicht zeigt die Vielfalt der behandelten Themen:

- Kathryn Adams: Soziale Innovation im Dritten Sektor (Arbeitstitel)
- Lisa Böttcher: Transparenz und Zivilgesellschaft
- Tim Gehrmann: Die demokratische Legitimation von Verbandsklagen (Arbeitstitel)
- Patrick Kahle: Solidarität als Dispositiv und seine lokale Ausgestaltung

- Thomas Land: Begriffsgeschichte Zivilgesellschaft
- Marc D. Ludwig: Soziale Arbeit in der Pandemiesituation: Herausforderung(en) für die Gemeinwesenarbeit?
- Julia Nitsch: Vereine und Politik in Kosovo zwischen 1990 und 2008 in einem Kontext von Staatsaufbau und –zerfall
- Nomin-Erdene Nyamsambuu: Zivilgesellschaft in der Mongolei
- Luisa Pischtschan: Gesellschaftlicher Zusammenhang und gleichwertige Lebensverhältnisse durch Zivilgesellschaft
- Petra Sievers: Bürgerschaftliches Engagement und Digitalisierung
- Jana Priemer: Educational Governance: Beteiligungschance für Vereine im deutschen Schulsystem? (Arbeitstitel)
- Mirco Weber: Development Aid in the Light of Complementary Currencies
- Christof Westerhoven: Stiftungen und Innovation

Lehre

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Das Zentrum für Nonprofit-Management an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bietet seit 2006 einen akkreditierten Aufbaustudiengang für haupt- und ehrenamtliche Führungskräfte an, der zum akademischen Grad eines Master of Nonprofit Administration (MNPA) führt. Im Rahmen des Studiengangs lehrte Dr. sc. Eckhard Priller die Lehrveranstaltung „Angewandte Sozialforschung“. Behandelt wurden Methoden und Ansätze der empirischen NPO-Forschung. Es wurden u.a. wichtige Datenquellen und Umfragen aus dem Bereich der Zivilgesellschaftsforschung vorgestellt. Besonders wurde auf die Zusammenhänge zwischen Wissen, Transparenz, Öffentlichkeit und Empirie eingegangen sowie spezifische Regeln für Befragungen (Organisationsbefragung, Mitgliederbefragung, Mitarbeiterbefragung, Bevölkerungsbefragung) und andere Formen der Datenerhebung erörtert. Eine besondere Rolle spielten Fragen der praktischen Konzeptentwicklung für eine empirische Erhebung, Aspekte der Fragebogenkonstruktion für die Durchführung einer Befragung und die Entwicklung eines Interviewleitfadens für eine Untersuchung mit selbst gewählter Thematik. www.npm-online.de

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) / Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR)

Auch im Jahr 2021 lehrten Dr. Siri Hummel, Dr. sc. Eckhard Priller und Dr. Rupert Graf Strachwitz im Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MaNGO) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin. Sie veranstalteten das Seminar „Zivilgesellschaft und Dritter Sektor – gestern, heute und in der Zukunft“.

Im Rahmen der Lehrtätigkeit in den vorausgehenden Semestern sind 2021 Themenhefte entstanden, die sich in Form von einzelnen Länderberichten mit der Analyse des Dritten Sektors in ausgewählten Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas befassen. Drei sind bereits in der Reihe Opuscula veröffentlicht worden: Der Dritte Sektor in Hongkong und Indien (OP 145); Der Dritte

Sektor in Finnland, Kosovo, Russland und Schweden (OP 146); Der Dritte Sektor in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Chile und Mexico (OP 148). http://mango.htw-berlin.de

Für das Wintersemester 2021/2022 erhielt Dr. sc. Eckhard Priller außerdem an der HTW/HWR im Master-Studiengang „Nonprofit-Management und Public Governance“ (MaNGO) einen Lehrauftrag zum Themenbereich „Forschungsmethoden“ und betreute an beiden Hochschulen mehrere Masterarbeiten.

Im Jahr 2022 werden die Lehrtätigkeiten an der HWR fortgesetzt.

Betreuung von Qualifizierungsarbeiten

Mit der Lehre gehen Anfragen zur Betreuung von Qualifizierungsarbeiten einher. 2021 gestaltete sich derart, dass nur Eckhard Priller solche betreute – an seinen verschiedenen Lehrorten:

Betreuung von Masterarbeiten an der HWR:

- Osama Ramadan: "Syrische Menschenrechtsorganisationen in der Türkei – Arbeitsweise und Herausforderungen"
- Jet Azura Tabora: "Diversity & Inclusion in der Berliner Musikbranche: Chancen und Herausforderungen"

Betreuung von Masterarbeiten an der Universität Münster

- Imke Pinnow: „Evangelische Chorarbeit im Lichte der Dritte-Sektor-Forschung. Am Beispiel der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Marien in Osnabrück (Niedersachsen)“
- Amir Saedi: „Effektive Strategien gegen antimuslimischen Rassismus? Das Bundesprogramm Demokratie leben! Auf dem Prüfstand“
- Lea Dorina Schneider: „Wie bewerten Mitarbeitende mit und ohne Handicap den Teilhabeprozess? Konzeption und Durchführung einer inklusiven Mitarbeitendenbefragung bei der Iserlohner Werkstätten gGmbH“

IV. Transnational Giving

Seit 2001 ist das Programm „Transnational Giving“ (TG) fester Bestandteil der Arbeit der Maecenata Stiftung. Mit diesem fördert sie philanthropisches Handeln durch grenzüberschreitendes Spenden und unterstützt so weltweit gemeinnützige Organisationen. Das Programm gliedert sich in die beiden Aktivitätsfelder Europa und Weltweit. Geleitet wird es seit 2021 von Marie-Christine Schwager.

Wenn eine Person oder ein Unternehmen aus Deutschland den Wunsch hat, eine im deutschen Sinne gemeinnützige Organisation im Ausland steuerbegünstigt zu unterstützen, ermöglicht dies unser Programm Transnational Giving. Viele Organisationen hat die Maecenata Stiftung zu diesem Zweck bereits geprüft und akkreditiert. Eine Übersicht findet sich auf der Webseite. Falls eine gewünschte Organisation noch kein anerkannter Empfängerpartner ist, muss sie zunächst einen Prüfprozess der Stiftung durchlaufen. Ist dieser erfolgreich abgeschlossen, ist steuerbegünstigtes Spenden möglich.

Besondere Ereignisse

Das Jahr 2021 hat abermals gezeigt wie schnell sich angesichts aktueller Krisen und Notstände eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützungsfront herausbilden kann. Hierzu zählte unter anderem die weiterhin hohe Solidarität bei der Förderung von Covid-Fonds. Zudem löste die europaweite Flutkatastrophe im Sommer eine Welle der Solidarität aus. Transnational Giving verzeichnete hierbei ein besonders hohes Engagement aus Belgien, insbesondere im Rahmen des Solvay Solidaritäts-Fonds. Diesen initiierte das Unternehmen, um von humanitären Krisen betroffene Communities in jenen Regionen zu unterstützen, in denen der Konzern operiert.

Anhaltende Trends

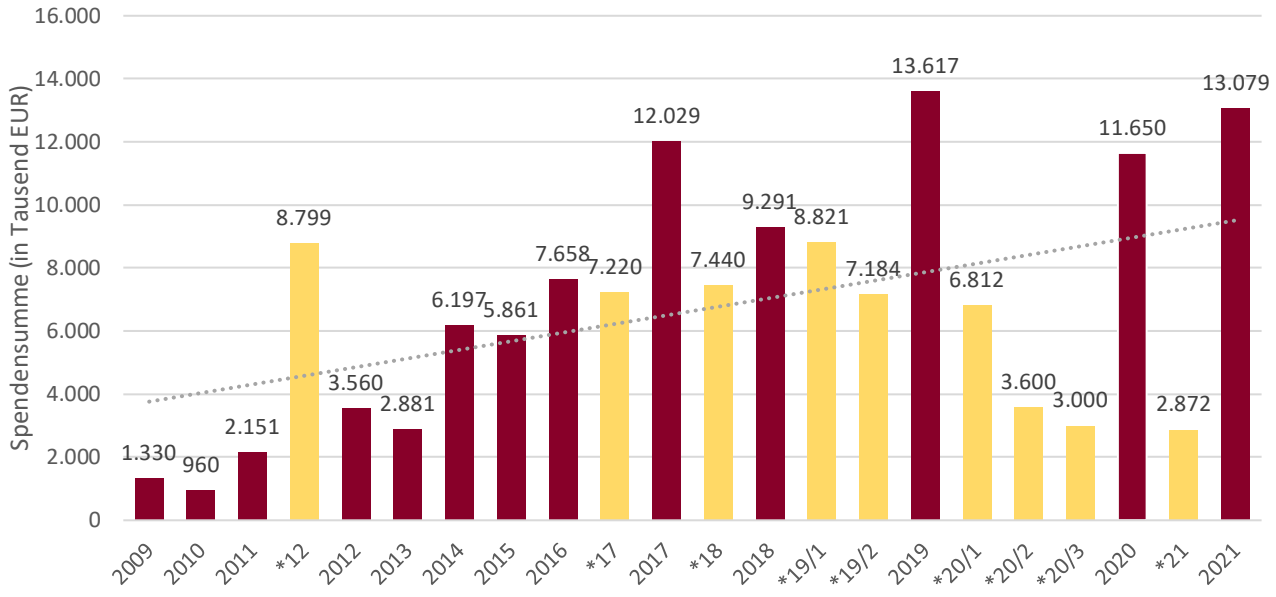
Beachtliche Zuwächse im Spendenaufkommen verzeichnen weiterhin Empfängerorganisationen, die sich für den Erhalt der Umwelt einsetzen - ein Trend, der sich ebenfalls im Jahr 2021 bestätigte. In diesem Kontext erhält die Maecenata Stiftung ebenfalls viele Anfragen zu Anlassspenden, etwa im Rahmen von Hochzeiten, Jubiläen oder auch Geburtstagen. Anstelle eines Geschenks werden Gäste dabei angeregt, an eine bestimmte, vorab ausgewählte Organisation zu spenden. Neben Umweltprojekten sind hierbei Organisationen beliebt, die Beiträge zur Welternährung, Gesundheit, Bildung und Forschung leisten. In diesen Aktivitätsfeldern bilden sich zudem die langanhaltenden Trends der beliebtesten Empfängerorganisationen ab.

Das Jahr 2021 in Zahlen

Im letzten Jahr wurden 41.527 Einzelspenden (2020: 13.438) in Höhe von insgesamt 15,95 Millionen Euro (2019: 25,06 Mio €) eingenommen. Dies bedeutet, dass sich die Anzahl der Einzelspenden verdreifacht hat – ein deutlicher Anstieg - und weitaus mehr kleinere Einzelspenden eingingen. Auch wenn die Gesamtsumme unverkennbar unter der des Vorjahres liegt, zeigt sich, dass dies vor allem an der Anzahl der Großspenden liegt. Das sonstige Spendenaufkommen von 13,07 Millionen Euro liegt deutlich über dem von 2020 und nur knapp unter dem Vor-Pandemiejahr 2019.

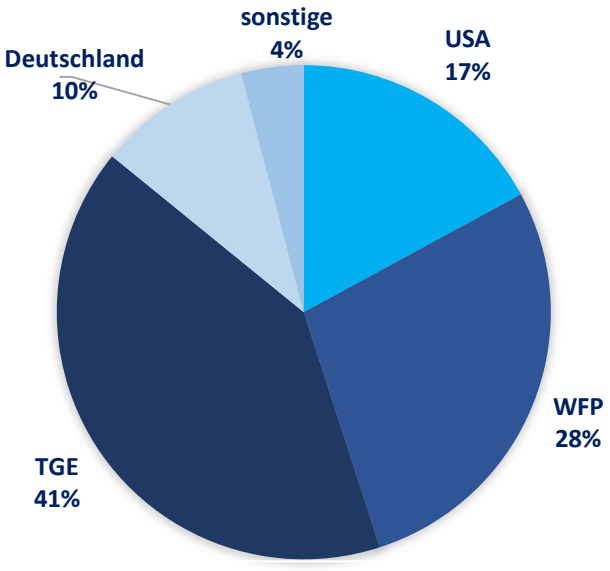
Nicht nur die Anzahl an Einzelspenden hat sich vervielfacht: Auch die Anzahl an Spenderinnen und Spendern nahm 2021 stark zu: Waren es 2020 noch 5.522 Personen, hat sich die Anzahl der Spenderinnen und Spender auf 20.165 Personen erhöht – ein Anstieg um das knappe Vierfache.

Wie schon in den vergangenen Jahren erhielt die Stiftung eine große Einzelspende, die in der Abbildung der Entwicklung des Spendeneingangs gesondert dargestellt wird.



Spendeneingang 2009 – 2021 im Transnational Giving Programme in Mio. € (Quelle: Eigene Darstellung)/ **Gelb**: Einzelspenden

Verteilung der Fördermittel nach Empfängerland



Quelle: eigene Darstellung

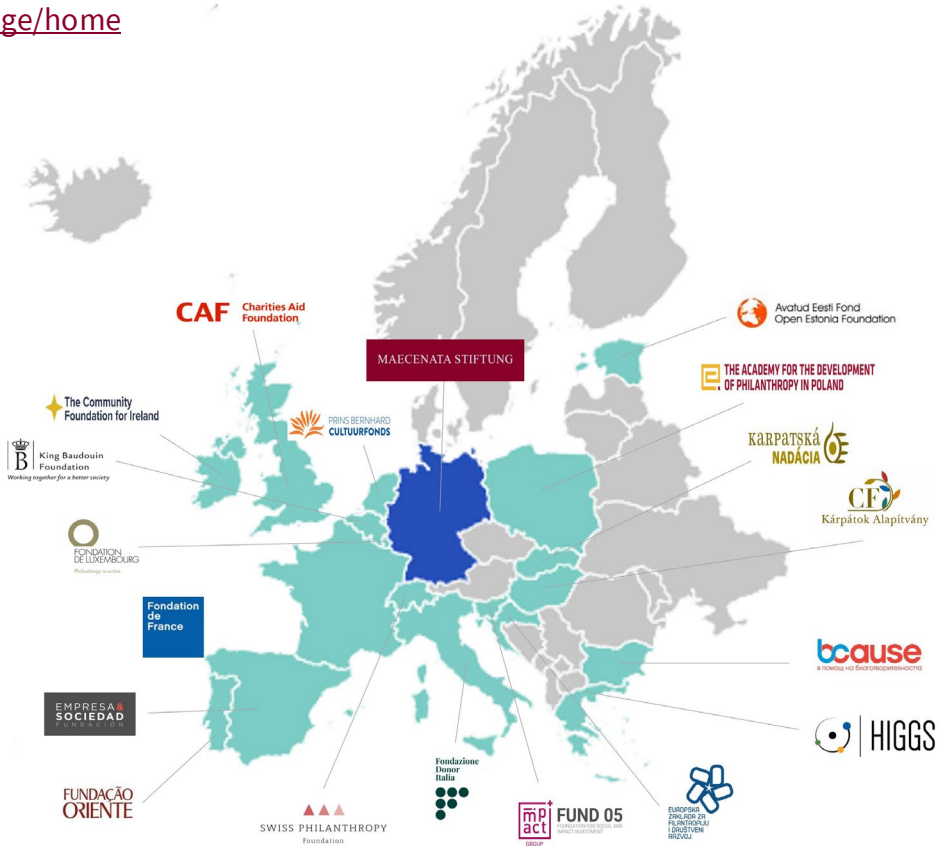
Während 2020 27% aller Fördermittel (6,70 Mio. Euro) in die USA ausgezahlt wurden, hat sich die Summe 2021 auf 17% (2,63 Mio. Euro) verringert. Die über das Transnational Giving Europe Netzwerk vermittelten Förderzahlungen in Europa machten 41% (6,30 Mio. Euro) des Fördervolumens aus. Das als UN-Organisation gesondert betrachtete World Food Programme der Vereinten Nationen durchlief 2021 einen großen Sprung und erhielt 28% (4,31 Mio. Euro). Im Jahr

2020 lag die Auszahlungssumme noch bei 8% (2,01 Mio. Euro). Die in Deutschland ansässigen Organisationen wurden mit 10% der Fördersumme über einen Donor Advised Fund gefördert.

Transnational Giving Europe Network - TGE

Für grenzüberschreitendes Spenden innerhalb Europas besteht seit 1999 das Transnational Giving Europe Netzwerks (TGE) unter der Schirmherrschaft des European Foundation Centre (EFC), zu dem auch seit 2001 Maecenata als deutsche Partnerin gehört.[58]

Im Jahr 2021 gab es einige Änderungen im Netzwerk: Der rumänische Partner Odorheiu Secuiesc Community Foundation scheidet aufgrund personeller Veränderungen wie auch einer inhaltlichen Neuausrichtung des Personals aus. Aktuell wird nach einer neuen rumänischen Partnerorganisation gesucht. Die neue Spendenplattform des Netzwerks, die 2020 eine Probephase durchlief, wird inzwischen gut genutzt und bietet eine gute Ergänzung zu den nationalen Spendenformularen. Die Empfängerorganisationen können selbst entscheiden, ob sie auch über diese Plattform Spenden einwerben wollen und damit zu einer Vereinheitlichung beitragen. Die Plattform ist hier zu finden: https://donate.transnational-giving.eu/page/home



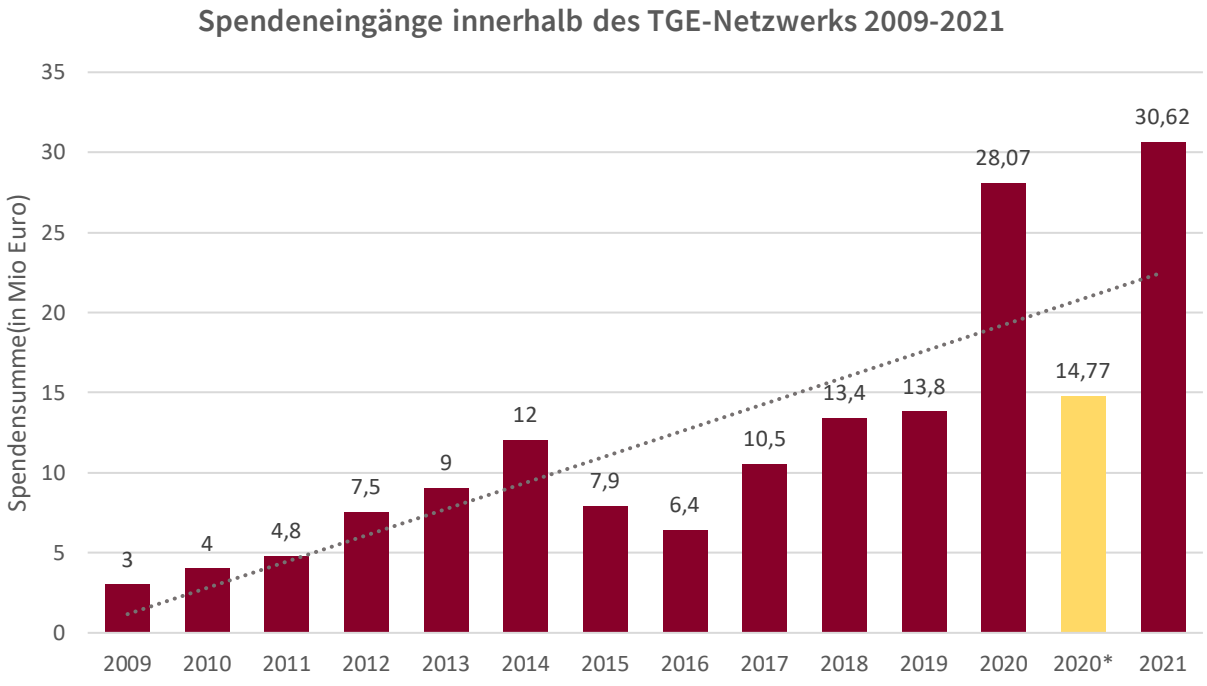
[58] Neben der Maecenata Stiftung in Deutschland nehmen Partner in folgenden Ländern am TG Europe Netzwerk teil: Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Schweiz, Slowenien, Slowakei, Spanien, Ungarn, Vereinigtes Königreich

Eine weitere größere Diskussion wurde 2021 abgeschlossen und über eine Anpassung des freien Spendenanteils entschieden. Von jeder Spende wird ab Januar 2022 folgender freier Spendenanteil einbehalten: 5% der ersten 100.000 EUR, 3% 100.000 EUR – 250.000 EUR, 2% 250.000 EUR – 500.000 EUR, 1% 500.000 EUR – 2.000.000 EUR. Ab einem Betrag über zwei Millionen Euro erfolgt die Berechnung des freien Spendenanteils nach individueller Absprache. Davon erhält das TGE-Netzwerk 1/5 und die beiden beteiligten Länderpartner jeweils 2/5.

Das jährliche Treffen des Steering Committee fand am 14. und 15. Oktober 2021 in hybrider Form statt: Sowohl virtuell als auch in Ljubljana wurde zwei Tage intensiv über die Strategien der nächsten Jahre diskutiert. Neben dem freien Spendenanteil war vor allem die Struktur des Netzwerks ein großes Thema, da diese einiges Potential hat, verbessert zu werden. In einer Roadmap für das kommende Jahre wurden konkrete Schritte geplant, um Veränderungen einzuleiten und umzusetzen. Ab 2021 werden aufgrund der vielen Entscheidungsfindungen innerhalb von TGE zwei Steering Committees im Jahr stattfinden.

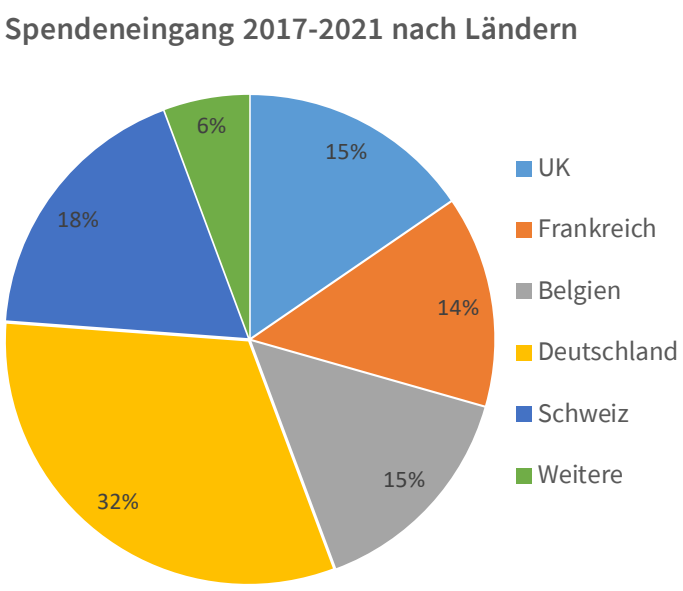
Spendeneingänge innerhalb des Netzwerks 2021

Das Jahr 2021 war jedoch auch ein positives für das Transnational Giving Europe Netzwerk: 30,62 Mio. € an Spenden konnten eingenommen werden, was eine Verbesserung um 9% im Vergleich zum Vorjahr ausmacht. Mit diesen Spenden wurden 484 Organisationen aus 12 europäischen Ländern gefördert.



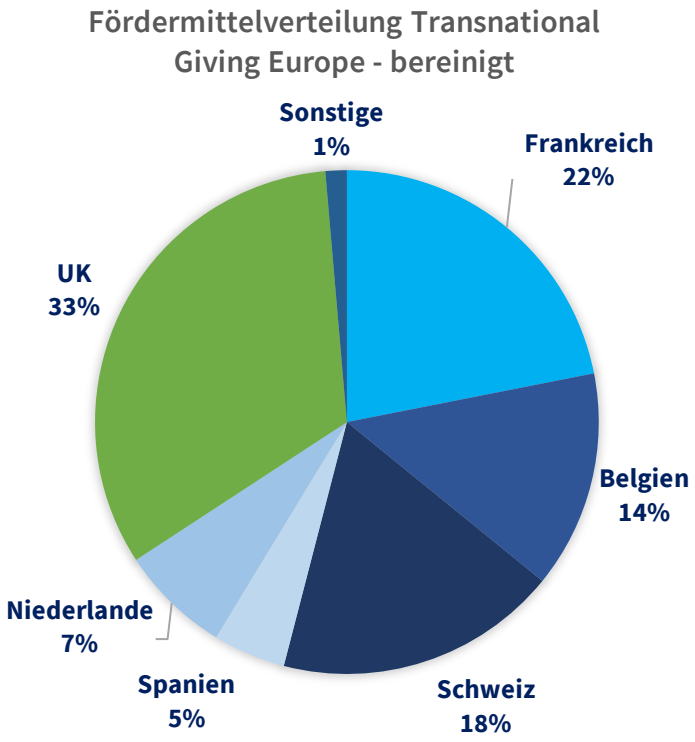
*2020: Spenden 2020 ohne den Covid-19 Fonds der WHO/ **Gelb**: Einzelspenden.

Ein Fünftel aller Spendeneinnahmen des TGE-Netzwerks entfiel auf deutsche Spender:innen (2020 war es die Hälfte aller Spendeneinnahmen bedingt durch Großspenden an den Covid-19-Fonds): Im vergangenen Jahr haben 3046 Personen aus Deutschland 181 Organisationen des TGE-Netzwerks unterstützt und insgesamt 6,15 Mio. € gespendet. Während die Anzahl an Spender:innen nahezu unverändert blieb, lag die Summe 2020 bei 14 Mio. €.



Quelle: eigene Darstellung

Im historischen Vergleich wird das Engagement der deutschen Spender:innen noch deutlicher: Wenn man die Summen der Jahre 2017-2021 vergleicht, kamen aus Deutschland mit Abstand die meisten Spenden: Von 96,50 Mio. € wurden 30,74 Mio. € (32%) aus Deutschland gespendet, 17,52 Mio. € (18%) kamen aus der Schweiz, jeweils ca. 14,5 Mio.€ (15%) aus Belgien und Großbritannien und 13,49 Mio. € aus Frankreich. Die restlichen 5,47 Mio. € (6%) entfielen auf die restlichen Länder.



Quelle: eigene Darstellung

Wie im vorherigen Abschnitt bereits aufgezeigt wurde, sind Förderungen innerhalb Europas über das Netzwerk Transnational Giving Europe mit 41% der Fördersumme der Hauptbestandteil des Programms innerhalb der Maecenata Stiftung.

Von diesen 41% wurden hauptsächlich Organisationen aus folgenden Ländern unterstützt[59]: Belgien (0,48 Mio. €), Frankreich (0,75 Mio .€), Großbritannien (1,13 Mio. €), Niederlande (0,24 Mio. €), Schweiz (0,62 Mio. €), Spanien (0,16 Mio. €), sowie restliche TGE-Länder (0,04 Mio. €).

Während im Pandemiejahr 2020 knapp 54% aller Spenden zur Förderung von Gesundheitsprojekten/ - Organisationen verwendet wurden, waren es 2021 noch 29,6%. 34,8% der Summe wurde zur Förderung von Bildung und Erziehung gespendet und lag damit 2021 wieder auf Platz 1 (Vorjahr Platz 2 mit 30%).

[59] Bereinigte Darstellung: es wurden nur Förderungen unter 500.000 € betrachtet – damit wurde eine Förderung nach Großbritannien nicht betrachtet.

Spendenbewegungen Deutschland innerhalb des TGE-Netzwerks

Die Maecenata Stiftung engagiert sich in einem großen Netzwerk diverser Länderpartnern, um Philanthropie in Europa zu fördern. Aus deutscher Sicht profitieren hiervon nicht nur Spender:innen, sondern insbesondere auch hiesig angesiedelte gemeinnützige Organisationen. Letztere können aus sämtlichen Netzwerk-Ländern steuerbegünstigte Spenden empfangen, sobald sie akkreditiert sind. Derzeit gibt es acht solcher anerkannte Empfängerorganisationen aus Deutschland. Hinzu kommen acht weitere sich bewerbende Organisationen, die sich zurzeit im Aufnahmeprozess befinden. Insbesondere der Bildungs-, Kultur- und Umweltbereich weist erfahrungsgemäß ein großes Potenzial zur Spenden-Akquise auf und bietet somit auch für deutsche Organisationen vielversprechende Optionen. Insgesamt profitieren registrierte Empfängerorganisationen nicht bloß von einem erweiterten Kreis an Spender:innen, sondern ebenfalls von einem erhöhten Bekanntheitsgrad sowie entsprechend erweiterten Handlungsspielräumen. Aktuell gibt es dort noch viel Entwicklungspotential: Während im Jahr 6,15 Mio € aus Deutschland ins europäische Ausland gespendet wurden, erhielten deutsche Organisationen lediglich 135.000€ von den TGE-Partnerländern – eine marginale Summe bei einem Gesamtspendenaufkommen von 30,6 Mio. € innerhalb des Netzwerks.

Geförderte Organisationen 2021

Insgesamt erhielten im Berichtsjahr 268 Organisationen eine Förderung. 226 (84%) dieser Organisationen liegen auf dem Europäischen Kontinent und 27 (10%) in den USA. Die verbleibenden 6% verteilen sich auf Afrika, Asien, Australien, Südamerika und die UN.
213 Empfängerorganisationen wurden im vergangenen Jahr überprüft und bei erfolgreicher Prüfung in das Programm aufgenommen. Die Förderdatenbank weist Ende 2021 über 1.600 geprüfte Organisationen auf. Auch 2021 konnten wieder zahlreiche neue Organisationen mit Sitz außerhalb des TGE Netzwerks als Empfängerorganisation erfolgreich geprüft werden, so insbesondere aus dem afrikanischen Kontinent, aber auch aus Indien und Peru.

Im Folgenden sind die im Berichtsjahr geförderten Empfängerorganisationen gelistet, sortiert nach der Höhe der 2021 erhaltenen Fördersummen.

Über 500.000€

- **Columbia University, US***
- Haus des Stiftens gGmbH, DE
- United Way Worldwide, US
- University of Cambridge, UK
- World Food Programme, UN

* Die Columbia University gilt als eine der ältesten Universitäten in den USA, und zählt zu den bedeutendsten Bildungseinrichtungen unserer Zeit. Allerdings ist die Columbia University, wie Universitäten im angelsächsischen Raum, auf Spenden angewiesen, um ihr hohes Qualitätsversprechen einlösen zu können. Mit Zuwendungen des Transnational Giving Programme der Maecenata Stiftung wurden im Jahr 2021 das Columbia University College und die School of the Arts gefördert. Während sich solche Spenden durch Großspenden an diese Universitäten zusammensetzen, kommen insbesondere auch Alumni der Columbia University auf das TG-Programme zu, um an Ihre Alma Mater zweckgebundene Spenden zu entrichten.

Bis 500.000€

- **ACIP - Asian Classics Input Project, US***
- Common Goal KbF, BE
- Conservation International, US
- EPIC Foundation, UK
- Fondation Crédit Mutuel Alliance Fédérale, FR
- Gstaad Menuhin Festival, CH
- IE Foundation, ES
- IGBMC, FR
- MIT Massachusetts Institute of Technologie, US
- R&Co4Generations Fund, BE
- Room to read, NL
- Science on Stage e.V., DE
- Social Impact Award, AT
- Stowe School Foundation, UK
- Universität Nürnberg, DE
- University of London, UK

* Die gemeinnützige Organisation „Asian Classics Input Project“ hat sich der Bewahrung der alten asiatischen Weisheit gewidmet. Diesen Zweck führt ACIP in Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren in Bibliotheken, Klöstern und Instituten in ganz Asien durch. Ziel des Vorhabens ist eine digital durchsuchbare Datenbank zu erstellen, die Wissenschaftler:innen, akademischen Einrichtungen und Praktiker:innen Zugang zu einer virtuellen Bibliothek mit authentischen heiligen und klassischen Texten bietet. Mit den im Jahr 2021 durch das TG-Programme transferierten Mittel wurde das Projekt "Threads of Wisdom" finanziert, dass die Nationalbibliothek der Mongolei unterstützt. Für diese werden Einbände von buddhistischen Texten genäht.

Bis 100.000€

- BuildOn USA, US
- COVID-19 Fund for WHO (at SPF), CH
- Fonds Uniapac, FR
- Friends of the Museum-Centre Pompidou, FR
- Geburtshaus Maternite Alpine, CH
- Opéra Fuoco, FR
- Rijksmuseum Fonds, NL
- **Seed Madagascar, UK***
- Sens Foundation Europe, UK
- startsocial e.V., DE
- Teach First Deutschland gGmbH, DE
- Terre des hommes, NL
- WeForest, BE

***** Seed Madagascar ist eine im Südosten Madagaskars tätige Wohltätigkeitsorganisation. Insbesondere in der Region Anosy verwirklicht sie Projekte zur nachhaltigen Entwicklung, Bildung und Gesundheit, Lebensunterhalt sowie zum Naturschutz, die sich allesamt an den Leitlinien der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) orientieren. Hauptziel der Initiativen ist Capacity-Building von Einzelpersonen und Gemeinden. Zuletzt legte die Organisation einen Fokus auf die Erhebung von seltenen Primaten-Arten in den Wäldern der Region, um anhand ihrer Erkenntnisse geeignete Naturschutzmaßnahmen zu implementieren.

Bis 50.000 €

- Academy of S. Martin in the Fields, UK
- All Hands and Hearts, US
- American University of Paris, FR
- APOPO, BE
- Ascend Athletics, US
- **BASS - Bharath Abhyudaya Seva Samithi, IN***
- Brookings Institution, US
- Child's Dream Association, CH
- Clemson University, US
- Czechitas, CZ
- Der Paritätische Baden-Württemberg FWA HD, DE
- DFB Stiftung Sepp Herberger, DE
- DMD Duchenne, CN
- Elephant Cooperation, US
- Emmanuel College, Cambridge, UK

***** Die 1978 gegründete gemeinnützige Organisation Bharath Abhyudaya Seva Samithi (BASS) setzt sich für die soziale, erzieherische, gesundheitliche und wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Nothilfe und Rehabilitation der sozial und finanziell benachteiligten Gruppen ein. Insbesondere adressiert BASS die sog. „Gelisteten Kasten". Hierbei tritt BASS für partizipative Entwicklungsprozesse der Bevölkerung ein. Die Betroffenen werden in den gesamten Prozess der Projektfindung, -entwicklung, -durchführung, -überwachung und -bewertung einbezogen. Die Projekte verfolgen einen Bottom-up-Ansatz und werden auf Gemeindeebene entwickelt. Im Jahr 2021 engagierte sich BASS unter anderem in der Förderung von Berufsausbildungen, der Pflege von alten Menschen sowie durch die Initiierung von Selbsthilfegruppen für Frauen.

- Brown University in Providence, US
- Cartamundi Global Fund, BE
- Center for Open Social Innovation, DE
- Center of CSR development, UK
- Children's Hospital Trust South Africa, UK
- Fondation ESCP Europe, FR
- Fondation Josée Wolter Hirtt, LU
- Fonds De Dotation Mary Et Noor Inayat Khan, FR
- Fundación Infinito+1, ES
- Fundacja Media 3.0, PL
- Hacker School gGmbH, DE
- Hague Academy of International Law, NL
- La Maison des Femmes, FR
- Medienkulturzentrum Dresden e.V., DE
- Mit Rat und Tat DigKomp e.V., DE
- **Nadace VIA Foundation, CZ***
- European Outreach Trust, UK
- Eyes Open Stiftung, CH
- Fondation de l`Université de Strasbourg, FR
- Fondation des Femmes, FR
- Fondation du Verbier Festival, CH
- HBLF-Romaster Alapítvány Alapítvány, HU
- Hochschule Niederrhein, DE
- Institute for Advanced Study, Princeton, US
- Int. Assoc. of Corporate Education MAKO, RU
- JA Czech, CZ
- Kinderhelden, DE
- Kinderhilfswerk NOAH, CH
- Ngoko, UK
- Operation Smile UK - Smile Club, UK
- RCO Friends - Donateurs Koninklijk Concertgebouw Orchestra, NL

***** Die Nadace VIA Foundation ist eine unabhängige tschechische Stiftung zur Förderung von Gemeinwesen und Philanthropie. Im Fokus der Arbeit stehen Stipendienprogramme für engagierte Bürger:innen aller Altersgruppen. Es werden Bemühungen unterstützt, die Einwohner:innen einbeziehen, Bindungen stärken, Vertrauen aufbauen und die Nutzung lokaler Ressourcen zum Wohle der Gemeinschaft fördern. Seit der Gründung im Jahr 1997 hat Nadace VIA mehr als 6.000 Projekte in einem Fünftel aller Gemeinden in der Tschechischen Republik unterstützt.

- SCI Foundation (Schistosomiasis Control Initiative), UK
- Scoliosis Research Society, US
- Skool, HU
- Social Bee, DE
- Spirit of Soccer, US
- Stadtjugendring Mannheim e.V., DE
- Stichting Kasteel Middachte, NL
- Surfrider Foundation Europe, FR
- Syracuse University (USA) London Program, UK
- TECHNOSEUM Mannheim, DE
- Terre des Liens Rhône-Alpes, FR
- Sandgrueb Stiftung, CH
- Workshop for civic initiatives foundation WCIF
- The Ocean Cleanup, NL
- The Open Medicine Foundation, US
- The Stonyhurst Foundation, UK
- Universität Fribourg, CH
- University of Pennsylvania, US
- University of Surrey, UK
- UPJ e.V., DE
- Verein zur Förderung digitaler Bildungsangebote, AT
- Warm Heart Worldwide, US

- The FAWCO Foundation, US
- The Giraffe Project, UK
- The Global Fund, CH
- The Metropolitan Museum of Art, US
- WHO Foundation, CH
- **Workshop for civic initiatives foundation WCIF, BG***
- WWOX Foundation, Australien

***** Die Arbeit der Stiftung "Workshop for Civic Initiatives Foundation" (WCIF) ist breit gefächert und kennt dabei doch ein einziges Ziel: Die Stärkung der bulgarischen Zivilgesellschaft. Den Schlüssel dazu bilden diverse Projekte, die von der WCIF durchgeführt werden. Über 1.186 waren es in den letzten 15 Jahren. Sie richten sich sowohl an Ortsgemeinschaften als auch an NGOs und ermutigen die Teilnehmenden, sich für Demokratie und die Entwicklung des lokalen Raums stark zu machen. Insbesondere die Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft und die Rolle von Mehrwertschöpfung stehen dabei im Fokus. Weil das am besten im Netzwerk gelingt, vernetzt die WCIF die Akteure untereinander, um zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Bulgarien mehr Geltung zu verschaffen.

Bis 10.000€

- 100 Lives Foundation, CH
- AFS Interkulturelle Begegnungen e.V., DE
- AIESEC Fund – KBF, BE
- Aj TY v IT (SAP), SK
- Antioch Community Trust, UK
- AROP, FR
- Arvo Pärt Centre, EE
- Audrey Jacobs Foundation, CH
- Bellevue di Monaco eG, DE
- Blackswan Foundation, CH
- Bocconi University, IT
- Bryn Mawr College, US
- Bundesfestival junger Film, DE
- C. G. Jung Institut, CH
- **Casa Frida, MX***
- Ecole Polytechnique, FR
- EDHEC Business School, FR
- EndoFrance, FR
- endParalysis Foundation, NL
- Enfants du Mekong, FR
- European Biostasis Foundation, CH
- Fedora, FR
- Festival International d'Art Lyrique d'Aix en Provence, FR
- Festival International de Piano de La Roque d'Anthéron, FR
- Finance Watch, BE
- Fitzwilliam College UK, UK
- Fondation Ardian, FR
- Fondation Audencia, FR

***** Die Casa Frida (CIDI) bietet jenen Menschen Schutz, die auf Grund ihrer sexuellen Identität aus dem eigenen Zuhause fliehen mussten und unterstützt dadurch die LGBT-Community Mexikos. Neben Obdach und Verpflegung unterstützt die CIDI ihre Bewohner:innen auch darin, sich ein neues Leben aufzubauen. Dieses Engagement steht im Kontext der größeren Mission der NGO. Sie möchte einen Beitrag zur Förderung der öffentlichen Gesundheit, Bildung und Aufklärung leisten und versteht sich als Lobbyist besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen.

- Casa Procura, IT
- Central European University, HU
- CERN & Society Foundation, CH
- Christ Church Oxford, UK
- Christ`s College Cambridge, UK
- Churchill College, UK
- Clare College Cambridge, UK
- College of Europe Development Fund, BE
- Conserve Natural Forests Foundation, TH
- Constellations asbl, BE
- Fondation Children in the Cloud, CH
- Fondation du Patrimoine, FR
- Fondation ESSEC, FdF, FR
- Fondation Isae-Supaero, FR
- Fondation Le Refuge, FR
- Fondation les Arts Florissants - William Christie, FR
- Fondation Louvain – UCL, BE
- Fondation Marguerite et Aimé Maeght, FR
- Fondation Neoma Business School, FR

- Cornell University Foundation, UK
- Dampferfreunde Vierwaldstättersee, CH
- Dariu Foundation, CH
- Darwin College Cambridge, UK
- Das macht Schule Förderverein e.V., DE
- Digital National Alliance, BG
- Fondation pour la Sauvegarde de la Collégiale de Thann -FdF, FR
- **Fundacion Helping Hands-La Paz, BO***
- Fondation pour le Rayonnement de l'art haïtien, FdF, FR
- Förderverein Freunde des Gymnasiums Freiham e.V., DE

***** Bildungsgerechtigkeit ist ein zentrales Thema für Menschenrechte. In Bolivien hat sich die NGO „Fundacion Helping Hands-La Paz" dem Feld angenommen. Sie will jenen Jugendlichen Bildungschancen bieten, die besonders vulnerabel sind und unterstützt sie von der Grundschule bis zur High School und darüber hinaus. Die Ansätze sind vielfältig: Ob mit Schulmaterialien, Kleidung, Stipendien, der Übernahme von Transportkosten oder der Installation eines heimischen Internetzugangs, immer dort wo es einen Bedarf gibt, hilft die NGO aus. Extracurriculare Fortbildungen, stets auf die jugendliche Adressatengruppe zugeschnitten, komplettieren das Angebot. Damit soll allen jungen Menschen eine Chance auf persönliche Selbstverwirklichung durch Bildung ermöglicht werden.

- DLRG Erding, DE
- Fundação Bienal de São Paulo, BR
- Fundació ESADE, ES
- Fundacion Helping Hands-La Paz, BO
- FWAB - Friends without a Border, USA
- German Marshall Fund (GMF), US
- Gonville & Caius College Cambridge, UK
- Groton School, US
- HEC Foundation, FR
- Helfen ohne Grenzen / Aiutare senza Confini, IT
- High Atlas Foundation, US
- Homes of the Indian Nation HOINA, US
- I.D.F. Widows&Orphans Org. Israel, IL
- ICM, FR
- Imperial College, UK
- Initiative Alte Schmelz St. Ingbert e.V., DE
- Foundation for Social Change and Inclusion (FSCI), BG
- Friends of Enjoy Jazz e.V., DE
- Lepra Health in Action, UK
- Lernen Fördern Ortsverband München e.V., DE
- Lhoist Soli Fund, KBF, BE
- Linacre College der Universität Oxford, UK
- London Business School, UK
- Luther Tyndale Memorial Church, UK
- Mala technika, CZ
- Mama Cash, NL
- MINT-Campus Alte Schmelz St. Ingbert e.V., DE
- Miracle Orphans Care Foundation, UG
- **Perichoresis Refugee Relief Project Greece, GR***

***** Das Projekt „Perichoresis Refugee Relief Project Greece" springt Geflüchteten in einem existenziellen Kampf bei: Der Durchsetzung ihrer Rechte an den Außengrenzen Europas. Dabei beschränkt es sich nicht auf rechtlichen Beistand, etwa während Asylprozessen oder der Durchsetzung von Familienzusammenführungen. Es erleichtert Geflüchteten ebenfalls die Integration in die lokale Gemeinschaft, versorgt sie mit Lebensmitteln, bietet Workshops zum Einstieg auf dem griechischen Arbeitsmarkt an und unterhält Kindergärten sowie Gemeinschaftszentren.

- Institute Curie, FR
- Jesuit European Social Centre, BE
- Justdiggit, NL
- Ketaketi - Melamchighyang School Project Nepal, BE
- Keyboard Charitable Trust, UK
- Khulisa Social Solution, ZA
- Kinderbüro Universität Wien GmbH, AT
- King´s College, Cambridge, UK
- Koinonia, UK
- MIT Foundation UK Ltd. Massachusetts Institute of Technology, UK
- Musée des Tramways à vapeur et des Chemins de Fer Secondaires français, FR
- Mukwege Hospital Panzi Fund, KBF, BE
- Museum of Humanity, NL
- Nadání a dovednosti o.p.s., CZ
- Newnham College Cambridge, UK
- Orford Parish Church, UK
- Oxford University, UK

- Labdoo.org, CH
- Lady Margaret Hall College - Oxford, UK
- Lamlash Parish Church Schottland, UK
- Le Rocher Oasis des Cités, FR
- Leids Universiteits Fonds, NL
- Rajasthan Samgrah Kalyan Sansthan (RSKS India), IN
- Replug me, CZ
- **RestART Beirut, BE***
- Perichoresis Refugee Relief Project Greece, GR
- Philharmonie Luxembourg - Salle de Concert Grande-Duchesse Joséphine-Charlotte, LU
- Princeton Charitable Foundation, UK ltd, UK
- Prins Bernhard Cultuurfonds TGE Niederlande, NL

***** Als Ende des Jahres 2020 eine massive Explosion im Hafen Beiruts zu einer humanitären Katastrophe führte, war sowohl das Entsetzen als auch die Bereitschaft, sich für den Wiederaufbau der libanesischen Hafenstadt zu engagieren, ausgesprochen groß. Diesem Zweck dient ebenfalls der Fond „RestART Beirut", der seit seinem Bestehen den Erhalt nationaler Kulturstätten sichert. Neben dem Wiederaufbau von Gebäuden steht ebenfalls die Restaurierung bedeutender Kunstwerke sowie die Unterstützung kultureller Organisationen und Veranstaltungen im Fokus. So soll das kulturelle Erbe, das unlängst nach dem Jahrzehntelangen Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen wurde und erst in den letzten Jahren wieder hergestellt werden konnte, auch für künftige Generationen bewahrt

- Robinson College, Cambridge, UK
- Rose Up, FR
- Rotary Club Chiemsee, DE
- Seeds of Peace, UK
- Sense and Sensibility Foundation, CZ
- Social Impact gGmbH, DE
- Somerville College – Oxford, UK
- Special Olympics Ba-Wü e.V., DE
- St. Catherine`s College Oxford, UK
- St. John's College, Cambridge (St Johns/ St. Johns), UK
- St. Mary's Music School, UK
- Stellenbosch University South Africa, UK Foundation, UK
- Trinity Hall – Cambridge, UK
- Über den Tellerrand e.V., DE
- Übrig e.V., DE
- UCB Community Health Fund, KBF, BE
- UN watch - United Nations Watch, CH
- Università di Padova, IT
- Universitiy of Edinburgh Development Trust, UK
- University of California Trust, UK
- Queens College Cambridge, UK
- Quore, IT
- Stichting African Parks Foundation, NL
- Stichting Nederlandse Bachvereniging, NL
- Stichting Urban Street Forest, NL
- Stiftung Islam in Deutschland – Maecenata, DE
- Swasti Indien, IN
- Synagogengemeinde Saar, DE
- TGE-Partner: Fondation de France, FR
- The Arnold Foundation for Rugby School, UK
- The EORTC Charitable Trust AISBL, BE
- The Fettes Foundation, UK
- The Instituto Terra Fund, KBF, BE
- The Mothers At Risk Fund, BE
- The University of Warwick, UK
- Trinity College Cambridge, UK
- University of Cape Town, ZA
- University of Chicago Foundation, UK
- University of Pennsylvania Foundation, UK
- University of Sheffield, UK
- Velafrica, CH
- Verein zur Förderung der Südschule St. Ingbert e.V., DE

V. Europa Bottom-Up

Seit 2012 zielt das Programm Europa Bottom-Up darauf ab, den europäischen Gedanken durch die Stärkung einer europäischen Bürgergesellschaft zu fördern. Dies geschieht durch eine Reihe von Einzelprojekten, deren größtes das Projekt ‚Europa und das Mittelmeer' darstellt. Unter dem Namen Europa Bottom-Up wird im Rahmen des Programms darüber hinaus eine Online-Schriftenreihe herausgegeben. Im Mittelpunkt steht auch dabei das Plädoyer für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Veranstaltungen (Auswahl)

Online-Buchvorstellung: Hitler's Cosmopolitan Bastard von Martyn Bond
Als Teil der Berliner Europawoche 2021 organisierte das Europa Bottom-Up Programm der Maecenata Stiftung am 5. Mai eine Buchvorstellung mit dem Autor Martyn Bond.

Das Buch ist Martyn Bond's neuste Publikation. Es ist eine Biografie über Richard Coudenhove-Kalergi und seine Vision von Europa. Coudenhove-Kalergi war eine wahrlich unterschätzte Figur in der Entwicklung der Europäischen Union, der es beinahe geschafft hätte, Europas Zukunft zum Besseren zu wenden und der das Fundament der EU schuf.

Wir luden den Autor Martyn Bond, Beirat des Jean Monnet Centre of Excellence for Britain and Europe an der University of Surrey, als Gast sowie Claudia Hamill, die für das Buch forschte und es editierte, ein. Sie ist ehemaliges Mitglied im Rat des Royal Institute of International Affairs und Gastwissenschaftlerin an der University of Maastricht. Dr. Rupert Graf Strachwitz moderierte die Veranstaltung.

Die zivilgesellschaftliche Organisation Pan-Europa war die erste private Initiative, die die Nationalstaaten in Europa zu einer Vereinigung bewegte. Gegründet wurde Sie in den 1920ern von Richard Coudenhove-Kalergi. Mit Hilfe seiner charismatischen Persönlichkeit, seinen attraktiven Ideen, seiner Bekanntheit und seinen brillanten Networking-Fähigkeiten, schaffte er es, die Unterstützung politischer und kultureller führender Persönlichkeiten im ganzen Kontinent zu gewinnen. Er verdient heute in unserer Diskussion über die Zukunft Europas nochmals Gehör.

Im Berichtsjahr wurde nur eine Veranstaltung durchgeführt. Zudem wurde durch die Mitwirkung im Stiftungsnetzwerk „Die engagierten Europäer", teilweise im strategischen Dialog mit dem Auswärtigen Amt, der Stiftungszweck in diesem Programm verwirklicht.

Schriftenreihe Europa Bottom-Up

Seit 2013 gibt die Maecenata Stiftung die elektronische Schriftenreihe Europa Bottom-Up heraus, in der interdisziplinäre Arbeiten zu Europathemen – mit Schwerpunkt auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern – erscheinen. Die Reihe steht grundsätzlich externen Autorinnen und Autoren offen. Vortragstexte, Arbeits- und Zwischenergebnisse, kleinere Studien und

Tagungsberichte werden ebenso aufgenommen wie studentische Hausarbeiten. Die gesamte Schriftenreihe ist durch die ISBN 2197-6821 (die einzelnen Publikationen durch eine URN) bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert und auf diese Weise voll zitierfähig. Alle Ausgaben stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Im Berichtsjahr sind keine Ausgaben erschienen.

>> Zu den bisherigen Europa Bottom-Up Ausgaben

VI. Tocqueville Forum

Seit 2016 versteht sich das Tocqueville Forum der Stiftung als Nukleus für Netzwerkbildung, nicht-akademische Projekte sowie Forschungsunterstützung. Dem Tocqueville Forum waren im Berichtsjahr folgende Projekte zugeordnet:

- Maecenata Bibliothek
- Projekt Philanthropy.Insight
- Intensivseminare

Die üblicherweise im Tocqueville vorangetriebene Netzwerkbildung konnte im Berichtsjahr corona-bedingt nicht stattfinden. www.maecenata.eu/ueber-uns/tocqueville-forum

Maecenata Bibliothek

Die Bibliothek ist im deutschsprachigen Raum die größte transdisziplinäre Fachbibliothek zu den Themen Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement, Philanthropie, Stiftungen, NGOs, Social Entrepreneurship sowie Management und Strategieentwicklung im Non-Profit-Bereich. Sie steht der Öffentlichkeit in Freihandaufstellung zur Verfügung.

Geleitet wurde die Bibliothek unverändert von dem Wissenschaftlichen Dokumentar und Bibliothekar Bernhard Matzak, der Studierende und Forschende sowie Praktikerinnen und Praktiker mit den Ressourcen der Bibliothek bei ihren Seminar-, Abschlussarbeiten, Forschungsvorhaben und Praxisfragen unterstützt. Der Bestandsaufbau wurde auch 2021 weiter durch die Quelle Innovationsstiftung ermöglicht.

Die Bibliothek erhielt Bücherspenden und Materialiensammlungen von Privatpersonen und Organisationen. Eine Neuausrichtung des Erwerbungsprofils soll die Bibliothek weiterhin für eine breite Zielgruppe im Non-Profit-Bereich interessant machen. Um aktuelle Entwicklungen abzubilden, erfolgten verstärkt Schwerpunkterwerbungen in schwach abgebildeten Bereichen wie z.B. das Thema Vereinswesen. Die Sammelschwerpunkt Religion und Zivilgesellschaft und die Themen muslimische Wohltätigkeit, Digitalisierung und Zivilgesellschaft, Zukunft der Zivilgesellschaft oder Zukunftsforschung wurden weiter ergänzt und ausgebaut. Der Sammelbereich Humanitäre Hilfe wurde nach dem Ausscheiden des Centre for Humanitarian Action aus der Trägerschaft der Maecenata Stiftung ergänzt.

Die Arbeit des Maecenata Instituts unterstützte die Bibliothek mit der Recherche und Beschaffung von Literatur. Die Bibliografie zum Thema Shrinking Space for Civil Society wurde weitergeführt. Eine umfangreiche Bibliographie für eine Publikation zur Organisationsform Stiftung mit international vergleichender Perspektive für Europa, Osteuropa, USA sowie den arabischen Raum wurde begonnen. Es handelt sich u.a. um eine Kooperation mit Dr. Tobias Jung (University of St. Andrews), Dr. Thomas Adam (University of Arkansas) und Dr. Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut). Alle Bibliographien werden mit dem Literaturverwaltungsprogramm Citavi erstellt.

Damit werden PDFs und viele zusätzliche Informationen gespeichert, die somit als Wissensbasis für die zukünftige Forschungstätigkeit auch externen NutzerInnen zur Verfügung stehen. Elektronische Publikationen aus dem Internet (PDF) werden für den dauerhaften Zugriff über den Onlinekatalog der Bibliothek gespeichert.

Über den Online-Katalog der Bibliothek (OPAC) ist der Bestand online recherchierbar und mit Links zu elektronischen Ressourcen angereichert. Ebenso ist der Bestand im Katalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV), im Regionalkatalog Berlin/Brandenburg des GBV, und im Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) recherchierbar. Im Bibliothekenführer des Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg KOBV ist die Maecenata Bibliothek nachgewiesen und recherchierbar. Darüber hinaus ist die Bibliothek mit Hochschulen, Instituten, Forschungsstellen, Initiativen und Fachinformationseinrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene vernetzt.

Am 31. Dezember 2021 umfasste die Bibliothek 16.075 Datensätze im Bibliothekskatalog. Nach Abzug von Datensätzen für mehrbändige Werke, Schriftenreihen, Aufsätzen und elektronischer Ressourcen umfasst der Bestand insgesamt 14.276 physische Medieneinheiten. Die Maecenata Bibliothek ist die einzige Bibliothek in Deutschland, die für ihre Sammelbereiche so umfangreich Aufsätze in Monografien, mehrbändigen Werken, Schriftenreihen und Zeitschriften katalogisiert. Bisher sind dies 2.629 Aufsätze. >> Zur Website der Bibliothek gelangen Sie hier

Netzwerkpartner der Maecenata Bibliothek

Die Maecenata Bibliothek kooperierte bei ihrer Informationsarbeit und Forschungsunterstützung u. a. mit folgenden Bibliotheken und Organisationen:

- Academia.edu,
- Akkon Hochschule, Berlin,
- Ben-Gurion University of the Negev: Israeli Center for Third Sector Research, Be'er Sheva, Israel,
- Brot für die Welt, Berlin,
- Bucerius Law School, Hengeler Mueller-Bibliothek,
- Deutsches Institut für Menschenrechte: Bibliothek,
- Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI),
- European Foundation Centre, Brüssel, Virtual Library,
- Evangelische Hochschule Freiburg, Bibliothek,
- Foundation Center, New York,
- International Society for Third Sector Research, Baltimore,
- Hertie School of Governance, Berlin, Bibliothek,
- Johns Hopkins University, Institute for Policy Studies, Center for Civil Society Studies, Baltimore,
- Transparency International Deutschland, Berlin,
- Universität Basel, Centre for Philanthropy Studies (CEPS),
- WINGS - Worldwide Initiatives For Grantmaker Support, Sao Paolo,
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin: Bibliothek.

Philanthropy.Insight

Die Verortung philanthropischen Handelns jenseits des Impact-Paradigmas, um eine vertrauensbasierte, besser definierte und verantwortungsvollere Rolle der Philanthropie innerhalb der Zivilgesellschaft zu erarbeiten, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Das Philanthropy.Insight-Projekt wurde vom Tocqueville Forum der Maecenata-Stiftung ausgerichtet und erhielt Unterstützung durch den Carnegie UK Trust sowie die Fundação Calouste Gulbenkian.

Veranstaltungen (Auswahl)

PEX Forum, März 2021
Während des europäischen PEX Forums im März 2021 veranstalteten wir in Kooperation mit Carnegie UK und Mercator Schweiz die englischsprachige Online-Veranstaltung: „Navigating Change: Implications for Trust in Philanthropy". Dort wurde intensiv über Vertrauensbildung innerhalb philanthropischer Institutionen diskutiert. Grundlage dafür war das Philanthropy.Insight Assessment Tool (ein anwendungsorientierter Handlungsleitfaden der Philanthropy.Insight-Kriterien, um handlungsbereite Stifter noch besser bei ihrer Vertrauensarbeit zu unterstützen). Ein Video der Veranstaltung können Sie auf unserem YouTube-Kanal sehen.

EFC-Konferenz, Oktober 2021
In zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen gingen Dr. Rupert Strachwitz und Dr. Rolf Alter im Rahmen der EFC-Konferenz in Wien der Fragestellung nach, inwiefern Stiftungen einen nachhaltigen Wandel beschleunigen können. Thematisch ließ sich hierbei an kürzlich erschienene Publikationen im Kontext des Philanthropy.Insight Projekts anknüpfen. Zu nennen sind hier unter anderem Beiträge, die Vertrauen in den Mittelpunkt philanthropischen Handelns rücken (Philanthropy Impact Magazine, Dafne).
Anlässlich des Netzwerktreffens der PEXCommunity zum Thema collaboration bot sich Timo Unger – ebenfalls im Oktober – die Gelegenheit, Bezüge zu einer weiteren Philanthropy.Insight-Veröffentlichung herzustellen. Letztere widmet sich insbesondere den Chancen und Herausforderungen sektorenübergreifender Kooperationen zwischen Stiftungen und etwaigen Partnern, denen – wie in SDG17 Strategische Partnerschaften vorgesehen – das Potential zugestanden wird, nachhaltige Transformationsprozesse anzustoßen. (Oxford University Press).

Publikationen

Im Berichtsjahr erschienen drei externe Publikationen zum Thema:

- Alter, R./ Unger, T. (2021): A multidimensional concept of trust for philanthropic organizations: Propositions in light of the SDGs. In: Philanthropy Impact Magazine 25: London.

- Alter, R./ Unger, T. (2021): Vertrauen in der Praxis der Philanthropie. Dimensionen, Prinzipien und Erfahrungsaustausch als Lernprozess. In Stiftung&Sponsoring (2021). Rote Seiten.
- Alter, R. / Strachwitz, R.G./ Unger, T. (2021): Addressing Wicked Problems. Collaboration, Trust and the Role of Shared Principles at the Philanthropy Government Interface. 27 (10) Trusts&Trustees (Oxford University Press).
- Unger, T. (2021): The Means at Hand Trust-driven practice strengthens the value-base of philanthropic organisation. In: Philea News (online), July 15, 2021.

Intensivseminare

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden im Berichtsjahr die Intensivseminare zu den Themen Zivilgesellschaft und Stiftungswesen weiterhin im seit 2020 coronabedingt bestehenden Format – zweistündige Online-Veranstaltung mit vorausgehenden Materialien zum Selbststudium – erfolgreich durchgeführt.

Zielgruppen waren insbesondere jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende von Stiftungen, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Behörden, Stifterinnen und Stifter, Studierende aller Fachrichtungen, Journalistinnen und Journalisten sowie Neugierige jeder Art. Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen ging es in den Seminaren auch um die Klärung spezifischer Fragen der Teilnehmenden. Der sonst sehr geschätzte Austausch zwischen den Teilnehmern war corona-bedingt nur sehr eingeschränkt möglich.

Das Intensivseminar Stiftungswesen wurde im Berichtsjahr am 12. April, 14. Juni und 06. Dezember online durchgeführt.

Das Intensivseminar Zivilgesellschaft wurde im Berichtsjahr am 08. Februar, 21. Juni und 29. November online durchgeführt. >> Zu den kommenden Intensivseminaren

VII. Centre for Humanitarian Action (CHA)

Seit dem 01. Juli 2021 gehört das vor drei Jahren eröffnete Centre for Humanitarian Action (CHA) nicht mehr zur Maecenata Stiftung. Die Stiftung und die drei weiteren Träger des CHA Caritas international, Diakonie Katastrophenhilfe und Ärzte ohne Grenzen haben ihren Vertrag über den gemeinsamen Aufbau eines deutschen Think Tanks zur humanitären Hilfe nach dem Ende einer ersten Aufbauphase nicht verlängert. Die Arbeit des CHA wird im Rahmen eines neu gegründeten Vereins fortgesetzt. Die Stiftung will sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben als Denkwerkstatt zur Zivilgesellschaft mit ausgeprägter internationaler Ausrichtung konzentrieren, wird aber das Thema der zivilgesellschaftlichen Prägung der humanitären Hilfe nicht aus den Augen verlieren.

Im Berichtsjahr arbeitete das CHA intensiv an seinen drei Schwerpunkten

- Analyse und Reflexion,
- Debatte und Policy Engagement,
- Vermittlung.

Die Projektaktivitäten des CHA konzentrierten sich auf die im zuvor partizipativ erarbeiteten Arbeitsprogramm „CHA Project Outlines 2019-2021“ festgelegten Schwerpunkte:

1. Humanitäre Policy- und Strategiefähigkeit deutscher Akteur:innen
2. Der Humanitarian-Development-Peace Nexus (Triple Nexus) in der Praxis
3. Shrinking Humanitarian Space im Globalen Süden und in Europa

Zudem beschäftigte sich das CHA seit Beginn 2021 mit dem Thema „Grand Bargain“ und der Bilanz des fünfjährigen Reformprojekts zum Wandel der humanitären Hilfe.
Bedingt durch die Corona-Pandemie fanden Veranstaltungen weiterhin überwiegend digital statt. Auch inhaltlich wurde sich mit dem Thema Covid-19 und seinen Auswirkungen im Globalen Süden beschäftigt.
Bis zu seinem Ausscheiden im Sommer hat das CHA in 2021 sechs Veranstaltungen ausgerichtet, war an fünf weiteren als Input-Geber beteiligt und hat, sechs Publikationen, acht Blogbeiträge, vier Podcasts und acht externe Medienbeiträge veröffentlicht und platziert. Der CHA-Newsletter wurde sechs Mal versendet.

Veranstaltungen 2021

10 Jahre Syrienkrise – Zeit für einen neuen Ansatz?, 11.03.2021
Anlässlich des 10. Jahrestages des Syrienkriegs hat das Centre for Humanitarian Action (CHA) das Event „10 Jahre Syrienkrise – Zeit für einen neuen Ansatz?“ veranstaltet. CHA-Direktor Ralf Südhoff diskutierte das Thema mit hochkarätigen Gästen.

Anti-Rassismus in Hilfsorganisationen denken und umsetzen, 15.03.2021
Das Centre for Humanitarian Action (CHA) lud im Rahmen des neu geschaffenen Anti-Rassismus-Forums (ARA) Teilnehmende aus deutschen Hilfsorganisationen ein, in einer vom Zentrum für soziale Inklusion, Migration und Teilhabe (ZSIMT) moderierten Reflektionsveranstaltung gemeinsam über Rassismus in der humanitären Hilfe zu diskutieren.

Hunger Ward – 6 Jahre Krieg im Jemen, 25.03.2021
Im Jemen herrscht die schlimmste humanitäre Krise der Welt. Anlässlich des Jahrestages am 26. März zeigte das Human Rights Film Festival Berlin gemeinsam mit Aktion gegen den Hunger und dem CHA den Dokumentarfilm „Hunger Ward“ und lud zu einer Podiumsdiskussion, moderiert von Andrea Steinke, zur aktuellen Lage ein.

Advocacy-Strategien zur Auswirkung von Anti-Terror-Maßnahmen, 06.05.2021
Humanity & Inclusion und das CHA luden zu einem Runden Tisch ein, um sich zum Thema gemeinsamer Advocacy-Strategien zu humanitären Auswirkungen von Anti-Terror-Maßnahmen auszutauschen.

CHA-Jahreskonferenz: Fünf Jahre Grand Bargain – Zeit für einen Neustart humanitärer Reform?
Am 11. und 12. Mai 2021 widmete sich das CHA in seiner Jahreskonferenz der Zukunft des Grand Bargain. In einer Reihe von virtuellen Diskussionsformaten wurden die wichtigsten Bereiche einer möglichen Zukunft des Grand Bargain thematisiert. Dazu gehörten: Reform der humanitären Hilfe und die Diskussion über die Notwendigkeit eines Neustarts, Lokalisierung und die Diskussion über die neue Rolle von INGOs und Vermittler:innen bei lokal geleiteter humanitärer Hilfe, Finanzierung der humanitären Hilfe und die Betrachtung des Paradox der Geber:innen als Motor und Hemmnis der Reformen.

Towards a Nexus That Works? Joining Forces in Protracted Conflicts, 17.06.2021
Das CHA und das IKRK haben am 17. Juni 2021 ein Online-Event zum Thema Wasser- und Sanitätsversorgung in Krisenkontexten mit Verknüpfungen zum Humanitarian-Development-Peace Nexus veranstaltet.

Veranstaltungen mit CHA-Input

Die (Re-)Konstruktion der Welt, 12.02.2021
Im Februar 2021 organisierte medico international die Online-Konferenz „(Re-) Konstruktion der Welt“. Die Konferenz versammelte vom 12. bis 14. Februar 2021 Sprecher:innen buchstäblich aus aller Welt und fand mit bis zu 8.000 Teilnehmer:innen eine ungewöhnlich große Publikumsresonanz. CHA-Mitarbeiterin Andrea Steinke moderierte das Auftakt-Panel zum Thema „Der Fall Haiti - Von der haitianischen Revolution und ihrem Verschwinden aus der Idee von Universalität – Betrachtungen über ein Zerstörungswerk“.

GIZ Brown Bag Lunch, 17.02.2021
Wie dem Kompetenz- und Kapazitätsmangel deutscher humanitärer Hilfe auf öffentlicher und ziviler Seite begegnen? Die GIZ Repräsentanz lud Ralf Südhoff zu dieser Fragestellung zu ihrem Brown Bag Lunch am 17. Februar 2021 ein.

Bundestagsanhörung zum Jubiläum des World Humanitarian Summits, 03.03.2021
Das CHA war als Experte zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in den Bundestag geladen. Thema der CHA-Stellungnahme: 5 Jahre Grand Bargain.

Humanitarian Leadership Conference, 29.04.2021
CHA-Mitarbeiterin Darina Pellowska war als Referentin zur Humanitarian Leadership Conference eingeladen, die am 28. und 29. April 2021 stattfindet. Am 29. April 2021 um stellt sie dort das Thema Managing Localisation vor.

12. Fachgespräch 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention, 14.06.2021
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und UNHCR luden zu einem Fachgespräch zum 70-jährigen Bestehen der Genfer Flüchtlingskonvention ein. Fachgespräch: 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention – wo stehen wir bei der internationalen Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz? CHA-Direktor Ralf Südhoff moderierte die Veranstaltung.

CHA im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe
Seit Januar 2021 ist das Centre for Humanitarian Action (CHA) zudem offiziell Gastmitglied im Ko-ordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe (KoA). Der KoA hat einen Antrag auf Mitgliedschaft seitens des CHA im Oktober 2020 angenommen. Begründung: Die Rolle des CHA als deutscher Think Tank und seine besondere humanitäre Expertise. Der Koordinierungsaus-schuss Humanitäre Hilfe (KoA) ist das Gesprächs- und Abstimmungsforum zwischen der Bundesregierung, Nichtregierungsorganisationen sowie weiteren Institutionen mit Bezug zur humanitären Hilfe. Seit seinem Gründungsjahr 1994 tritt der Ausschuss regelmäßig zusammen. Ziel des in Europa bislang einmaligen Austauschformates zwischen Regierung und Zivilgesellschaft ist die Verbesserung humanitärer Hilfe. Gastmitglieder des KoA haben kein Stimmrecht, können die Debatten allerdings maßgeblich mitgestalten.

Am 3. März 2021 wurde das CHA als Gutachter zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in den deutschen Bundestag eingeladen. Thema der Anhörung war das Jubiläum des humanitären Weltgipfels und des Grand Bargains. Die Einladung erfolgte von Seiten der CDU/CSU, weitere Teilnehmende waren unter anderem die Deutsche Welthungerhilfe, Ärzte ohne Grenzen, UNHCR, das World Food Programme (WFP) und das NGO-Netzwerk VOICE**.**

VIII. MENA Study Centre

Das MENA Study Centre wurde als kleine, im Rahmen der Maecenata Stiftung operierende Arbeitseinheit im Februar 2019 gegründet. Es unterstützt die Programme und Aktivitäten der Stiftung, die die Region Nah- und Mittelost (Middle East North Africa = MENA) sowie darüber hinaus den islamischen Raum zum Gegenstand haben, und trägt durch eigene Aktivitäten zum interkulturellen Dialog bei. In der Arbeit des MENA Study Centre wird Aspekten der Zivilgesellschaft und der Rolle ihrer Akteure besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Geleitet wird es von dem Orientalisten Prof. Dr. Udo Steinbach.

European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution

Das Projekt, dessen akademischer Kern in einem interdisziplinären, transnationalen und multireligiösen Promotionskolleg liegt, knüpft an eine Initiative des Wasatia Graduate Institute in Jerusalem an, wo auf zivilgesellschaftlicher Grundlage ein israelisch-palästinensisches Bildungsprogramm implementiert worden ist. Durch die Ausbildung von kompetenten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in ihrer Rolle als Vermittlerinnen und Vermittler eine Brücke zwischen der theoretischen Reflexion von Konfliktlösungsstrategien und ihrer realpolitischen Umsetzung schlagen, soll ein Versöhnungsprozess in Palästina initiiert werden. Die akademische Weiterentwicklung des Projektes liegt in den Händen von Professor Dr. Ralf Wüstenberg an der Europa-Universität Flensburg und Dr. Udo Steinbach (MENA Study Centre). Für die politisch-zivilgesellschaftliche Dimension des Vorhabens ist das MENA Study Centre der Maecenata Stiftung als Projektpartner zuständig.
Im Berichtsjahr haben die intensiven Bemühungen um die finanzielle Förderung einen ersten Erfolg gezeitigt: Das BMBF übernahm die Personalkosten für eine israelisch-palästinensische Wissenschaftlerin an der Universität Flensburg über einen Zeitraum von drei Jahren übernehmen. Dr. Zeina Barakat koordiniert seither im Wesentlichen den Studiengang in seinen unterschiedlichen inhaltlichen Disziplinen.

Trotz der Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Stipendien seitens Stiftungen, des DAAD oder anderer öffentlicher Institutionen konnten rund ein Dutzend Stipendiat:innen aus Palästina, Israel, Albanien, Nordirland und Südafrika gewonnen werden, den Studiengang, für den die Universität Flensburg ein eindrucksvolles Auf- und Angebot an Lehrenden und Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, zu absolvieren. Im Sommersemester 2022 schließlich nahm das Kolleg seine Arbeit auf.

Am 04. November wurde es in Flensburg feierlich vor einem großen Publikum von Student:innen der Europa-Universität eröffnet. Der Präsident der Universität, die Dekane der einschlägigen Fakultäten, der Landesbischof der lutherischen Kirche Schleswig-Holstein sowie der Vorsitzende und schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, übermittelten Grußworte. Udo Steinbach hielt den Festvortrag, in dem er das Wasatia-Projekt in den Kontext eines „neuen Nahen Ostens“ stellte. „Versöhnung“ als die zentrale Dimen-

sion des Graduiertenkollegs werde auch jenseits des palästinensisch-israelischen Verhältnisses die Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen in dieser Konfliktregion sein. In den folgenden Tagen brachen die Stipendiaten zum Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald und der Gedenkstätte Berliner Mauer auf. Nach ihrer Rückkehr stellten die Stipendiaten ihre Projekte einander zur kritischen Stellungnahme vor.

Am 09. November folgte zudem ein Festakt in der Katholischen Akademie Berlin. Nach den Grußworten von Vertreter:innen, die in Wissenschaft und Politik mit dem Graduiertenkolleg befasst sind (für die Maecenata Stiftung sprach deren Vorsitzender Rupert Graf Strachwitz) hielt der frühere Vorsitzende der Lutherischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, den Festvortrag. Ausgehend von dem für Deutschland schicksalsschweren Datum des 9. November stellte dieser die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung für das Entstehen eins neuen Europas in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. >> Mehr Infos zur Wasatia School finden Sie hier

Eine eigene Schriftenreihe bei der wbg ist seit 2021 in Vorbereitung.

Veranstaltungen (Auswahl)

Dialogforum Karabach

Vor dem Hintergrund des jüngsten Karabach-Konflikts knüpfen Herr Dr. Steinbach, Frau Dr.Birgit Wetzel und Frau Prof. Dr. Eva-Maria Auch an ein Gesprächsformat an, das vor etwa 8 Jahren begonnen, dann aber mangels Aktualität der Gesamtlage nicht mehr weiterverfolgt wurde.

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Deutschland eine besondere Rolle im Vermittlungsprozess spielen und einen auf langfristige Versöhnung ausgerichteten Trialog stiften kann. Im Mittelpunkt stand ein Treffen von Vertretern unterschiedlicher Berufsgruppen aus Armenien und Aserbaidschan, die in Berlin mit Hilfe von Mediatoren ihre interethnischen Erfahrungen vorstellten, gemeinsame Vorstellungen für ein Zusammenleben diskutierten und konkrete Vorschläge für erste Schritte einer Annäherung bzw. Kooperation entwickelten. Deutsche Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit (Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler) wirkten als Mentor:innen. Der Gang des Projekts vollzog sich in drei Schritten: (1) Sensibilisierung und Vorbereitung eines "empathischen Dialogs" (2) Trialog-Treffen von Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus Armenien/Aserbaidschan und Deutschland (3) Vorstellung der Ergebnisse vor einer breiteren Öffentlichkeit (ein gemeinsames Positionspapier wird für deutsche/europäische und nationale Entscheidungsträger ausgearbeitet).

Im Berichtszeitraum wurde auch die Antragstellung eines Projekts zum Thema „Dialogforum Karabach. Auf der Suche nach Brücken der armenisch-aserbaidschanischen Versöhnung“ vorbereitet. Welche diplomatischen Lösungsansätze auch künftig verfolgt werden – so werden diese doch nur im Kontext eines Prozesses der Versöhnung zwischen Armeniern und Aserbeidschanern tragfähig sein. Diese setzt nicht nur eine Dialogbereitschaft auf höchster politischer Ebene voraus, sondern muss in breiten Kreisen der Bevölkerung verankert werden. Die Herstellung eines dauerhaften Friedens verlangt sowohl unter Aserbeidschanern als auch Armeniern die schwierige und schmerzhafte Überwindung von Barrieren der (Wieder-) Annäherung. Das Projekt geht davon aus,

dass Deutschland als Mitglied der OSZE-Minsk-Gruppe eine besondere Rolle im Vermittlungsprozess spielen und einen auf langfristige Versöhnung ausgerichteten Trialog stiften kann; hat doch kaum ein anderes Land eine breitere Erfahrung in der Aufarbeitung von Vergangenheit als Voraussetzung für Annäherung und Versöhnung.

Projekt: Ergebnisse der Evaluierung der Programme der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in der Türkei

Die Maecenata Stiftung/ MENA Study Centre stellte im Mai/ Juni des Berichtjahres erfolgreich die Ergebnisse der Evaluierung der Türkei-Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung vor. Aufgrund der Coronapandemie geschah dies ausschließlich per Zoom. Die Evaluierung lag dabei vollumfänglich im Bereich der Auslandsstrategie der Stiftung insgesamt, d.h. der Förderung der Menschenrechte, der offenen Gesellschaft und der Rechtstaatlichkeit. Die befragten Partnerorganisationen, vornehmlich aus den Bereichen Academia und Think Tanks, konnten sich insbesondere mit folgenden liberalen Werten und Prinzipien identifizieren: bürgerliche Rechte, Meinungs- und Pressefreiheit, Schutz der Menschenrechte, gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Ausbildung und Wohlstand, freier Wettbewerb sowie Toleranz gegenüber Religionen, Weltanschauungen und allen Formen des friedlichen Zusammenlebens. Dabei freilich ist in Betracht zu ziehen, dass der Liberalismus europäischer Spielart in der Türkei keine Tradition hat. So waren es tatsächlich nur zwei Partner, die eine liberale Weltanschauung vertraten. Bei der überwiegenden Mehrzahl handelte es sich um Organisationen, die einzelne Elemente liberaler Werte und Prinzipien, sei es aus marktwirtschaftlich- oder menschenrechts-liberaler Perspektive, verfolgen. Die Partner ihrerseits bewerteten die Kooperation überwiegend als sehr gut. Mitbedacht werden musste allerdings, dass angesichts der politischen Gesamtsituation in der Türkei auf Seiten der FNF und der Partner bzgl. der inhaltlichen Schwerpunktsetzung von Projekten Grenzen bestehen (rote Linien dürfen nicht überschritten werden).

Dichter in dürftiger Zeit? - Arabische Autor:innen in Deutschland

Im Rahmen der Berliner Stiftungswoche präsentierten die Maecenata Stiftung/MENA Study Centre und die Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft (DAFG) im April eine Online-Veranstaltung unter dem Titel "'Dichter in dürftiger Zeit'? - Arabische Autor:innen in Deutschland". Deutschland ist Heimat zahlreicher arabischer Intellektueller, Künstler und Schriftsteller geworden. Ihre Literatur macht einen Spagat: noch immer teilzuhaben am geistigen und politischen Leben in ihren Herkunftsländern, und zugleich sich in der deutschen Gesellschaft künstlerisch Gehör zu verschaffen. In einer Zeit, in der Einwanderung - nicht zuletzt aus arabischen Ländern - von gesellschaftlichen Spannungen begleitet ist, versuchen arabische Autor:innen eine Brücke zu bauen und zu einem für kulturelle Begegnung offenen Klima beizutragen. Die Moderation übernahm Dr. Steinbach, es sprachen Suleman Taufiq (Schriftsteller, Übersetzer und Herausgeber arabischer Literatur) und Stefan Weidner (Islamwissenschaftler, Schriftsteller und Übersetzer).

>> Lesen Sie hier den Veranstaltungsbericht oder sehen Sie sich den Video-Mitschnitt an

Formen Staaten Religionen?

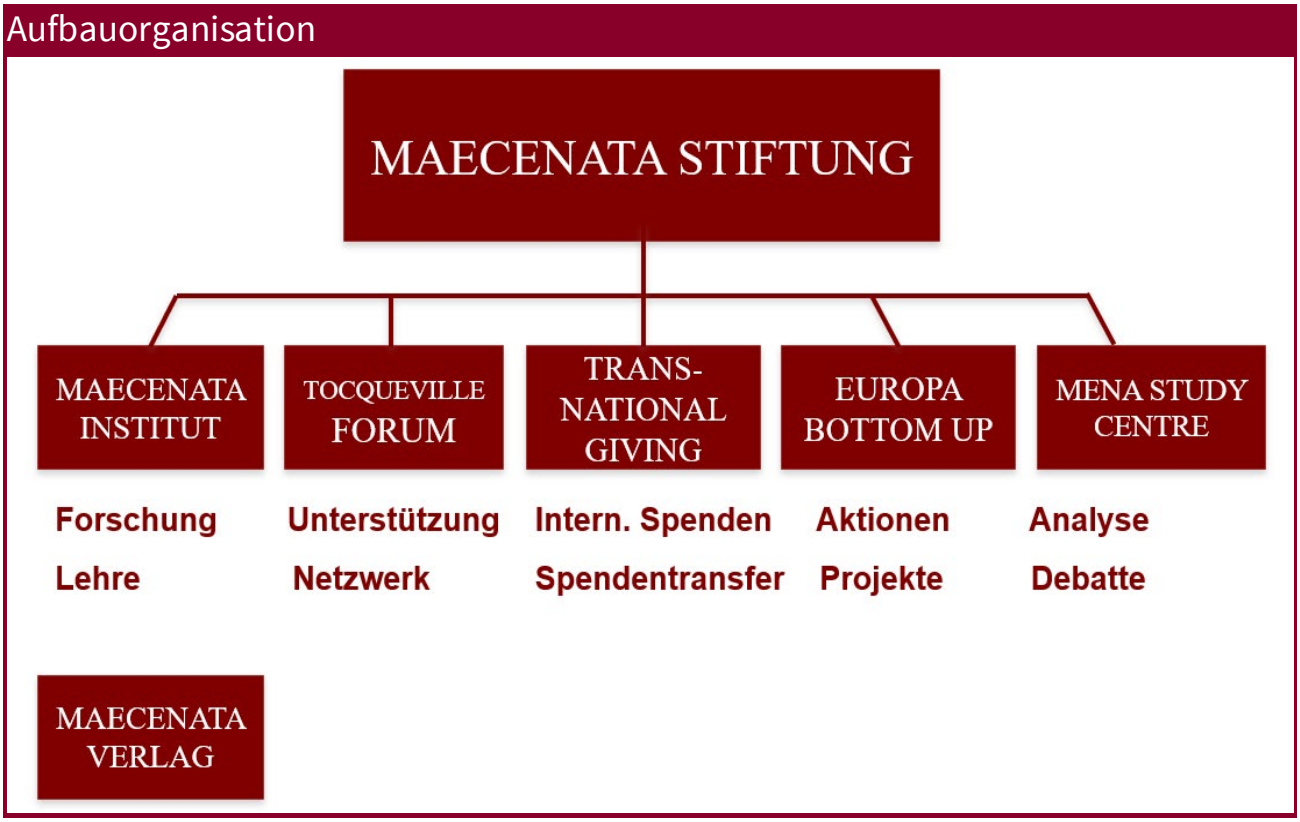
Am 2. November fand die 4. Kooperationsveranstaltung der Maecenata Stiftung mit der Gesellschaft zur Förderung des Zentrum Moderner Orient (ZMO) und der Katholischen Akademie in den Räumen der letzteren statt. Sie stand unter dem Thema: “Formen Staaten Religionen? Zwischen theologischem Eigensinn und politischer Anpassung“. Die Vorträge kreisten um die Frage nach Religionspolitik als einer wechselseitigen Interaktion zwischen staatlichen und religiösen Akteuren. Dabei ging es um die Produktion religiösen Wissens, aber auch um überstaatliche Vernetzungen und um die Beziehungen zwischen verschiedenen Religionen. Fallbeispiele waren Nigeria, die Türkei sowie Erscheinungsformen des Islams in Deutschland.

Veröffentlichungen

- Urs Unkauf: Kasachstans Zivilgesellschaft im Aufbruch? Ein Rückblick auf das erste Jahr der Präsidentschaft von Kassym–Jomart Tokayev (Observatorium Nr. 44)

ANHANG

Aufbauorganisation



Gremien

Stiftungsrat

- Stefanie Wahl: seit 2012 - Vorsitzende seit 2018
- Victoria Weber: seit 2011
- Dr. Heike Kahl: seit 2019

Vorstand

- Dr. Rupert Graf Strachwitz: seit 2011
- Dr. Felix Weber: seit 2014

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- Jasmin Aksan, B.A.: Verantwortlich für die Kommunikation der Stiftung bis Oktober 2021
- Dr. Rolf Alter: Leiter des Projekts Philanthropy.Insight (ehrenamtlich)
- Luisa Bonin, B.A.: Gastwissenschaftlerin und Bundeskanzlerstipendiatin
- Lara Brett, B.A.: studentische Mitarbeiterin im Bereich der Kommunikation seit Dezember 2021

- Finn Büttner, B.A.: studentischer Mitarbeiter im Programm TG bis Oktober 2021
- Marie-Catherine Freifrau v. Heereman, Ass.jur.: Justiziarin und Compliance-Beauftragte
- Sonja Hövelmann, M.A.: wissenschaftliche Mitarbeiterin im CHA bis Juli 2021
- Dr. Siri Hummel: wissenschaftliche Mitarbeiterin, Co-Direktorin im Maecenata Institut
- Christina Kümper, M.A.: seit Dezember 2021 Office Managerin und Mitarbeiterin im Programm TG
- Bernhard Matzak, M.A., Wiss. Dok.: Leiter der Maecenata Bibliothek
- Goda Milasiute, B.A.: Forschungsassistentin im CHA bis Juli 2021
- Nomin-Erdene Nyamsambuu, B.A.: studentische Mitarbeiterin im Bereich Kommunikation bis Juli 2021
- Philip Pankow, B.A..: studentischer Mitarbeiter im Programm TG seit September 2021
- Darina Pellowska, M.A.: wissenschaftliche Mitarbeiterin im CHA bis Juli 2021
- Laura Pfirter, M.A.: studentische Mitarbeiterin im Maecenata Institut, seit Mai 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut
- Dr. sc. oec. Eckhard Priller: wissenschaftlicher Koordinator im Maecenata Institut (ehrenamtlich)
- Arvid Radsey, B.A.: Forschungsassistent im CHA bis Juli 2021
- Marie Christine Schwager M.A.: Geschäftsführerin und Leitung des Programms TG
- Malte Schrader, M.A.: wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut
- Christian Schreier, M.A.: Geschäftsführer und Leiter des Programms TG bis Februar 2021
- Marianne Sievers, B.A.: studentische Mitarbeiterin in der Kommunikation Juli-Oktober 2021, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seit November 2021
- Prof. Dr. Udo Steinbach: Leiter des MENA Study Centre (ehrenamtlich)
- Dr. Andrea Steinke: wissenschaftliche Mitarbeiterin im CHA bis Juli 2021
- Dr. Rupert Graf Strachwitz: Vorstand und Direktor des Maecenata Instituts
- Ralf Südhoff, M.A.: Direktor des CHA bis Juli 2021
- Timo Unger, M.A.: studentischer Mitarbeiter im Projekt Philanthropy.Insight bis 31.12.2021
- Lena Wallach M.A.: Kommunikationsreferentin im CHA bis Juli 2021
- Marielena Witthöft, B.A.: studentische Mitarbeiterin im Bereich Kommunikation bis August 2021

Fellows des Maecenata Instituts

- Prof. Dr. Thomas Adam: University of Texas at Arlington; seit 2012
- Prof. Dr. Frank Adloff: Universität Hamburg; seit 2012
- Dr. Elke Bojarra-Becker: Deutsches Institut für Urbanistik; seit 2012
- Dr. Marwa El-Daly: American University Cairo; seit 2012
- Thomas Ebermann, Dipl. Kfm.: Geschäftsführer Gutes Stiften GmbH; seit 2012
- Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber: Hochschule Rhein-Waal; seit 2010
- Dr. Philipp Hoelscher: Phineo gemeinnützige AG; seit 2006
- PD Dr. Ansgar Klein: Geschäftsführer des BBE; seit 2011

- Sabine Reimer, Dipl.-Soz.: Stiftung der Deutschen Wirtschaft; seit 2006
- Susanne Rindt, M.A.: Arbeiterwohlfahrt; seit 2006
- Dr. Rainer Sprengel: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement; seit 2006
- Prof. Dr. Stefan Toepler: George Mason University; seit 1997

Mitgliedschaften und Netzwerke

Die Stiftung legt Wert darauf, kollegial mit Gleichgesinnten zusammenzuarbeiten. Sie ist daher Mitglied in mehreren Vereinigungen und ist über ihre Mitarbeitenden Teil von zahlreichen Netzwerken; außerdem sind Mitarbeitende in zahlreichen Gremien aktiv.

Hervorzuheben sind u.a.:

- die Mitwirkung im **Beirat des Bündnisses für Gemeinnützigkeit**, des Netzwerks der Spitzenverbände der deutschen Zivilgesellschaft. Die Klausurtagung fand im Januar 2021 pandemiebedingt online statt. Auch weitere Sitzungen konnten nur online stattfinden.
- die Mitwirkung im **Trägerkreis der Initiative Transparente Zivilgesellschaft**, der niedrigschwelligen Möglichkeit für zivilgesellschaftliche Organisationen, ihre Transparenz zu demonstrieren.
- das **Wasatia-Graduiertenkolleg** an der Universität Flensburg. In Kooperation mit der Universität Cambridge und dem Wasatia Graduate Institute in Jersualem (wasatia arab. für Ausgleich, Verständigung; in Jerusalem zivilgesellschaftlich als israelisch-palästinensisches Bildungsprogramm bereits implementiert) entstand die trilaterale Wasatia-Graduiertenschule. Sie ist einzigartig in der deutschen Universitätslandschaft – sowohl thematisch als auch methodisch. Im November 2021 wurde schließlich die European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution feierlich in Flensburg eröffnet. Eine Feier in der Katholischen Akademie in Berlin folgte. Ziel der European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution ist es, die europäische Perspektive auf Frieden und Versöhnung zu stärken und die Bildung inneruniversitärer Exzellenzcluster zu fördern. Dazu kooperiert sie an der Universität Flensburg mit dem Interdisciplinary Centre for European Studies (ICES).

>> Das gesamte Netzwerk finden Sie auf unserer Website.

Mitgliedschaften und Netzwerke im Einzelnen

Maecenata Stiftung
Mitgliedschaft in Vereinigungen

- International Society for Third Sector Research
- CIVICUS (assoziiertes Mitglied)
- European Foundation Centre
- Europäische Bewegung Deutschland

- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Bundesverband Deutscher Stiftungen
- Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung

Mitgliedschaft in Netzwerken

- Transnational Giving Europe Network
- PEX Network (DAFNE)
- Stiftungsnetzwerk Die engagierten Europäer

Rupert Graf Strachwitz
Mitgliedschaft in Vereinigungen

- British Institute of International Affairs (Chatham House)
- Deutsch-Italienisches Zentrum für den europäischen Dialog Villa Vigoni
- Royal Society of Arts (Fellow)
- Europa Nostra
- Förderverein Zivilgesellschaftsforschung
- Institut für Protest- und Bewegungsforschung
- EUConsult
- Förderverein Zivilgesellschaftsforschung

Mitgliedschaft in Netzwerken

- Associate, Centre for the Study of Philanthropy and the Public Good, University of St. Andrews
- Zivilgesellschaftl. Koordinierungsnetzwerk AMLCFT / FATF

Mitgliedschaft in Gremien

- Vorstand der Deutsch-Britischen Gesellschaft (stv. Vors.)
- Fachausschuss Europa/Internationales des Deutschen Kulturrates
- Beirat des Bündnisses für Gemeinnützigkeit
- Trägerkreis der Inititiative Transparente Zivilgesellschaft
- Stiftungsrat der Stiftung Fliege (Vors.)
- Kuratorium der Stiftung Hilfsverein Nymphenburg
- Gesellschafterversammlung der Humboldt-Viadrina Governance Plattform

Dr. Eckhard Priller
Mitgliedschaft in Vereinigungen

- Förderverein Zivilgesellschaftsforschung

Mitgliedschaft in Gremien

- Beirat des Freiwilligensurveys 2019

Dr. Rolf Alter
Mitgliedschaft in Gremien

- Senior Fellow, Hertie School of Governance
- Member of the Advisory Board , Global Risks Report, World Economic Forum
- Member of the Governance Board, Policy Scotland, University of Glasgow
- Member of the Sounding Board, GOV Lab Austria

Prof. Dr. Udo Steinbach
Mitgliedschaften in Vereinigungen

- Deutsch-Türkische Gesellschaft
- Deutsch-Omanische Gesellschaft
- Deutsch-Arabische Gesellschaft
- Deutsch-Iranische Gesellschaft
- Förderkreis des Zentrum Moderner Orient (ZMO)

Mitgliedschaft in Netzwerken

- Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern, Mitbegründer,
- Netzwerk Tawila, Mitbegründer
- Freunde des Islamischen Museums

Mitgliedschaft in Gremien

- Beirat des Istituto Affari Internazionali (IAI), Rom
- Kuratorium der Eberhard-Schultz-Stiftung für die sozialen Menschenrechte
- Beirat der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient für gegenwartsbezogene Forschung und Dokumentation (DAVO)
- Vorstand der Ernst-Klingmüller-Stiftung
- Kuratorium der Candid Stiftung
- Beirat von „Das arabische Kulturhaus, Diwan‘“
- Kuratorium von „Das arabische Haus‘“ Nürnberg
- Vorstand der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft
- Vorstand des Deutsch-Aserbaidschanischen Forum
- Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Marie-Catherine Freifrau v. Heereman
Mitgliedschaft in Vereinigungen

- Caritasverband im Erzbistum Berlin
- Malteser-Hilfsdienst

Malte Schrader
Mitgliedschaft in Vereinigungen

- Hope Projekt – Lebenshilfe für notleidende Menschen in Indien e.V.
- CATDOG e.V.

Mitgliedschaft in Gremien

- Ethikrat des Inayatiyya Deutschland e.V.

Förderpartner

Die Stiftung erhält unverändert in hohem Maße zweckgebundene Spenden im Rahmen ihres Programms Transnational Giving (s.u.). Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur ca. 1% hiervon der Stiftung für ihre eigenen Aufgaben zur Verfügung steht. Sie ist für ihre Projekte zwingend auf Fördermittel angewiesen, die ihr von Förderpartnern zur Verfügung gestellt werden.

Im Berichtsjahr waren dies u.a.:

- Ärzte ohne Grenzen Deutschland
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat
- Deutscher Kulturrat e.V.
- Deutscher Caritasverband
- Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt
- Diakonie Katastrophenhilfe
- Förderverein Zivilgesellschaftsforschung
- Fundação Calouste Gulbenkian
- Islamic Relief Deutschland
- Porticus
- Quelle Innovationsstiftung
- Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern

Untervermietung der Büroräume

Im Berichtsjahr waren folgende Organisationen Untermieter der Maecenata Stiftung:

- WiderSense gGmbH
- Institut für Protest- und Bewegungsforschung e.V.

Sozialbilanz

Der Jahresbericht 2021 soll erstmals auch Ansätze einer Sozialbilanz enthalten. Hierfür gibt es in Deutschland keine verbindlichen Vorgaben. Die Stiftung berichtet daher im folgenden zum einen über ihre Mitarbeiterstruktur, insbesondere mit Blick auf Diversität, zum anderen über die im Berichtsjahr durch entsprechende Beschlussfassung des Stiftungsrats abgeschlossene Erarbeitung eines Compliance-Regelwerks. Um die Zusammenhänge deutlich zu machen, beschränkt sich die Berichterstattung nicht auf das Berichtsjahr.

1. Mitarbeiterstruktur

In den letzten Jahren waren bzw. sind bei uns Mitarbeitende, Studierende, Gastwissenschaftlerinnen, Fellows etc. mit folgenden Nationalitäten tätig:

- Armenien
- Belarus
- Brasilien
- Deutschland
- Gibraltar
- Großbritannien
- Marokko
- Mongolei
- Neuseeland
- Schweiz
- Türkei
- Ukraine
- Ungarn
- USA

Zum Stichtag 31. Dezember 2021 waren für die Stiftung tätig:

20 Mitarbeitende insgesamt (11 Frauen, 9 Männer)
Davon: 4 ehrenamtliche Mitarbeitende in Stiftungsorganen
1 hauptamtlicher Mitarbeitender in einem Stiftungsorgan
3 weitere ehrenamtliche Mitarbeitende
9 weitere hauptamtliche Mitarbeitende (davon 7 in Teilzeit)
2 studentische Mitarbeitende
1 weitere Mitarbeitende (Stipendiaten, Praktikantinnen & c.)
Davon: 1 Schwerbehinderter

2. Compliance-Regelwerk

Folgende Compliance-Regeln erhielten bis 31. Dezember 2021 Gültigkeit für die Stiftung und alle für sie tätigen Mitarbeitenden:

- Prinzipien der Stiftung
- Leitsätze für die Stiftungsarbeit
- Datenschutzordnung (Vollzug der Datenschutzgrundverordnung)
- Safeguarding-Richtlinie
- Grundsätze der wissenschaftlichen Praxis

Finanzbericht

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben 2021 (in Euro) *

Einnahmen	
Zweckgebundene Spenden (TG) - *freier Spendenanteil*	16.319.018,11 *486.654,04*
Projektgebundene Zuwendungen - *davon aus öffentlichen Mitteln*	219.416,58 *19.858,00*
Erlöse Geschäftsbetrieb	4.037,28
Einnahmen Seminare & Zweckbetrieb - *davon Honorare aus öffentlichen Mitteln*	7.510,00 *3.000,00*
Erträge Wertpapiere & Währungsumrechnung	50.338,04
Summe Einnahmen	**16.600.320,01**
Ausgaben	
Förderungen im In- und Ausland (TG)	14.861.553,17
Personalkosten	558.963,59
Projektkosten/Honorare	47.268,24
Objektkosten	81.432,31
Spendenverwaltung TG	394.834,73
Beratungs- und Prüfungskosten	14.593,73
Reisekosten	3.760,48
Beiträge/Versicherungen	12.132,00
Bibliothek/Fortbildung/Fachliteratur	7.290,43
Verwaltung allg.	38.535,56
Sonstige Ausgaben	10.154,67
Summe Ausgaben	**16.030.518,91**

* Diese Darstellung der Einnahmen und Ausgaben enthält keine Jahresabgrenzung. Der vollständige Jahresabschluss für das Jahr 2021 wird nach Abschluss der Prüfung durch den vom Stiftungsrat bestellten Wirtschaftsprüfer auf der Webseite der Stiftung veröffentlicht.

Die engsten Partner

Förderverein Zivilgesellschaftsforschung

Der Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. (FVZF), gegründet 2006, ist mit dem Maecenata Institut eng verbunden. Er hatte im Berichtsjahr 44 Mitglieder.

Zu seinen Zielen gehören:

- die materielle und ideelle Förderung des Forschungscollegiums und die Sicherung seiner nationalen Reichweite (z.B. durch Übernahme der Reisekosten / Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Durchführung und Moderation der Treffen)
- die Unterstützung weiterer Projekte des Instituts, z.B. Veranstaltungsreihen
- die Vergabe weiterer zur Verfügung stehender Mittel an Projekte qualifizierter Organisationen der Zivilgesellschaftsforschung

Im Berichtsjahr förderte der Verein vier Forschungscollegien. Am 25. März, 25. Juni, 23. Oktober und 17. Dezember fanden online Treffen statt. In der Online-Mitgliederversammlung am 15. Oktober stand der Austausch der Mitglieder im Vordergrund und ein neuer Vorstand nahm seine Arbeit auf. Neue Kommunikationsmittel, ein Websiterelaunch und ein neues Newsletterformat wurden auf den Weg gebracht sowie ein neues Veranstaltungsformat zu Berufsperspektiven diskutiert. Ein Veranstaltungsformat zu Berufsperspektiven in der Zivilgesellschaft wurde ins Leben gerufen. www.zivilgesellschaftsforschung.de

Quelle Innovationsstiftung

Die 2004 von der damaligen Quelle AG gegründete Quelle Innovationsstiftung ist seit 2013 mit der Maecenata Stiftung verbunden, weil satzungsgemäß die Organe der Maecenata Stiftung (Stiftungsrat und Vorstand) diese Funktion auch hier ausüben, ohne dass es hierzu einer gesonderten Bestellung bedarf. Die Stiftung ist seit 2016 eine Verbrauchsstiftung.
Die Tätigkeit der Stiftung konzentrierte sich im Berichtsjahr zum einen auf die Förderung der Zusammenarbeit der Maecenata Stiftung mit der Humboldt-Viadrina Governance Platform gGmbH (HVGP), indem sie seit 2014 im Rahmen eines Mission Investment deren Gesellschafter ist. Aus dem Stiftungskapital waren 2014 dafür 35.000 EUR freigegeben worden. Mit den vom Stiftungsrat der Quelle Innovationsstiftung bewilligten Mitteln in Höhe von 5.000 EUR wurde im Berichtsjahr die Maecenata Bibliothek gefördert.

Leitlinien

Die Maecenata Stiftung versteht sich als unabhängige Denkwerkstatt (Think Tank) für die Zivilgesellschaft.

Keimzelle der Stiftung ist das 1997 gegründete Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, das seinerseits aus der 1989 gegründeten, seit 2011 nicht mehr bestehenden Maecenata Management GmbH hervorgegangen ist. Das Maecenata Institut mit Sitz in Berlin, ursprünglich eine gemeinnützige GmbH, ist heute Teil der 2010 gegründeten Maecenata Stiftung, einer gemeinnützigen öffentlichen Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in München.

Das Thema Zivilgesellschaft ist heute von größerer Bedeutung denn je. Wir sind bereit und in der Lage, es zu bearbeiten. Wir halten insoweit die Aussage, die Welt befinde sich in einem grundlegenden disruptiven Neuordnungsprozess, und das Wort von der Entstaatlichung der Politik für richtig. Die Durchdringung aller gesellschaftlichen Prozesse und persönlichen Entwicklungen mit Kategorien des Marktes, insbesondere dem permanenten Wettbewerb und Gewinnstreben, betrachten wir kritisch. Wir halten Europa nach wie vor für das Projekt der Zukunft und die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft für unabdingbar.

Wir wollen eine offene, freiheitliche und pluralistische Gesellschaft:

- Wir wollen eine partizipative Bürgergesellschaft, in der Staat und Markt (*agents*) den Bürgerinnen und Bürgern als Herrinnen und Herren (*principals*) zu Diensten sind.
- Wir bekennen uns zu einer säkularen Weltgesellschaft, die der religiösen Rückbindung des Menschen Raum gibt und Respekt zollt.
- Wir wollen ein postnationales Europa, das von seinen Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut wird.
- Wir wollen über die Gestaltung von Demokratie neu nachdenken.
- Wir sind vom Wert einer starken deliberativen Demokratie überzeugt.
- Wir wollen eine Welt, in der Zivilgesellschaft, Staat und Markt ihre je besonderen Aufgaben wahrnehmen.
- Wir wollen, dass Zivilgesellschaft wegen ihres gesellschaftlichen Mehrwerts und nicht wegen kostengünstiger Dienstleistungen geschätzt wird.

Wir verfolgen vor allem einen demokratietheoretischen Ansatz:

- Wir verstehen *Zivilgesellschaft als lebendige Arena pro-aktiven Handelns* in der und für die Gesellschaft.

- Wir sehen *Zivilgesellschaft als Arena der Selbstermächtigung und Selbstorganisation* mit von den anderen Arenen unterscheidbarer gemeinsamer Handlungslogik trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Akteuren.

- Wir sehen *Zivilgesellschaft als primäre Arena freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements* mit hohem Stellenwert in der Gesellschaft.

- Wir sehen *Zivilgesellschaft als Sammelbegriff für Organisationen (vor allem Vereine und Stiftungen) und nicht-organisierte Kollektive*, die weder primär wirtschaftliche noch staatlich-hoheitliche Ziele verfolgen.

- Wir konzentrieren uns auf einen organisationsbezogenen und funktionalen Ansatz und nehmen in den Blick:

  - Gemeinschaftsbildungsaufgaben,
  - politische Mitgestaltungsaufgaben,
  - Wächteraufgaben,
  - Themenanwaltschaftsaufgaben,
  - Dienstleistungsaufgaben,
  - Selbsthilfeaufgaben,
  - Mittleraufgaben.

- Wir bekennen uns zu den *Werten einer guten Zivilgesellschaft*, lehnen aber eine Einengung der Begrifflichkeit auf normativ positiv bewertete Akteure ab.

- Wir wollen, dass *zivilgesellschaftliches Handeln nicht an Effekten (impact) gemessen*, sondern nach seiner Relevanz bewertet wird.

Wir verstehen uns als Teil der Zivilgesellschaft und als Denkwerkstatt für diese.

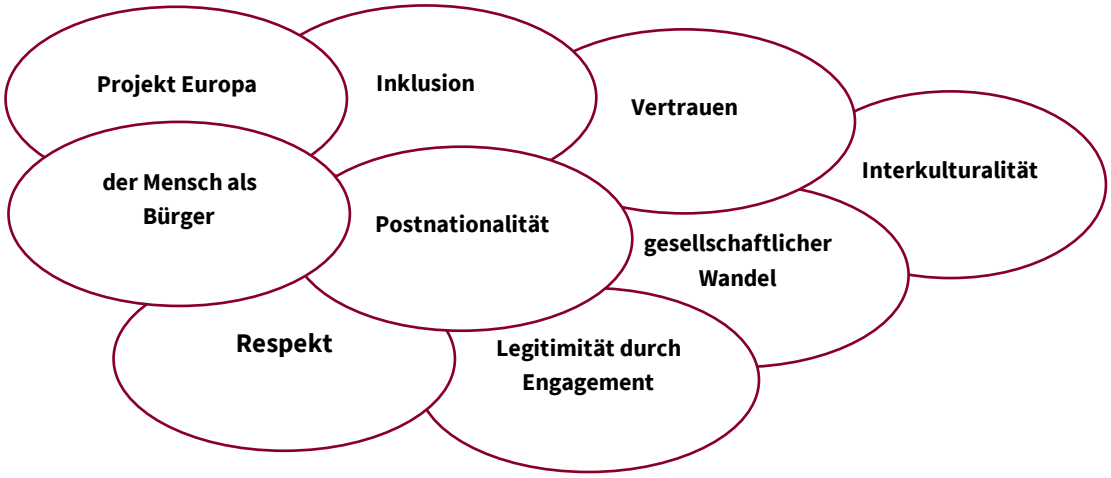
- Wir binden unsere Arbeit zurück an die in der *Satzung des Europarates* vom 5. Mai 1949 und zahlreichen anderen europäischen Dokumenten genannten Prinzipien der Menschen- und Bürgerrechte, der Demokratie, der Herrschaft des Rechts und der gemeinsamen kulturellen Werte.

- Wir arbeiten mit an der Umsetzung der am 1. Januar 2016 in Kraft getretenen *Social Development Goals der von der UN entwickelten Agenda 2030*, insbesondere der Ziele 16 und 17, aber halten einen Ausbau der Rolle der Zivilgesellschaft für notwendig.

- Wir bekennen uns zu der *Civic Charter*, dem von namhaften zivilgesellschaftlichen Organisationen im Oktober 2016 vorgestellten globalen Rahmen der Bürgerbeteiligung.

- Wir würdigen den *Wert des Handelns Einzelner* und akzeptieren insoweit die Herausbildung von verantwortungsbewussten Engagementeliten.

- Wir orientieren uns an **zentralen Begriffen** wie



- Wir sehen organisierte *Philanthropie* als integralen Teil der Zivilgesellschaft.

- Wir halten eine *verantwortliche und transparente Zivilgesellschaft* für notwendig.

- Wir leisten **Beiträge auf den Feldern, auf denen wir das können**:
  - durch *Erarbeitung von Grundlagen*,
  - durch *kritische Begleitung*,
  - durch *Mitgestaltung der res publica*,
  - durch *Stärkung der Zivilgesellschaft*,
  - durch *Beiträge zur Überwindung selbstreferentieller Systeme*,
  - durch *Dialog mit allen*, die dazu bereit sind,
  - Wir orientieren uns in unserer Forschung an *anerkannten Maßstäben der Wissenschaftlichkeit*, scheuen aber nicht den Begriff der Aktionsforschung.

- Wir verstehen uns als unabhängige, nicht interessengebundene *Politikberater*.

Wir engagieren uns für eine moderne, liberale und weltoffene Zivilgesellschaftspolitik.

- Wir wollen *interdisziplinär denken, forschen und handeln*.
- Wir engagieren uns für einen *inter- und transkulturellen Austausch*.
- Wir unterstützen die *Zivilgesellschaft weltweit* durch konkrete Leistungen.

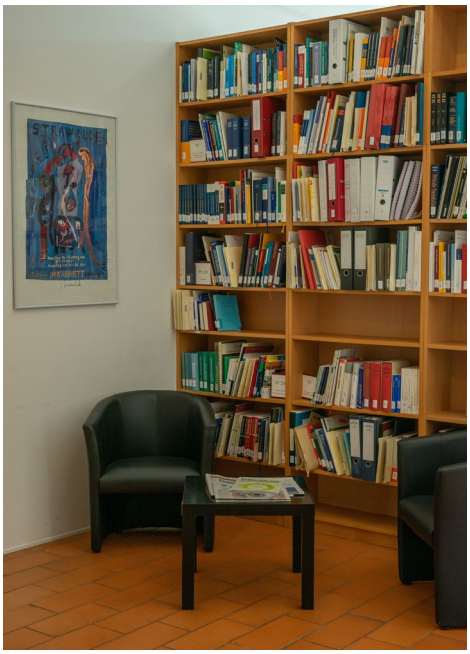
- Wir werben für den Gedanken einer *starken Zivilgesellschaft in Europa*.
- Wir bringen den *Aspekt der Zivilgesellschaft* in größere Debatten ein.
- Wir erarbeiten *Grundlagen zivilgesellschaftlichen Handelns*.
- Wir vermitteln *Informationen und Wissen über die Zivilgesellschaft*.
- Wir sehen sowohl *Methoden der empirischen Sozialforschung als auch geisteswissenschaftliche Zugänge* als zielführend an.
- Wir erstellen und veröffentlichen *wissenschaftliche Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere.*
- Wir führen *Projekte und Veranstaltungen* durch und bieten eine *Plattform für Diskurse*.
- Wir fördern den *wissenschaftlichen Nachwuchs*.
- Wir bieten *Fortbildung für Experten* an.
- Wir stehen für *Experten-Gespräche* bereit.

Unsere Möglichkeiten und Grenzen

- Wir haben viele *Ideen* und viel *Potenzial*.
- Wir haben eine relativ lange *Erfahrung*.
- Wir blicken konsequent *nach vorn*.
- Wir haben ein gutes *internationales Netzwerk*.
- Wir versammeln *kreative Köpfe* um uns.
- Wir haben viel *mehr Ideen*, als wir umsetzen können.
- Wir suchen *Partner*, denn wir sind auf ideelle und finanzielle Förderung angewiesen.

Die Aufbauorganisation der Stiftung erfuhr im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Eröffnung der Wasatia Graduate School in der Europa-Universität Flensburg in der Katholischen Akademie Berlin



Eingangsbereich unserer Bibliothek

Veranstaltung im Rahmen unseres Forschungsprojekts „Die Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie: Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft“

Unsere Publikationsreihen:

Hereinspaziert!